

# Politische Berichte



29. Dezember 1984  
Jg. 5 Nr. 26

G 7756 D Preis:  
2,50



## Eine Weihnachtsgeschichte

1. Es begab sich aber zu der Zeit, daß ein Gebot von dem Kahl ausging, daß alle Ausländer geschafft würden.
2. Und dies Gebot geschah zu der Zeit, da Weizsäcker Landpfleger in Westdeutschland war.
3. Und es waren Bischöfe in derselben Gegend zu Konferenz, wie sie hüteten ihre Herden.
4. Und siehe, des Herrn Zimmermann trat zu ihnen, und die Klarheit des Herrn leuchtete um sie.
5. Und der Zimmermann sprach zu ihnen: Fürchtet euch nicht, denn ich verkündige euch große Freude!
6. Die Fremden werden fahren dahin oder rechtlos sein, aber billig. Und das habt zum Zeichen:
7. Ihr werdet finden das Asylrecht zerfezt und in einer Ecke liegend.
8. Und die Bischöfe priesen Zimmermann um alles, was sie gehört hatten, wie denn zu ihnen gesagt war.



Hungerstreik der politischen Gefangenen: Bundesanwaltschaft will jegliche Unterstützung verhindern Seite 10



Sowjetische Außenpolitik: Was will die Sowjetunion in Afghanistan? Seite 11



38-Stunden-Woche: Stahlunternehmer versuchen erfolgreich zu spalten Seite 24

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

<b>Krankenhäuser:</b> Krankenhausfinanzierungsgesetz soll neue Rationalisierungswelle einleiten ....	4
<b>SPD-Gesetzentwurf:</b> Rechtsrahmen für Teilzeitarbeit.....	7
<b>Amnesty/Politische Gefangene:</b> BRD gegen Anti-Folter-Konvention.....	7
<b>Bophal-Debatte im Bundestag:</b> CDU/FDP wollen Expansionsmöglichkeiten der Chemiekonzerne gesichert wissen.....	8
Bophal und andere Verbrechen der Chemiekapitalisten.....	9
<b>Hungerstreik der politischen Gefangenen:</b> Bundesanwaltschaft will jegliche Unterstützung verhindern.....	10
"Antiterrorismus": völkerrechtswidrig.....	10
<b>Sowjetische Außenpolitik:</b> Was will die Sowjetunion in Afghanistan? .....	11
<b>Auslandsberichterstattung</b>	
<b>Äthiopien:</b> Die Hungersnot ist für die Imperialisten Signal zum Angriff auf die Landreform.....	14
<b>Spanien:</b> Regierungskurs in der PSOE durchgesetzt.....	15
<b>Frankreich/Rassismus:</b> Sternmarsch für gleiche Rechte ..	16
<b>Québec:</b> Unabhängigkeit kein Thema mehr?.....	16
<b>Jugoslawien:</b> Andere Entschuldung vom IWF gefordert.....	17
<b>UdSSR/Wirtschaftsreform:</b> Keine Abkehr von der Planwirtschaft – Position der Leitenden soll gestärkt werden .....	17
Internationale Meldungen.....	18
<b>Reportagen und Berichte regional</b>	
Regionale Nachrichten.....	20
<b>Norderstedt:</b> Jungheinrich will Lohnsumme um 7,5% senken.....	21
<b>Fusion Krupp-Klöckner-CRA:</b> Betriebsrat von Klöckner-Marienhütte vertraut auf CDU-Landesregierung .....	22

## ZDK: "SCHÜTZT DEN SONNTAG!"

Der bayerische Kultusminister Maier hat in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vor einer "Gefährdung des Sonntags" gewarnt. Wörtlich heißt es in der Erklärung Maiers:

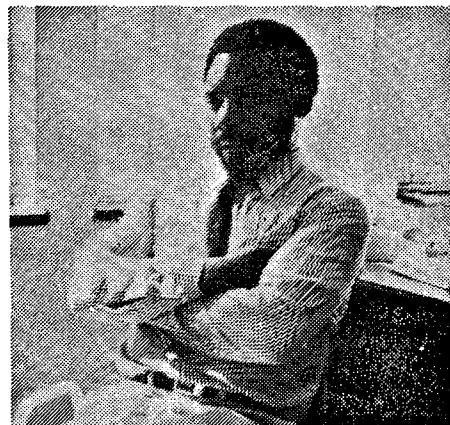
"Er erinnerte an die öffentlichen Äußerungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, aber auch anderer, daß das geplante Arbeitsgesetz die Sonn- und Feiertagsruhe gefährde. Das ZdK warnt vor der Gefahr, daß die relativ geringfügige Änderung, die eine Ausnahme des Verbotes der Sonntagsarbeit bei Wartung, Steuerung und Überwachung hochmechanisierter Produktionsanlagen vorsieht, einen nicht mehr zu kontrollierenden Einschnitt in die Sonntags- und Feiertagsruhe bewirken kann. Professor Maier erklärte, daß der verfassungsrechtliche Schutz des Sonntags nicht umgangen werden darf."

Daß der Sonntag ungefähr so "arbeitsfrei" bleiben solle wie bisher, ist die Losung, unter der Blüm sein neues Arbeitszeitgesetz angekündigt hat und dem Kapitalistenwunsch nach allgemeiner Einführung der Samstagsarbeit gesetzgeberisch nachkommen will wie auch – die Erklärung des ZdK bestätigt dies – eine bedeutende Ausweitung der Sonntagsarbeit ermöglichen will. Die Erklärung des ZdK ist ernst gemeint. Beim christlichen Sonn- und Feiertag lassen die Bischöfe nicht mit sich spaßen. Weicht Blüm also vor den Bischöfen? – (rül)

## SOLIDARITÄT MIT AZANISCHEN GEWERKSCHAFTERN!

Die südafrikanische Regierung hat angekündigt, daß am 31. Januar ein Prozeß gegen vermutlich 26 führende Mitglieder der Komitees eröffnet wird, die den erfolgreichen Proteststreik am 6. und 7. November organisiert haben. Den Transvaal-Bleib-Weg-Komitees gehören Gewerkschaftsbünde wie CUSA und FOSATU sowie Schüler-, Wohngebietsorganisationen und lokale politische Gruppen an. Die Komitees fordern u.a.: die Aufhebung aller Bannungen; die Freilassung aller politischen Gefangenen; das Verbot körperlicher Strafen; den Abzug aller Polizei- und Militärtruppen aus den schwarzen Vororten; keine Erhöhungen von Mieten, Buspreisen und anderen staatlichen Gebühren; die Abschaffung des Höchstalters für schwarze Schüler; die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern. Mehr als eine halbe Million Arbeiter, 70% in der Region, über 400000 Schüler und Studenten, Zehntausende von Hausfrauen und Rentnern beteiligten sich an den Aktionen. Die südafrikanische Regierung will die Angeklagten wegen Verstoß gegen das Terrorgesetz für "Innere Sicherheit" verurteilen, die Anklage lautet auf Umsturzversuch.

Die dafür vorgesehene Strafe beträgt 25 Jahre Gefängnis. Die meisten Angeklagten sind führende Gewerkschaftsfunktionäre, darunter der Vorsitzende der CUSA, Piroshaw Camay, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Cyril Ramaphosa, und der Sekretär der FOSATU, Chris Dlamini. Die Regierung will einen schweren Angriff auf die unabhängigen Gewerkschaften führen. Die Regierung versucht, jegliche Öffentlichkeit über die geplanten Prozesse zu unterdrücken, den südafrikanischen



Cyril Ramaphosa, Sekretär der NUM, einer der Angeklagten.

Zeitungen ist Berichterstattung über Verhaftete verboten. Die Regierung hat bereits einen Journalisten der bürgerlichen Zeitung "Rand Daily Mail" zu einer hohen Geldstrafe wegen Berichterstattung über die Anklage und Verhaftungen verurteilt. Um so dringlicher ist die Unterstützung der azanischen Gewerkschafter auch durch die westdeutsche Arbeiterbewegung. Resolutionen und Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der azanischen Gewerkschafter können an die Botschaft der RSA in der BRD geschickt werden. Adresse: Auf der Horstert 3, 5300 Bonn 2 – (uld)

## GRÜNER DRUCK AUF ÖSTERREICH

Am 14.12.1984 haben die bayerischen GRÜNEN und Naturschützer – laut einer ddp-Nachricht – in München alle Bayern zu einem Touristenboykott Österreichs aufgerufen; ganz konkret sollen vor allem die vielen Skiurlaub-Buchungen storniert werden. Zum einen solle damit Druck auf die österreichische Regierung ausgeübt werden, die ihre Zustimmung zum Bau des Donaukraftwerks in den Auwäldern bei Hainburg südöstlich von Wien gegeben habe (insofern damit eine der letzten ursprünglichen Flußlandschaften Europas zerstört würden). Zum anderen wolle man mit diesem Boykottaufruf den österreichischen Umweltschützern helfen...

Man muß die Boykottaufrufer auf folgendes hinweisen und sie in dieser Sache zur Rede stellen: Die Politik

der Druckausübung auf Österreich vermittels Touristenboykott mit dem inklusiven Zweck der Unterstützung von Gesinnungsgenossen ist als verbrecherische Politik vom Nürnberger Tribunal 1946 völkerrechtlich geächtet worden. Der Anklagevertreter hatte seinerzeit geltend gemacht, daß "die Nazis auf jede nur mögliche Art Druck ausübten". Zu allererst wendeten sie wirtschaftlichen Druck an. Mit dem deutschen Gesetz vom 24. März 1933 wurde eine Geldstrafe von 1000 Reichsmark auf Reisen nach Österreich gesetzt. Dies bedeutete eine große Belastung für dieses Land, das auf Fremdenverkehr angewiesen ist. Ich verweise auf das Reichsgesetzblatt, 1933, Teil I, S. 311. Ich ersuche den Gerichtshof, den Inhalt dieses Gesetzes amtlich zur Kenntnis zu nehmen." (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. II, S. 391) Gewiß kann es den GRÜNEN aufgrund ihrer antifaschistischen Einstellung nicht gleichgültig sein, daß ihre Politik der ökonomischen Erpressung eines souveränen (Nachbar-)Staates schwerlich anders bewertet werden kann als beklemmende Fortsetzung großdeutscher Traditionen!— (huh)

#### MOBILISIERUNG DES OFFIZIERSKORPS

Die Bundesregierung hat beschlossen, 1500 Offizieren der Bundeswehr im Alter von 40 bis 50 Jahren die vorzeitige Pensionierung anzubieten. Sie sollen als Abfindung 70% ihres bisherigen Soldes und 40000 DM erhalten. Verteidigungsminister Wörner will durch diese Maßnahme 6000 "Verwendungswechsel" im Offizierskorps herbeiführen und der Bundeswehr "ein leistungsfähiges und motiviertes Führerkorps zur Verfügung" stellen.

Mit dem erzwungenen Rücktritt Kießlings und Disziplinarmaßnahmen gegen Offiziere, die sich gegen die

Stationierung der Mittelstreckenraketen ausgesprochen hatten, hatte die Bundesregierung begonnen, den Offizierskader politisch durchzukämmen und für alle revanchistischen Pläne verfügbar zu machen. Die Androhung von Disziplinarmaßnahmen, die die Karriere zerstören, muß jedoch zum Beispiel Hauptleute und Majore, die sowieso keine Aussicht auf Beförderung und Karriere mehr haben, kalt lassen. Weil mit dem Aufbau der Bundeswehr fast das ganze Offizierskorps aus den Jahrgängen 1935 bis 1944 rekrutiert werden mußte, besteht in diesen Alterstufen jetzt ein Überhang von etwa 5000 Offizieren, der "Beförderungen von Offizieren aller Verwendungsstufen blockiert". Ein Hauptmann muß zehn bis zwölf Jahre auf seine Beförderung warten. Diesen Zustand will die Regierung ändern. Wer keine Aussicht auf Beförderung mehr hat, wird angehalten, sich vorzeitig pensionieren zu lassen. Dienst-eifrigkeit, politische Folgsamkeit, Patriotismus und Schleiferei der Wehrpflichtigen kann wieder durch Beförderungen und Karriere belohnt werden.

Diese Mobilisierungsmaßnahme hat Vorbilder. Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hatten die Faschisten 1935 ebenfalls die Möglichkeit der frühzeitigen Pensionierung geschaffen und durch die neugeschaffenen Möglichkeiten der Beförderung wie durch Ausschaltung unliebsamer Offiziere ein ihnen treu ergebenes Offizierskorps geschmiedet.

Eine bisher kaum beachtete Wirkung der frühzeitigen Pensionierung von 1500 Offizieren ist die Erweiterung der Zahl der im Mobilisierungsfall verfügbaren ausgebildeten Offiziere. Die Bundesregierung bereitet damit den Kriegseinsatz von einigen Millionen Reservisten vor. — (clm)

**Arbeitslosenbildungswerk:** Arbeitslose unterrichten Arbeitslose..... 22

**Ausländerunterdrückung:** Fortgesetzte Verfolgung ..... 23

**Asylpolitik:** Verschärfung angekündigt..... 23

**38-Stunden-Woche:** Stahlunternehmer versuchen erfolgreich zu spalten..... 24

**Kommunalpolitik:** Gebührenerhöhung statt Gewerbesteuer ..... 25

**Atomwaffenproduktion:** Demonstration gegen Alkem und Nukem ..... 25

**Fichtel&Sachs:** Flexibel arbeiten für die Vorstöße nach Nahost und auf den US-Markt..... 26  
Neu Akkordbetriebsvereinbarung. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

**Vorruhestandstarifvertrag Papier:** Für ein "Modell" sind die Abstriche zu hoch ..... 29

#### Sozialstatistik

**Einkommen: (I):** Zusammenhang von Einkommensquelle und Einkommenshöhe ..... 30  
Definitionen der Einkommensquellen 30

#### Kultur und Wissenschaft—Diskussionsbeiträge

**Taschenbücher:** Auswirkungen Neuer Technik auf die Arbeit..... 32

**Christlich-demokratische Internationale:** Bemühungen, die konservativen Kräfte in Afrika zu stärken..... 33

**Antifaschismus:** Die NSDAP war keine Arbeiterpartei ..... 34

#### Spezialberichte

**Bündnispolitik der PCI:** "Demokratische Alternative"—Frontbildung gegen die christdemokratische Reaktion..... 36  
Luigi Magri (früher PdUP): Warum wir der PCI beitreten (Dokument). 37  
Veränderungen der Klassenstruktur 38  
Katholische Kirche und Sozialismus..... 39

Titelbild: Karikatur, tis Hamburg

Bitte neue Bezugsbedingungen und Abopreise auf Seite 40 beachten



"Heimat Schlesien, Vaterland Deutschland, Zukunft Europa" hat CDU-MdB Sauer als "alternative Losung" für das Schlesiertreffen im Juni '84 in Hannover vorgeschlagen. Die eindeutige Losung "Schlesien bleibt unser" könne mißverstanden werden. Fest steht: Das Schlesiertreffen wird stattfinden, und Kohl wird als erster Kanzler seit 20 Jahren auftreten. Das ist aggressive Kriegshetze, egal, unter welcher Losung. Zumal, wenn die "alternative" Losung gleich eine "europäische Neuordnung" der Grenzen fordert!— (rül)

## Krankenhäuser

## KRANKENHAUS-FINANZIERUNGSGESETZ SOLL NEUE RATIONALISIERUNGSWELLE EINLEITEN

Nach zwölfjähriger Laufzeit hat der Bundestag das von der Sozialdemokratie als Jahrhundertwerk gefeierte Krankenhaus-Finanzierungsgesetz (KHG) von 1972 in grundlegenden Punkten geändert. Die Verrottung der Krankenhäuser – mehr als ein Drittel aller planmäßigen Betten standen 1969 in Krankenhäusern, die älter als 50 Jahre waren – stand im Widerspruch zum Interesse der Kapitalistenklasse an möglichst schneller und billiger Wiederherstellung von gesundheitlich ruinierter Arbeitskraft. Die durchschnittliche Liegezeit in Akutkrankenhäusern betrug 20 Tage und eine fabrikmäßige Rationalisierung des Krankenhausbetriebes war nicht abzusehen, solange 63% der bundesdeutschen Krankenhäuser eine Kapazität von weniger als 200 Betten hatten.

Zwecks kapitalistischer Rationalisierung wurden auf Grundlage des KHG von 1972 bis 1983 Investitionen in Höhe von insgesamt 41,5 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln im Krankenhauswesen getätigt, woran der Bund mit 9,7 Mrd. DM beteiligt war. Da Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten nicht gefördert wurden, war die Schließung von bis heute über 400 solcher Kleinkrankenhäuser vorprogrammierte Folge dieser öffentlichen Investitionstätigkeit.

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975 leitete der Bund seinen Rückzug aus der gerade 1972 eingeführten Mischfinanzierung ein. Seit 1976 senkte der Bund sein Zuschußvolumen und beschleunigte damit die

Entstehung eines Investitionsstaus von derzeit rund 15 Mrd. DM (bei einem Wiederbeschaffungswert aller Akutkrankenhäuser von ca. 140 Mrd. DM). Gerade im Sozialbereich wurden Investitionen verweigert. Arbeitsbedingungen, die selbst gegen die Arbeitsstättenverordnung verstoßen, waren und sind die Folge.

Das Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz vom 22.12.1981 erklärte als Ersatz für Neuinvestitionen Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten wieder für förderungswürdig. Wo die Kleinheit dieser Krankenhäuser modernen Rationalisierungsmethoden entgegensteht, soll zu alten Formen der Schinderei gegriffen werden. Die Wirtschaftsberatungs AG WIBERA



Zivildienstleistende im Krankenhaus

empfiehlt z.B.: "Eine wirtschaftliche Neuregelung der Bereitschaftsdienste bei gleichzeitiger Einhaltung der Bestimmungen des Tarifrechts ist in diesen Fällen ohne fachübergreifende Dienste unmöglich" (1). Chirurgen als Geburtshelfer!

Ein Gradmesser für das Ausmaß der Steigerung der Intensität der Arbeit in den Krankenhäusern ist die Verkürzung der durchschnittlichen Liegezeit in Akutkrankenhäusern auf ca. 14 Tage. Oder anders ausgedrückt: 1965 wurden 6870965 Patienten in Akutkrankenhäusern als Aufnahmen registriert (1164,3 pro 10000 Einwohner), 1981 sind es 9713633 (1574,8 pro 10000 Einwohner); aber auf die Zahl der Behandlungstage hat sich diese Steigerung nicht ausgewirkt. 1965 kamen 23290 Behandlungstage auf 10000 Einwohner, 1981 sind es 23081,9. So hat sich der Aufwand für Aufnahmen und Entlassungen in den zurückliegenden 20 Jahren um mehr als 40% gesteigert. Für die verschiedenen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen stehen heute pro Patient nur noch 70% der Zeit zur Verfügung wie 1965, und das bei einer kaum noch abschätzbaren Zunahme von Diagnostik und Therapie.

Einen Anhaltspunkt für die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der Diagnostik liefert eine Untersuchung über das Zentrallabor der Städtischen Kliniken Fulda (2). Die Zahl der in diesem Labor erstellten Untersuchungsergebnisse stieg von 1975 auf 1981 von 880700 auf 1529954. Diese Steigerung von 74% bedeutet keineswegs al-

### BLÜM WILL WENIGER LOHNFORTZAHLUNG

Am 19.12. hat Blüm seinen Bericht über "Erfahrungen mit der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung" im Bundeskabinett vorgelegt. Der Bericht wurde gebilligt. Die "Eigenbeteiligung" an Medikamenten, d.h. die Rezeptgebühr von 2,- DM und die Verweigerung jeder Versicherungszahlung für sogenannte "Bagatellerkrankungen", sollen beibehalten und ausgeweitet werden. Nach Berichten der Bild-Zeitung plant die Bundesregierung "Eigenbeteiligungen" bis zu 20 DM je Medikament. Rentner werden so schneller sterben, die Zahl chronischer Erkrankungen wegen zu später Behandlung wird insbesondere bei Leuten mit geringem Einkommen deutlich zunehmen. Vor allem will Blüm die Lohnfortzahlung einschränken. Wer "selbstverschuldet" krank werde, solle keine Lohnfortzahlung

bekommen, so Blüm. Die Scheidung in "schuldige Erkrankte" und "unschuldige Erkrankte" bereitet die Streichung der Lohnfortzahlung für viele, insbesondere in den unteren Lohngruppen, vor. Bis März will Blüm seine Pläne präzisiert haben. Solange sollten die Gewerkschaften nicht mit einer Antwort warten. – (rül)

### DGB GEGEN KÜRZUNG DER SOZIALHILFE

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben am 19. Dezember über die "Neuberechnung des Sozialhilfe-Warenkorbs" beschlossen. Der DGB-Vorsitzende Breit hatte zuvor an die Regierungschefs der Länder geschrieben und darauf hingewiesen, "die Sozialhilfeempfänger seien unzureichend versorgt und die Leistungen reichten nicht mehr aus, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten". Er protestierte gegen den Plan, für den Warenkorb Preise 15% unter

den Durchschnittspreisen anzusetzen, gegen den vorgesehenen zehnprozentigen Abschlag beim Energieverbrauch und weitere Kürzungen. Breit kritisierte, daß die Sozialhilfe nicht mehr nach dem Bedarfsdeckungsprinzip geleistet werde. Der DGB fordere dagegen eine "bedarfsgerechte Regelsatzanpassung von mindestens 16 Prozent". Über die schlußendlich beschlossenen Kürzungen hüllten sich Landesregierungen und bürgerliche Presse in Schweigen. – (clm)

### ELEKTROSCHOCK IN DAUERERPROBUNG

Die Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN erklärt, daß sie keinerlei Bedenken hat, psychisch Kranke mit Elektroschocks behandeln zu lassen. Das Verfahren wird auch in Bundeswehrrkrankenhäusern angewandt. Die sogenannte Elektrokrampftherapie wird bekanntermaßen in einigen Ländern als





Schwere, schlecht bezahlte Arbeit: Putzfrau in einem "christlichen Krankenhaus".

lein für das Laborpersonal eine enorme Verdichtung der Arbeit. Das Pflegepersonal muß das Blut abnehmen, da diese Tätigkeit fast vollständig vom ärztlichen auf den Pflegebereich übergegangen ist, muß die Blutröhrchen beschriftet, muß sie eventuell ins Labor tragen, die Ergebnisse fehlerfrei in der Krankenakte dokumentieren, eventuell sofort einen Arzt verständigen.

Ultraschalluntersuchungen, Magen-Darmspiegelungen, Kontrastdarstellungen, nuklearmedizinische Untersuchungen usw. haben in ähnlichem Umfang zugenommen und sind z.T. mit umfangreichen Vorbereitungen verbunden. Und doch stehen alle bisher genannten Tätigkeiten neben der eigentlichen Pflegetätigkeit, der Grundpflege mit ihren körperlichen Belastungen. Kaum jemand übersteht den Pflegeberuf ohne ernste

Schäden an der Wirbelsäule. Als berufsbedingt werden diese Schäden nicht anerkannt. Aber das Betten einer Station und anschließendes Blutabnehmen ist wohl nur noch mit der olympischen Disziplin des Biathlon vergleichbar, und das bundesdeutsche Pflegepersonal wird hier zu einer traurigen Europameisterschaft getrieben.

Eine europäische Studie, die Krankenhäuser der Regelversorgung in acht europäischen Ländern vergleicht, kommt zu dem Ergebnis: "Bezogen auf die Bettenzahl sind das Krankenhaus in Uelzen und in Viana do Castelo (Portugal) am knappsten ausgestattet. Pro Person sind doppelt so viele Betten zu versorgen wie in dem am besten ausgestatteten Krankenhaus in Londonderry" (3). Im Krankenhaus von Mostar (Jugoslawien) steht 1,8 mal soviel Personal pro Bett wie in

Uelzen zur Verfügung.

Und dieses Arbeitstempo und die schwere Arbeit wird dem Pflegepersonal abverlangt unter Rahmenbedingungen, die bestimmt sind durch Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Überstunden und Bereitschaftsdienste, häufig weniger als elf Stunden Ruhezeit zwischen zwei Schichten oder gar geteilter Dienst. Hinzu kommen gesundheitliche Risiken durch Infektionsgefahr, Strahlenbelastung und Umgang mit der Haut und Schleimhaut reizenden Stoffen. Und da erdreistet sich Arbeitsminister Blüm in der Bundestagsdebatte vom 7.12.84, das neue KHG als Instrument zu propagieren, den Krankenhäusern ihren Ohrensessel zu beseitigen, in dem sie sich ausgeruht hätten! (4)

Die Rationalisierungswelle der 70er Jahre hat den verlogenen Schleier von der "christlichen Nächstenliebe" zerrissen, der über die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus gezogen war. Die Krankenpflegerinnen haben ihre Haube abgesetzt und Anwendung der allgemeinen Arbeitsgesetze auch auf das Krankenhaus verlangt und die Einhaltung tariflicher Bestimmungen. Dennoch unterliegen die Krankenhausbeflegschaften immer noch Ausnahmegeetzen. Der Dienstherr will nicht einmal die Arbeitszeitordnung von 1938 für die Krankenhausbeschäftigten anerkennen, sondern regelt die Dienstzeiten aufgrund der Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten von 1924. Die Gesetzentwürfe, die gerade für die Novellierung des Krankenpflegegesetzes vorliegen, verweigern die Anwendung des Berufsbildungsgesetzes auf die Krankenpflegeausbildung, obwohl in der Rechtsprechung der letzten Jahre in einigen Fragen die Gültigkeit des Berufsbildungsgesetzes auch für die

Foltermethode benützt. Untersuchungen z.B. in Italien haben erbracht, daß die Behandlung zu dauernden Gesundheitsschäden bis zum Tode führen kann. Dennoch leugnet die Bundesregierung, daß die Therapie schädlich ist. (BT-DRS. 10/2535 - uld)

### AIDS: GEISSLER PRÜFT IN NAZI-TRADITION

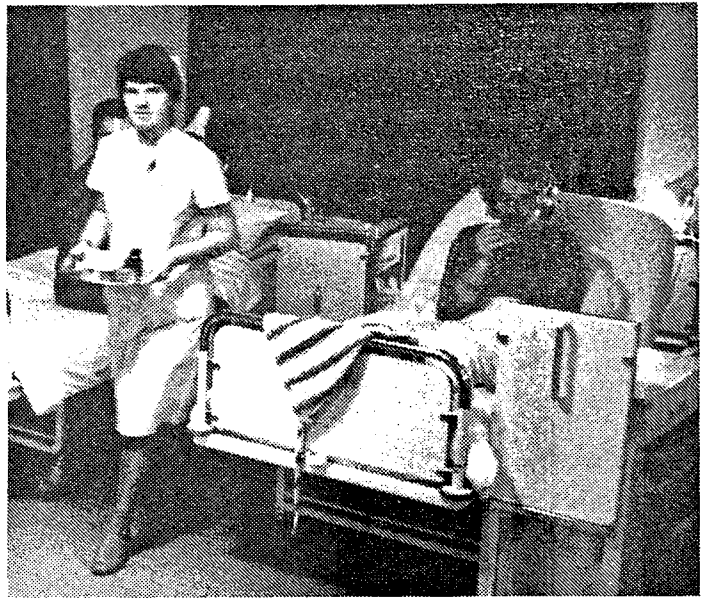
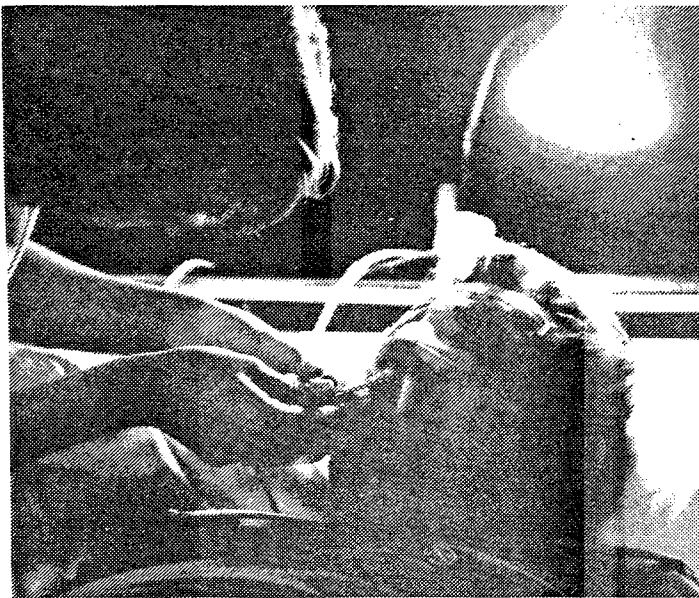
Meldungen, wonach die Bundesregierung die Anlegung spezieller Register mit "AIDS"-erkrankten bzw. "gefährdeten" Personen sowie Strafandrohungen gegen Intimkontakte von Erkrankten usw. plant, sind von der Bundesregierung offiziell bestätigt worden. Auf eine Anfrage der GRÜNEN, ob AIDS-Erkrankte einer namentlichen Meldepflicht unterworfen werden sollten und ob eine Strafandrohung bei Intimkontakten geplant sei, bestätigte Geissler, er prüfe, "ob zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS bzw. einer HTLV-III-Infektion das geltende

Recht ausreicht oder ob Gesetzesänderungen notwendig sind". Die bis heute unerklärte Viruserkrankung AIDS wird von Unionskreisen und Teilen der bürgerlichen Presse schon länger zu einer infamen Hetze gegen Homosexuelle, Rauschgiftsüchtige usw. genutzt. Immer noch bedroht der Strafparagraph 175 "homosexuelle Handlungen ... an einem Mann unter achtzehn Jahren" mit fünf Jahren Haft. Die Pläne des Gesundheitsministers Geissler stehen in direkter Tradition der faschistischen "Gesundheitspolitik des "Erfassen, Aussortieren und Ausmerzen". - (rül)

### ZIMMERMANN: WAA SOLL GEBAUT WERDEN

Bundesinnenminister Zimmermann ließ durch seinen Pressesprecher am 18. Dezember mitteilen, daß sein Ministerium den Bau einer "deutschen Wiederaufbereitungsanlage für Nuklearbrennstoffe aus Kernkraft-

werken" befürworte. Es bestünden "aus der Sicht der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes keine Bedenken gegen die beantragten Standorte Wackersdorf in Bayern und Dragahn in Niedersachsen sowie gegen das Konzept der auf 350 Jahrestonnen ausgelegten Anlage". Gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage sind sowohl in Niedersachsen als auch in Bayern Aktionen durchgeführt worden, sind Atommülltransporte blockiert und Demonstrationen durchgeführt worden. Um die Proteste zu dämpfen, hält sich die deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) auch nach diesem Beschluß des Innenministeriums die Entscheidung über den endgültigen Standort offen und erklärt, sie werde "am 4. Februar 1985 zwischen den rein technisch gleich gut geeigneten Standorten Wackersdorf und Dragahn entscheiden". - (clm)



Ein großer Teil der Beschäftigten in den Krankenhäusern arbeitet in Schichtarbeit, nachts, an Wochenenden.

Krankenpflegeausbildung durchgesetzt werden konnte. Der Versuch, in der zurückliegenden Tarifrunde die Ausbildungsvergütungen für Lernpfleger/innen um 25% zu senken, deutet die Richtung an, in die der Dienstherr marschieren will. Ganz zu schweigen von der Unterdrückung in den konfessionellen Krankenhäusern. Das Bundesverfassungsgericht hat den Zutritt von Gewerkschaftern, die nicht Betriebsangehörige sind, untersagt. Das Personalvertretungsgesetz findet hier keine Anwendung. Zur Wahl der Mitarbeitervertretung sind nur Angehörige des christlichen Glaubens zugelassen. Ausbildungsverhältnisse werden aufgehoben, wenn sich die Auszubildenden nicht den kirchlichen Moralvorstellungen fügen. Das ist Blüms Welt! Deshalb wird im neuen KHG geregelt, daß insbesondere die freige-  
meinnützigen und privaten Kranken-

häuser durch dieses Gesetz gefördert werden sollen. Bei den Pflegesatzvereinbarungen sollen die Pflegesätze vergleichbarer Krankenhäuser herangezogen werden können. In der Bundestagsdebatte hat Blüm schon darauf hingewiesen, daß die Pflegesätze der konfessionellen Häuser im Durchschnitt 20 DM unter denen der öffentlichen Krankenhäuser liegen. Mit dem "Vergleichspflegesatz" soll das Terrorregime der "christlichen Nächstenliebe" wieder auf die öffentlichen Krankenhäuser ausstrahlen.

Um diese Absichten gegen die Krankenhausbelegschaften durchzusetzen, vergrößert das neue KHG die Macht der von den Kapitalistenverbänden beherrschten Krankenkassen und beteiligt zukünftig auch die Privatkassen an der Festsetzung der Pflegesätze. Der Pflegesatz soll nicht mehr im nachhinein die Selbstkosten eines

"sparsam wirtschaftenden" Krankenhauses decken, sondern nur noch ein im voraus von den Kassen und einer "unabhängigen" Schiedsstelle diktiertes Budget begleichen. Die Krankenhäuser sollen auf ihren Defiziten sitzen bleiben, und die Kassen können über den Pflegesatz Rationalisierungsinvestitionen tätigen. Mit einem Pflegesatz, der z.B. mit der Dauer des Krankenhausaufenthalts geringer wird (degressiver Pflegesatz), sollen die Liegezeiten noch weiter verkürzt werden. Eine schubweise Erhöhung des Arbeitstempos wird die Folge sein, der Angriff auf die Einkommen, der im Krankenhaus Arbeitenden wird noch einmal an Schärfe gewinnen.

(1) Das Krankenhaus 7/84, S.286; (2) a.a.O. 2/84, S. 70; (3) a.a.O. 3/84, S. 105 ff; (4) Deutscher Bundestag, Stenogr. v. 7.12.84, S. 8180; (5) a.a.O. 11/84, S. 479 – (kar)

## US-PROPAGANDAFILM ABGESETZT

Der US-amerikanische Regisseur John Milius hat einen Film gedreht, der bei seiner Uraufführung am 21.12.84 im Westberliner Zoo-Palast für Furore sorgte: "Die Rote Flut" ist sein Titel. Es geht allerdings nicht um die Weltrevolution, sondern um die ideologische Aufrüstung im Sinne der Imperialisten. Zum Inhalt: Nikaraguanische und kubanische Einheiten überfallen "im Zuge einer sowjetischen Großstrategie" ("Tagesspiegel") die USA und überwältigen "per konventionellem Blitzkrieg" (Tsp.) die US-Armee. Unterstützt werden sie von mexikanischen Wanderarbeitern, die vorher die US-Raketensilos besetzen und unbrauchbar machen. Übrig bleiben ein paar College-boys, die sich mit ihrem Geschichtslehrer in die Berge zurückziehen und von dort aus den "Partisanenkampf" gegen die grausamen Inva-

soren führen. Doch schon am Premierentag ereilte diesen "Durchhaltefilm" ("Aspekte" im ZDF) sein verdientes Schicksal: Etwa 60 Demonstranten und ein Gutteil der Kinobesucher sorgten mit Sprechchören, Pfeifen und Stinkbomben für die Absetzung des Films. "Die Rote Flut" wurde zum Rinnsal und ist schnell ver-  
ebbt. – (klh)

## EG-STAHLPOLITIK: BRD SETZT SICH ERNEUT DURCH

Am 17.12. hat die Bundesregierung im EG-Ministerrat die Ablehnung zusätzlicher Stahlsubventionen für 1985 durchgesetzt. Dies richtet sich vor allem gegen Italien und Frankreich, die für 1985 zusätzliche Beihilfen von 4,5 Mrd. DM (Italien) bzw. 3,4 Mrd. DM (Frankreich) angemeldet hatten. Die Möglichkeit zur Zahlung von Betriebsmittel-Beihilfen läuft zum 31.12.1984 aus, Investitions- und Schließungsbeihilfen können noch bis

zum 31.12.1985 gezahlt werden. Die westdeutschen Stahlkapitalisten wollen die Subventionszahlungen in anderen EG-Ländern möglichst gering halten, um in Hinblick auf die ab 1986 zu erwartende Verschärfung der Vernichtungskonkurrenz zwischen den EG-Stahlmonopolen ihre Spitzenposition zu sichern. 1984 stieg die Rohstahlproduktion in der BRD bereits wieder stärker als erwartet um ca. 11% auf 39-40 Mio. Tonnen an. – (wof)

## STATIONIERUNGSRURTEIL ZUR KRIEGSVORBEREITUNG

Am 18.12. hat das Verfassungsgericht die Klage der GRÜNEN gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen mit 6:1 Stimmen abgewiesen. Zugleich hat das Gericht die Klage der GRÜNEN genutzt, um die Vollmachten der Exekutive in Fragen der Außenpolitik auszuweiten. Die GRÜNEN hatten u.a. geklagt, durch die Statio-

## SPD-Gesetzentwurf

RECHTSRAHMEN FÜR  
TEILZEITARBEIT

Die Bundestagsfraktion der SPD hat am 5.12.84 den Entwurf eines "Gesetzes zum Schutz der Teilzeitbeschäftigten" eingebracht, der am 13.12. in erster Lesung im Bundestag verhandelt worden ist. Der SPD-Gesetzentwurf führt ausdrücklich neu die "Teilzeitarbeit" ins Arbeitsrecht ein und kommt damit den Kapitalisten und ihren Bestrebungen nach Ausdehnung der Teilzeitarbeit entgegen. Der Gesetzentwurf enthält aber einschränkende Bestimmungen, die den Kapitalisten bei der Ausbeutung der Teilzeitarbeit Schranken auferlegen.

Der SPD-Gesetzentwurf legt die Lohnfortzahlung für alle Beschäftigungsverhältnisse fest, auch wenn die Beschäftigten unter zehn Stunden in der Woche arbeiten. Er beseitigt in den meisten Fällen die Geringfügigkeitsgrenze in der Kranken- und Rentenversicherung. Nach Angaben der SPD müssen zwischen anderthalb und zwei Millionen ohne Versicherungsschutz arbeiten, weil sie unter 390 DM im Monat verdienen. Künftig sollen die Kapitalisten für 111 e Einkommen bis derzeit 520 DM die vollen Versicherungsbeträge zahlen. Der SPD-Gesetzentwurf beseitigt die bisherige Erleichterung bei Kündigungen, die Blüms Gesetzentwurf zur "Beschäftigungsförderung" festschreibt. Die SPD führt ebenfalls eine Tariföffnungsklausel zuungunsten der Beschäftigten ein, wenn auch enger als bei Blüm.

Die SPD sieht wie der Regierungsentwurf eine Anpassung der Arbeitszeit "an den Arbeitsanfall" vor. Demgegenüber forderte z.B. die Gewerk-

schaft HBV auf dem letzten Gewerkschaftstag: "Teilzeitbeschäftigung darf nur bei fest vereinbarter Dauer und Lage der Arbeitszeit erfolgen, wobei eine Mindestarbeitszeit von vier Stunden täglich und 20 Stunden wöchentlich grundsätzlich nicht unterschritten werden sollen."

Im folgenden drucken wir Passagen des SPD-Gesetzentwurfes ab:

– "Der Arbeitgeber darf einen teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer wegen der Teilzeitarbeit nicht benachteiligen. Eine Benachteiligung wegen der Teilzeitarbeit ist insbesondere unzulässig 1. bei der Kündigung, 2. bei der Beteiligung an sozialen Leistungen und beim Zugang zu sozialen Einrichtungen des Arbeitgebers, 3. bei der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, 4. beim beruflichen Aufstieg."

– "Der Arbeitgeber hat die Arbeitsleistung eines teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers nach denselben Grundsätzen wie die eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers und mindestens anteilig im Verhältnis zur regelmäßigen Arbeitszeit eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers zu vergüten."

– "Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß die Dauer und die Lage oder nur die Lage der Arbeitszeit des Arbeitnehmers an den Arbeitsanfall angepaßt werden, so beträgt die Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers mindestens die Hälfte der tariflichen oder üblichen regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers ... Bei Vereinbarung einer Teilzeitbeschäftigung ist der Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung nur verpflichtet, wenn ihm der Arbeitgeber die Lage seiner Arbeitszeit jeweils mindestens 14 Tage im voraus mitteilt. Satz 1 gilt nicht, wenn durch Tarifvertrag etwas anderes vereinbart ist."

– Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, §87 (Mitbestimmungsrechte bei ...)

"2. Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen, Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage sowie allgemeine Regelungen zur Einführung und Ausgestaltung der Teilzeitarbeit einschließlich des zahlenmäßigen Höchstanteils von Teilzeitarbeitsplätzen."

– "Eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wonach der Arbeitgeber vorab verpflichtet ist, bei Verhinderung eines anderen Arbeitnehmers diesen außerhalb seiner eigenen vereinbarten Arbeitszeit zu vertreten, ist unwirksam."

Der SPD-Gesetzentwurf ist kein solches Oppositionswerk, das bei einer Regierungsbeteiligung der SPD sang- und klanglos zurückgenommen werden kann. Der Entwurf kann von den Gewerkschaften bei der Auseinandersetzung gegen die Flexibilisierungspläne der Kapitalisten genutzt werden.

Quellenhinweis: Bundestagsdts. 10/2559; Bundestagsprot. 10/III – (gba)

Amnesty/Politische Gefangene  
BRD GEGEN ANTI-  
FOLTER-KONVENTION

Amnesty international (ai) drängt in aller Öffentlichkeit darauf, daß der vorliegende Entwurf einer "Europäischen Konvention zum Schutze von festgehaltenen Personen gegen die Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen" vom Europarat verabschiedet wird. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Parlamentarische Versammlung des Europarats eine Kom-

nierung werde das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verletzt, und ein Parlamentsgesetz über die Stationierung verlangt. Die Bundesregierung hat diese Einschränkung von Grundrechten nicht prinzipiell bestritten, aber auf dem Vorrang außenpolitischer Ziele beharrt und erklärt, sie wünsche wie "im Fall Schleyer ... eine verfassungsgerichtliche Festlegung der Reaktion des Staates auf Herausforderungen besonderer Art nicht vorzunehmen". Dies hat das Gericht gebilligt: "Es ist daher keineswegs ein Defizit an Demokratie, wenn die Exekutive im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten auch ausschließliche Befugnisse zu weittragenden, möglicherweise existentiellen Entscheidungen besitzt. Deshalb sind mit dieser Kompetenzverteilung allfällig verbundene politische Risiken ... hinzunehmen." Schon immer diente dies der Vorbereitung von Angriffskriegen. – (2 BvE 13/83 – rül)



Am 13.12. haben die Regierungsparteien im Bundestag ein Gesetz "zur Änderung der Bundesärzteordnung" verabschiedet. Danach wird u.a. das "Praktische Jahr" für Medizinstudenten auf zwei Jahre verlängert. Als "Ausbildungsstätten" gelten auch Strafvollzugsanstalten, Bundeswehr und werksärztlicher Dienst. Außerdem kann der Bundesgesundheitsminister die Medizinstudenten künftig zu Krankenpflegediensten verpflichten. Zahlreiche Medizinstudenten hatten gegen diesen Gesetzentwurf protestiert (Bild). – (rül)

mission, bestehend aus fünf Mitgliedern der Vertragsstaaten, einsetzt. Diese Kommission ist befugt, neben periodischen Besuchen und "ohne Voranmeldung jederzeit" alle Gefängnisse aufzusuchen. "Der besuchte Staat hat der Kommission und ihren Delegierten alle Erleichterungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewähren. Er darf den Ablauf der Besuche in keiner Weise behindern." Die Delegierten können ungehindert mit Familienangehörigen, Verteidigern und Ärzten sprechen. Die Delegierten sind beauftragt zu prüfen, ob der Vertragsstaat bzw. das jeweilige Gefängnis festgehaltene Personen gemäß Artikel 3 der Europäischen Menschenkonvention behandelt. Er besagt: "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden."

Amnesty international enthüllte, daß die Bundesrepublik und Großbritannien sich gegen die Verabschiedung einer Anti-Folter-Konvention wandten. Die unionsregierten Bundesländer und NRW lehnten diese "Kontrollmöglichkeiten" ab. Diese ablehnende Haltung hat eine Vorgeschichte: 1977 schrieb der damalige und heutige CDU-Ministerpräsident Albrecht – im Zusammenhang einer staatsphilosophischen Abhandlung –, daß er dafür ist, politischen Gefangenen auch Informationen mittels Folter abzapfen: Es könne "sittlich geboten sein, diese Informationen von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises durch Folter zu erzwingen".

Die Reaktion hat sehr konkrete Vorstellungen über die Behandlung der politischen Gefangenen. Albrecht konnte vielleicht gerade auch wegen dieser ungeheuerlichen Äußerung seinen Einfluß in den Unionsparteien ausbauen. Auf jeden Fall wurden zahlreiche politische Gefangene in immer brutalerer Isolationshaft gehalten, und einige wurden Opfer dieses Terrors. 1980 erklärte Amnesty international, daß Isolationshaft eine Form der Folter sei. Diese Foltermethoden verfolgen das Ziel, den Gefangenen alle Informationen abzapfen und sie dann zu vernichten. Daran wird auch die "Anti-Folter-Konvention" nicht unmittelbar etwas ändern. Der Widerstand der Reaktion zeigt aber, daß sie etwas zu verbergen hat und keine "Kontrollmöglichkeiten" wünscht. Die "Anti-Folter-Konvention" könnte mit dazu beitragen, daß eine bessere, unbedingt nötige Öffentlichkeit über die Haftbedingungen hergestellt wird. Denn die kleinste, winzigste Information kann für die Herstellung einer öffentlichen Meinung, daß in der BRD hunderte politische Gefangene in Isolationshaft vernichtet werden, und damit für das Überleben der politischen Gefangenen sehr wichtig sein. Quellenhinweis: FAZ, 11.12.; Pressemitteilung von ai. – (jöd)

## Bophal-Debatte im Bundestag

### CDU/FDP WOLLEN EXPANSIONSMÖGLICHKEITEN DER CHEMIEKONZERNE GESICHERT WISSEN

Am 13.12. hat der Bundestag aufgrund eines Antrags der GRÜNEN eine aktuelle Stunde zur "Giftgaskatastrophe in Bophal und mögliche Konsequenzen für die chemische Produktion in der Bundesrepublik Deutschland" durchgeführt. Der Austritt von Methylisocyanat bei der Produktion von Pestiziden (Pflanzenschutz- und Insektenbekämpfungsmittel) auf Basis des Giftgases Phosgen war bei einer indischen Tochter des US-Konzerns UNION CARBIDE erfolgt. Die Bundestagsdebatte ist aus mehreren Gründen interessant und wichtig:

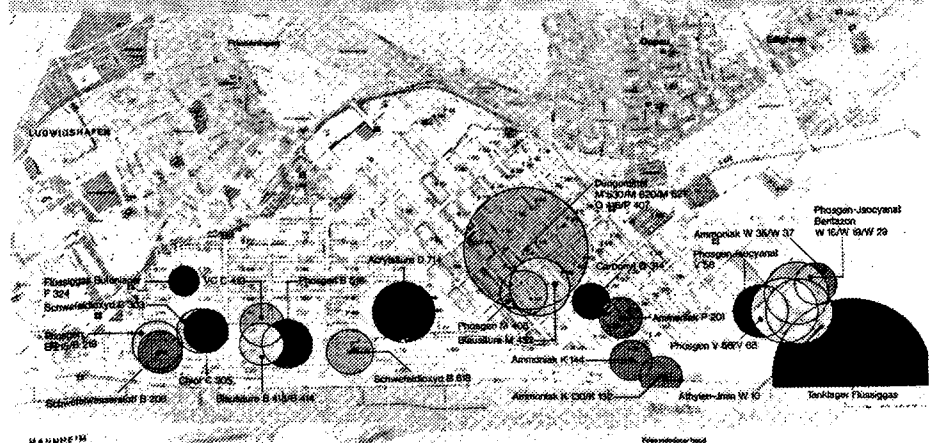
1. Die westdeutschen Chemiekonzerne sind führend am Export von Chemikalien in die Länder der Dritten Welt beteiligt, insbesondere ist die BRD vor den USA der größte Exporteur von Pestiziden mit einem Umsatz von 754 Mio. \$ (1981). Offen wird verhandelt, daß die westdeutschen Kapitalisten auch Stoffe exportieren, deren Anwendung in der BRD verboten ist.

2. Der Umfang der Produktionsanlagen im Ausland – auch und gerade

Debatte nicht nur ausführlich auf die "Konsequenzen für die chemische Produktion in der BRD" hingewiesen haben, sondern auch die Interessen der Chemiekonzerne an der Produktion in den Ländern der Dritten Welt bei niedrigsten Löhnen und Sicherheitsvorschriften angreifen. Sie fordern die Bekanntgabe der Produktionsstandorte gefährlicher Chemikalien in der BRD sowie ein Verbot von Technologieexport außerhalb der in der BRD geltenden Bestimmungen.

Nachdem diese Forderungen sich wesentlich auf die Sicherheitsbestimmungen in der BRD beziehen und weitergehende Forderungen unmittelbar gegen die Konzerne nicht erhoben werden, fällt der CDU die Antwort leicht: Neben dem Standard-Argument, daß die Sicherheitsbestimmungen in der BRD ohnehin wesentlich besser und völlig ausreichend seien, weiß der CDU-Abgeordnete Kroll-Schlüter – offenbar bestens in Kenntnis gesetzt – im Stile eines Pressesprechers der Bayer AG von Verfahren und Überwachungsanlagen der dortigen

## Kernzonen der Einzelalarmpläne



BASF Ludwigshafen: 19 von den Kapitalisten als gefährlich eingestufte Produktionen, davon allein 6 Phosgen-Produktionen im Werk Ludwigshafen

zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln – ist gewaltig. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank befanden sich 1981 bereits 46,5% der Sachanlagen der westdeutschen Chemieindustrie im Ausland. In Indien z.B. sind 1/3 aller westdeutschen Kapitalanlagen Investitionen der Chemiekapitalisten.

3. Auch in der BRD werden Methylisocyanat und insbesondere Phosgen in größerem Umfang hergestellt, transportiert und verarbeitet.

Es ist gut, daß die GRÜNEN in der

gen Methylisocyanatproduktion ausführlich zu berichten. Die CDU weist darauf hin, daß noch mehr Vorschriften letztlich nur zu einer Aufblähung der Bürokratie führen würden. Eine Argumentation, deren Ursprung nicht schwer auszumachen ist: "Die auch auf dem Umweltschutzgebiet übermächtig gewordene Bürokratie muß zurückgedrängt und eine verstärkte Selbststeuerung der Wirtschaft muß ermöglicht werden. An die Stelle rechtlicher Vorschriften sollten Richtlinien treten, die das zu errei-



chende Ziel definieren; die Wege dahin sollten der Industrie überlassen bleiben ..." (BASF 1983). Und wenn durch Produktion ohne teure Sicherheitsmaßnahmen die Profite erhöht werden können, gehen diese Wege über Leichen. Nicht umsonst läßt sich der CDU-Abgeordnete Boroffka (Beruf: Chemiker) zu der Unverschämtheit hinreißen: "... es gibt eben woanders ein anderes Lebensgefühl, andere Einstellungen zum Risiko ..."

Die SPD appelliert demgegenüber an die "Verantwortung" für die Entwicklungsländer, die es erfordere, überall einheitliche Sicherheitsstandards einzuführen; zusätzlich fordert sie ein Exportverbot von in der BRD nicht zulässigen Medikamenten, Pflanzenschutzmitteln usw.

Die FDP konkretisiert die Forderung nach einheitlichen Sicherheitsstandards: sie sollen nicht nur bei der Errichtung von Anlagen westdeutscher Kapitalisten gelten, sondern auch beim Verkauf an ausländische Kunden sollen sich "insbesondere die Regierungen dieser Länder zur Übernahme und Einhaltung unserer hochentwickelten Sicherheitsmaßnahmen verpflichten". Denn wenn schon Sicherheitsmaßnahmen, soll wenigstens die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Konzerne gegen ausländische Hersteller auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt werden.

Es ist in diesem Zusammenhang schon traurig, daß sich gerade Kräfte in der IG Chemie-Papier-Keramik in dieser Frage zu Verfechtern der Expansionsinteressen der Chemiekapitalisten machen: "Es hat sich weltweit gezeigt, daß bei der Herstellung und Anwendung von Chemieprodukten Chancen und Risiken dicht beieinander liegen. ... Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie erfordert ... vergleichbare Umwelt- und Sicherheitsbestimmungen sowie Kontrollen ..." (Antrag an den 12. o. Gewerkschaftstag 1984). Eine Position, die nicht gerade geeignet ist, die Chemiekapitalisten von Produktionen abzuhalten, die – koste es, was es wolle – den höchstmöglichen Profit sichern. Da wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn die Gewerkschaft insbesondere in Anbetracht der Gesundheitsgefährdung für die Beschäftigten und auch die GRÜNEN aufgrund ihres Anliegens in Sachen Umweltgefährdung entschieden dafür eintreten würden, daß die Chemiekapitalisten nun wirklich auf Heller und Pfennig jeden Schaden, jede Untersuchung und jede Vorsorgemaßnahme zahlen müssen.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll v. 13.12.84; Deutsche Bundesbank, Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland, Juni 1983; Arbeiterkampf Nr. 253; Umschau Nr. 4/84; Politische Berichte Nr. 17/83; BASF "Menschen Arbeit Geschäft 83". – (sth, rül)

## BOPHAL U.A. VERBRECHEN DER CHEMIEKAPITALISTEN

Drei Wochen nach dem Giftgasaustritt im Werk Bophal der Union Carbide am 3.12. ist über den Hergang des Unglücks noch immer nichts Genaues bekannt. Angeblich sollen ungelernete Arbeiter die Tanks gereinigt haben, als das Gas austrat. Andere Zeitungen berichten von einem Anstieg des Drucks in den Gastanks, dem die Ventile nicht standgehalten hätten. Nur einer der Arbeiter, die in der Nähe waren, soll überlebt haben. Auffällig sind auch die Berichte von einer "Gaswolke". Phosgen, das bei 8 Grad Celsius zu Gas wird, ist schwerer als Luft. Auch Methylisocyanat, das erst bei 37 Grad siedet, ist schwerer als Luft. Soviel steht fest: 22 Tonnen giftiger Gase entwichen. Zuerst starben die Arbeiter im Werk und die in der Umgebung. 2 500 Tote, ca. 100 000 Verletzte, so die Ärzte.

Die BRD-Chemiekapitalisten betonen, so was könne nur in der Dritten Welt geschehen. Das ist eine freche Beschönigung. Der Vorstand von Union Carbide erklärt, die Sicherheitsvorkehrungen in Indien seien so wie in den anderen Werken. Nur eine Computerüberwachung fehle.

Wie rücksichtslos die Chemiekapitalisten mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umgehen, zeigt die Übersicht. Sie ist nicht vollständig. So fehlen zahllose Raffineriebrände und Tankerunglücke.

– September 1921. Explosion eines Düngemittelagars bei BASF, Ludwigshafen. 561 Tote.

– Mai 1928. Aus einem Tank bei Stoltzenberg, Hamburg, strömt Phosgen. 11 Tote, 210 Schwerverletzte.

– Juli 1948. Aus einem Kesselwagen bei BASF, Ludwigshafen, tritt Dime-



Totenbestattung vor dem Werk Union Carbide in Bophal, Indien



Seveso. Erst nach Protesten der Arbeiter stellten die Kapitalisten die Produktion ein.

thyläther aus und explodiert. 200 Tote, 3 800 Verletzte.

– 40er Jahre. Ein Chemieunternehmen vergräbt im Staat New York, USA, 200 000 Tonnen giftige Abfälle, u.a. 4 000 Tonnen TCDD (Dioxin). 1978 wird dies nach "rätselhaften" Erkrankungen, Mißgeburten und Todesfällen im "Love Canal" bekannt.

– 1953. Ludwigshafen: Bei BASF explodiert eine Trichlorphenolanlage. Dioxin tritt aus. 42 Arbeiter erkranken schwer.

– 50er Jahre. In Minamata (Japan) sterben ca. 80 Menschen an quecksilbervergiftetem Fisch, zahlreiche Kinder werden verkrüppelt oder geistig gestört geboren. Ein Chemiebetrieb hatte jahrelang quecksilberhaltige Abfälle ins Meer geleitet.

– 18.6.68. Alcoy (Spanien). Explosion in einer Fabrik für Feuerwerkskörper. 31 Tote.

– 3.2.71. Brunswick, USA. Explosion in Munitionsfabrik. 25 Tote.

– 1.6.74. Flixborough, Großbrit. 18 000 Tonnen explosiver Chemikalien entzündeten sich. 29 Tote.

– 10.2.75. Antwerpen, Belgien. Brand in einem Chemiewerk. 6 Tote.

– 10.7.76. Seveso, Italien. Explosion in einem Chemiewerk von Hoffmann-La Roche. 20 kg Dioxin treten aus. 200 schwer Vergiftete.

– 16.9.76. Sandefjord, Norwegen. Explosion in Farbfabrik. 6 Tote.

– Nov. 79. Explosion eines mit Chlorgas beladenen Güterzuges in Missauga (Kanada). 25 000 Einwohner werden zeitweise evakuiert.

– 3.5.80. M. Hosad, Indien. Explosion in Feuerwerkskörperfabrik. 50 Tote.

– 25.2.84. Cumbatao, Brasilien. Aus einer Pipeline tritt Öl aus und fängt Feuer. Über 500 Tote.

– 19.11.84 Mexiko City, Mexiko. Explosion von zehn Gastanks in einem Arbeitervorort. Ca. 450 Tote.

Quellenhinweis: Arbeiterkampf 253; FAZ, Wall Street Journal, 4.12. bis 21.12.; Sigmar (Hrsg. Schweizerische Rückversicherung), '71 bis '81

## Hungerstreik der politischen Gefangenen

### BUNDESANWALTSCHAFT WILL JEDGLICHE UNTERSTÜTZUNG VERHINDERN

39 Gefangene und Untersuchungshäftlinge aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand befinden sich zur Zeit im Hungerstreik gegen ihre foltermäßigen Haftbedingungen. Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar haben am 4. Dezember mit dem Hungerstreik begonnen, die anderen Gefangenen haben sich schnell angeschlossen.

Am 20.12. haben 15 Angehörige von politischen Gefangenen für kurze Zeit einen Forschungsbereich der Hamburger Universität besetzt, in dem die Wirkung von Isolation untersucht wird. Sie erklären u.a.:

"Jahrelang hat der BRD-Staat die Identität unserer Angehörigen im Knast zu zerstören versucht: Isolationsfolter, Entzug von Sinnesreizen, Streßmanipulation, körperliche Gewalt, Verhinderung ärztlicher Versorgung, Entzug von Arbeitsmaterial, Entzug von Kommunikation mit Leuten draußen. Das alles hat die Gesundheit unserer Angehörigen stark angegriffen. Aber sie haben das Ziel, die Gefangenen zu brechen ... nicht erreicht. Seit ungefähr zwei Jahren hat deshalb die Bundesanwaltschaft die

Haftbedingungen unserer Angehörigen weiter verschärft ... Die Gefangenen haben sich in dieser Situation entschlossen, erneut einen kollektiven Hungerstreik zu führen ... Wir wollen, daß unsere Angehörigen leben, daß sie ihre Identität behalten, deshalb unterstützen wir jetzt ihren kollektiven Hungerstreik und ihre Forderungen.



Neun politische Gefangene sind bislang in der Haft umgekommen. Sigurd Debus (Bild) z.B. während des Hungerstreiks 1981.

nung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention; d.h. Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen; Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle; Aufhebung der Kommunikationssperre; Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information."

Die Staatsgewalt versucht, den Hungerstreik zu spalten und zu brechen: Angelika Goder, Monika Berberich und Gabriele Rollnik, die bisher als Gruppe isoliert waren, sind in Einzel-Isolationshaft verlegt worden. Richter und Ermittlungsrichter haben inzwischen für andere Gefangene Zwangsernährung angeordnet, sobald Gefahr für das Leben der Gefangenen bestehe und erklärt, mit "Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit" sei auf eine vorherige Anhörung der Gefangenen zu verzichten. Es ist bekannt, daß Zwangsernährung zu gesundheitlichen Schäden bis zum Tode führen kann.

Rebmann gab am 19.12. eine Pressekonzferenz zu seinem halbjährlichen Bericht über "terroristische Aktivitäten". Er gab eine Erklärung zu zwei Anschlägen am 17. und 18.12. ab. Zum Hungerstreik wollte er "am liebsten" nicht Stellung nehmen, am besten solle er nicht beachtet werden. Rebmann sprach den Gefangenen das Recht ab,

### "ANTITERRORISMUS": VÖLKERRECHTSWIDRIG

Auszüge aus dem Einstellungsantrag der Verteidiger im Verfahren gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt vom 13.12.84:

"Es handelt sich hier durchaus nicht um ein Spezialproblem der RAF, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Vielmehr geht es viel weitergehend überhaupt um den völkerrechtlichen Schutz von Aufruhr-, Aufstands- und schließlich Bürgerkriegsbewegungen ..."

"Die v.a. von den Staaten der Dritten Welt und den sozialistischen Staaten ... schrittweise durchgesetzte Ausdehnung humanitärer Regelungen auf immer weitere Bereiche der bewaffnet ausgetragenen politischen Konflikte betrifft

– den Begriff des internationalen bewaffneten Konflikts (der sich jetzt auch auf antikoloniale und antirassistische Befreiungskämpfe bezieht);

– den Begriff des Kombattanten (der jetzt im weitesten Umfang die Erscheinungsformen der Guerilla umfaßt);

– den Begriff des nicht internationalen Konflikts (der jetzt schon einen beträchtlichen Teil innerstaatlicher Konflikte in den Schutzbereich

von Kriegsvölker- und Menschenrechten einbezieht)."

"Eine gänzlich neue Regelung beinhaltet der Art. 3 der Genfer Abkommen von 1949. Erstmals werden durch ihn völkerrechtlich verbindliche Mindestregeln für einen bewaffneten Konflikt, der keinen internationalen Charakter hat ... getroffen. Eine Anerkennung der am bewaffneten Konflikt beteiligten Gegenpartei durch den betreffenden Staat ist jetzt nicht mehr erforderlich."

"Der dort betreffend nicht-internationale Konflikte benutzte Begriff des 'bewaffneten Konflikts' bezeichnet zunächst einmal generell 'jede kollektive, militärisch organisierte und mit Feuerwaffen ausgerüstete, politisch motivierte Aktion' (Lombardi, S. 351). Wir gehen davon aus, daß es in diesem völkerrechtlichen Sinn richtig ist, den Konflikt der RAF mit der BRD als Konflikt i.S.d. Art. 3 der Genfer Abkommen zu fassen."

"Es ergeben sich auf dieser Stufe daraus zwingend zumindest folgende Grundsätze für die Behandlung der Gegner in einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt:

1. Gegner des Staats in einem solchen Konflikt haben gegenüber dem Staat Anspruch auf Behandlung als Kriegsgegner. Das beinhaltet die Anerkennung ihres poli-

tischen Status. Damit ist an sich schon überhaupt die Behandlung nach strafrechtlichen Normen in Frage gestellt und die Behandlung nach kriegsrechtsanalogen Kategorien angezeigt. Völlig unzulässig ist aber umso mehr die Diskriminierung als 'besonders gefährliche Gewaltverbrecher', 'Terroristen' etc.

2. Die Gegner des Staates haben Anspruch auf ein Gefangenenstatut, welches mit dem humanitären Statut des III. Genfer Abkommens vergleichbar ist, also insbesondere weitestgehende Freizügigkeit, gemeinsame Internierung mit ihren Mitkämpfern unter Gewährleistung der ungehinderten Kommunikation untereinander.

3. Die Gegner des Staats dürfen keinem Sonderverfahren vor Sondergerichten etc. ausgesetzt werden. Sie müssen das Recht haben, ihre Kriegsgründe zur Geltung zu bringen, und das Verhalten ihres Kriegsgegners selbst muß Gegenstand der Sachaufklärung sein.

Daß hier in diesem Verfahren, in allem das gerade Gegenteil der Fall ist, ist offenkundig."

Quellenhinweis: Antrag vom 13.12.84 – kann bestellt werden bei RA Schubert, Postfach 10666, 78 Freiburg –; Lombardi: Bürgerkrieg und Völkerrecht, Berlin 1976

"humanitäre Gründe" geltend zu machen. Er lehnte jede Zusammenlegung ab und behauptete, der Hungerstreik der Gefangenen richte sich nicht gegen die Haftbedingungen, sondern sei Teil einer mit "außen" abgesprochenen Strategie der RAF und Beweis für illegale Verbindungen. Er führte an, daß viele Gefangene gleichzeitig kämpfen – obwohl er weiß, daß die Gefangenen über Rundfunk von der Hungerstreikerklärung in Stammheim erfahren haben – und stellte eine Verbindung zwischen dem Hungerstreik und verschiedenen Anschlägen her.

Für einen Anschlag auf ein Lager von Siemens in Frankfurt am 17.12., bei dem ein Sachschaden von 10 bis 15 Mio. DM entstanden sein soll, besäße die Bundesanwaltschaft zwei Bekennerbriefe, die auf RAF-Täterschaft und Zusammenhang mit dem Hungerstreik schließen ließen. Am 18.12. habe die RAF versucht, mit einer in einem Auto verborgenen Bombe einen Anschlag auf die NATO-Offizierschule in Oberammergau zu verüben. Der Anschlag sei gescheitert, weil der Zeitzünder stehengeblieben sei.

Der geplante Anschlag auf die NATO-Offizierschule in Oberammergau weist einige Merkwürdigkeiten auf. Z.B. ist unklar, wer den Alarm zur Durchsuchung des Autos auslöste: Das "Handelsblatt" berichtet, die "Wachmannschaften", laut "Frankfurter Allgemeine" war es ein "US-Offizier", nach "Bild" ein "deutscher Oberst". Rebman hat bereits morgens den Anschlag der RAF zugeschrieben, erst abends hat ein Münchner Journalist einen Anruf in seiner Privatwohnung erhalten, in dem eine Frau die Täterschaft der RAF erklärte. Außerdem hat die RAF in den vergangenen Jahren ihre Anschläge vor allem gegen einzelne hochrangige Offiziere, Kapitalisten und staatliche und kapitalistische militärische Einrichtungen gerichtet. Nicht auszuschließen ist also, daß die Bundesanwaltschaft faschistische Umtriebe nutzen will, um eine öffentliche Hetze anzufeuern.

Rebman droht mit seiner Argumentation allen, die den Hungerstreik unterstützen. Er stellt sie in den Verdacht, den bewaffneten Kampf der RAF zu unterstützen. Die Methode ist von der Bundesanwaltschaft oft angewandt worden. Mehrfach hat sie z.B. die Angehörigen wegen ihres Kampfes gegen die Isolationshaft der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" bezichtigt. Solche Beschuldigungen zeigen Wirkung: Längst nicht alle antifaschistischen Kräfte in der BRD unterstützen den Hungerstreik, obwohl z.B. selbst Amnesty international die Isolationshaftbedingungen in der BRD als Folter kennzeichnet.

Quellenhinweis: Handelsblatt, FAZ, taz, Bild, Kölner Stadt-Anzeiger, Neue Osnabrücker Zeitung v. 20.12.84; Presseerklärung der Angehörigen v. 20.12.84 – (uld, mis)

## Sowjetische Außenpolitik

### WAS WILL DIE SOWJETUNION IN AFGHANISTAN?

Seit fünf Jahren halten sowjetische Truppen Afghanistan besetzt. Nach ihrem Einmarsch Dezember 1979 hatten sich große Teile der fortschrittlichen Kräfte in der Welt hinter den USA gruppiert, zu einem Zeitpunkt, da diese allen Beschwörungen ihres Niedergangs zum Trotz als mächtigstes Bollwerk der Konterrevolution auftrumpften. Der Schaden war groß und ist es bis heute.

Das westliche Bündnis, die VR China, blockfreie Regierungen und etliche revolutionäre Organisationen hierzulande verbreiteten damals übereinstimmend, daß sich die UdSSR mit der militärischen Intervention in Afghanistan v.a. einen Aufmarschplatz für den Vorstoß gegen den Mittleren Osten und den Indischen Ozean verschaffen wolle. Schon die merkwürdige Übereinstimmung, erst recht aber die militärischen Reaktionen der NATO-Staaten hätten stutzig machen müssen. Diese verhängten zwar Boykottmaßnahmen gegen die UdSSR. Auch konzentrierten die USA, Großbritannien, Frankreich 1980 mehr Flotteneinheiten im Persischen Golf als je zuvor. Aber hätten sie nicht, wenn sie ihren eigenen Warnungen geglaubt hätten, mit der Zustimmung wohlgesonnener Regierungen die arabische Halbinsel in einen waffenklirrenden Stützpunkt verwandelt? Auch ein Blick auf die Karte hätte viel geholfen: Um die Kontrolle über den Mittleren Osten zu erringen, hätte die Sowjetunion mindestens den Iran besetzen müssen – und davor sind aus gutem Grund selbst die USA zurückgeschreckt. Tatsächlich sind die Vorhersagen über die sowjetische Expansion gen Mittleren Osten nicht eingetroffen.

Warum dann ist die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert? Sie hat ihre tiefe Verstrickung in den Bürgerkrieg in Afghanistan, eigene Opfer und Kosten, Erschütterungen im Innern und weltweite Isolation in Kauf genommen – wofür? Oder sollte sie sich gänzlich über die Folgen ihrer Intervention getäuscht haben?

### PREKÄRE ENTWICKLUNG IN AFGHANISTAN

Der damalige Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, L.I. Breschnew, nannte in einem Interview der "Prawda" vom 13.1.1980 als Grund für die Entsendung der Truppen:

"Die fortwährende bewaffnete Intervention und das weit gediehene Komplott der auswärtigen reaktionären Kräfte haben die reale Gefahr geschaffen, daß Afghanistan seine

Unabhängigkeit einbüßt und in einen imperialistischen Kriegsaufmarschraum an der Südgrenze unseres Landes verwandelt wird." (1)

Tatsächlich hatte sich der bewaffnete Widerstand Ende 1979, nach dem Putsch von Amin gegen Taraki im September (beide Demokratische Volkspartei Afghanistans), sprunghaft entwickelt. Um seinen im wesentlichen reaktionären Charakter zu kennzeichnen, sei als unverfänglicher Zeuge die "Europäische Wehrkunde" zitiert:

"Der Widerstand richtete sich vor allem gegen Amins Reformen: 1. Eine Landreform, die eine Million Hektar Land an 68000 Kleinbauern verteilen und die wohlhabende und gebildete Schicht des Landes enteignen sollte; 2. eine strenge Schulpflicht für Jungen und Mädchen ...



Die sowjetischen Truppen halten die Landeplätze besetzt

3. ein Verbot der nach islamischem Recht erlaubten Kinderehe, die Abschaffung des üblichen Brautpreises ... und 4. die Erlassung aller Schulden gegenüber Großgrundbesitzern und Geldverleihern – ohne jedoch staatlicherseits ausreichend Kreditmittel für den Ankauf von Saatgut und Ackerbaugerät bereitzustellen. Da die Großgrundbesitzer und Geldverleiher nun kein Geld mehr verliehen, fehlte den Kleinbauern das notwendige Startkapital." (2)

Dies letzte dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß die Demokratische Volkspartei Afghanistans erhebliche Teile der Werktätigen v.a. auf dem Lande nicht mobilisieren konnte. Ihre Basis wurde immer schmaler, und die SU entsandte bis Ende 1979 5000 Wirtschafts-, Verwaltungs- und Armee-Fachleute zur Stützung der afghanischen Regierung.

Die reaktionären Widerstandsorga-

nisationen wurden von den Imperialisten, v.a. den USA, politisch und, weitgehend über Pakistan, materiell unterstützt. Nicht nur sowjetische, auch antiimperialistische Quellen aus den USA wiesen nach, daß der Kern der in Afghanistan operierenden Banden in Lagern in Pakistan ausgebildet und ausgerüstet wurde (3). Von Pakistan aus konnten diese Banden auch ungehindert operieren. Aber nicht nur die Unterstützung des bewaffneten Widerstands, sondern die Politik des westlichen Bündnisses auch in anderen Bereichen macht ersichtlich, für wie groß die UdSSR die Gefahr für das mit ihr durch zwei Freundschaftsverträge (von 1921 und 1978) verbundene Afghanistan und für ihre eigene Sicherheit erachten mußte.

### IMPERIALISTISCHE BEDROHUNG DER SU

Am 12.12.1979 hatte die NATO die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa beschlossen. Damit versetzte sie sich in die Lage, die sog. "zweite Staffel" der Warschauer Pakt-Truppen in den westlichen Militärbezirken der UdSSR und die sowjetischen Industriezentren westlich des Urals zu bedrohen. Im Gefolge des Stationierungsbeschlusses kam es dann auch zu entsprechenden Anpassungen der NATO-Angriffsdoktrin (v. a. durch AirLand Battle und Rogers-Plan), die die größere Reichweite der mit atomaren und modernsten konventionellen Waffen ausgerüsteten NATO-Armeen berücksichtigen. Mit dem Stationierungsbeschluß war diese neue Phase der Bedrohung der UdSSR eingeleitet worden.

Jedoch: Anfang 1979 hatte das iranische Volk das Regime des Schahs gestürzt. Die Imperialisten, voran die USA, verloren damit einen Teil ihrer Kontrolle über die Erdölreichtümer des Mittleren Ostens, und sie verloren einen Stützpunkt, der in ihren Aufmarschplänen gegen die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielte. Denn von Iran aus konnten sie die sowjetischen Industriezentren im Osten bedrohen, die von Westen unerreichbar sind.

Aber: Für den Sieg der UdSSR über den Hitler-Faschismus war wichtig gewesen, daß sie von Beginn an die industrielle Erschließung der Gebiete östlich des Urals vorangetrieben hatte und daß sie im ersten Kriegsjahr imstande war, 1300 Industriebetriebe von Westen hinter den Ural zu verlagern und damit dem Zugriff der faschistischen Wehrmacht zu entziehen.

Damit war auch die Grundlage für die weitere Industrialisierung gelegt, und heute befinden sich Industriezentren von wachsender Bedeutung östlich des Urals, z.B. das Kuznecker Becken in Westsibirien mit seinen großen Steinkohlevorkommen und seiner bedeutenden Schwerindustrie. Solange die Imperialisten keinen Zugriff auf diese Zentren haben, ist die So-

wjetunion kaum in die Knie zu zwingen.

Kaum daß sich der Verlust des Irans abzeichnete, hatten die Imperialisten die Türkei-"Hilfe" anlaufen lassen, um die Türkei vollends unter den Stiefel zu bekommen, und Anfang 1980 setzten die USA auch die Verlängerung des Stützpunktabkommens durch, das ihnen über 20 Militärstützpunkte in der Türkei einräumt. Die Türkei war und ist aber kein Ersatz für den Iran.

Deshalb haben v.a. die USA stets die militärische Intervention in den Iran erwogen, und sie haben ab Herbst 1979 außergewöhnlich große Teile ihrer Kriegsflotte mitsamt Landungstruppen vor der iranischen Küste konzentriert. Ob sie, wenn sie Gelegenheit zur Intervention in den Iran bekommen hätten, vor Afghanistan halt gemacht hätten? Und auch sonst: Trotz Auflösung des CENTO-Paktes im März 1979 waren die USA mit Pakistan durch ein Bündnisabkommen von 1959 weiterhin eng verbunden. Daß die USA Pakistan benutzen könnten, um ggbs. nach Afghanistan einzufallen und einen neuen Stützpunkt zu schaffen, war ja nicht abwegig.

### DIE SOWJETUNION MARSCHIERT EIN

Die soziale Stütze der imperialistischen Einmischung in Afghanistan war v.a. der Großgrundbesitz, der den konterrevolutionären Kern des bewaffneten Widerstandes bildete. Aber auch im Staatsapparat und in der Armee gab es Kräfte, die nur darauf warteten, sich mit den Imperialisten zu verbinden. Schon vor dem sowjetischen Einmarsch Truppen waren ganze Truppenteile zu den "Rebellen" übergelaufen; andere galten als unzuverlässig und waren in entlegene Provinzen verlegt. Viele Offiziere waren inhaftiert. Mitte Oktober 1979 kam es zu einer offenen Meuterei in einer Kaserne südlich von Kabul. All das sorgte dafür, daß sich Putschgerüchte hartnäckig hielten, besonders in Pakistan. Einige westliche Zeitungen, so der "International Herald Tribune", behaupteten sogar, daß Amin selbst mit der US-Regierung Kontakt aufgenommen habe und einen Kurswechsel vorbereite.

Die Sowjetunion jedenfalls ging offensichtlich von einem Putsch und/oder einer imperialistischen Intervention aus. Sie kam nicht mit Truppen, die wesentlich für die Partisanenbekämpfung geeignet waren oder als eine Art Polizei fungieren sollten, sondern sie kam mit großen und schwer bewaffneten Verbänden, die in der Lage waren, eine reguläre Armee in Schach und das Land gegen eine imperialistische Intervention zu halten. Darauf verwiesen sowohl die "Österreichische Militärische Zeitschrift" (ÖMZ 2/1980) wie die Zeitschrift "Außenpolitik".

Letztere untersuchte unter der Fra-

gestellung "Können oder wollen die Sowjets nicht massiver vorgehen?", die Zusammensetzung und Bewaffung der sowjetischen Truppen und kam zu dem Schluß: Wäre die Sowjetunion vor allem zur Partisanenbekämpfung einmarschiert, dann hätte sie statt der "normalen, materialstarken Panzer- und Motschützenverbände" dafür ausgebildete Gebirgstruppen entsandt, und sie hätte auch nicht das mitgeführte schwere Material und die Flugabwehreinheiten gebraucht. Die Zeitschrift fährt fort:

"Das gleiche Bild ergaben die Stoßrichtungen des Einmarsches selbst: Die ersten Vorhutensicherungen ab Anfang Dezember 1979 ... vor allem die wichtigsten Strecken der Einfallstraßen zu den Verwaltungszentren des Landes, die Luftlandvorhutensicherungen die entscheidenden Landeplätze südlich des Hindu-kusch. Als dann die militärischen Maßnahmen der Weihnachtstage 1979 in Gang kamen, verdeutlichte sich das Bild: Die Sowjets marschierten und flogen in Richtung auf die Garnisonsplätze der afghanischen Armee und ließen bezeichnen-derweise den größten Teil der damals bekannten Zentren des Widerstandes aus ... Und schließlich zeigte auch die abschließende Dislozierung (Verlagerung – Red.) der sowjetischen Truppen den Schwerpunkt bei den Garnisons- und Verwaltungsschwerpunkten." (4)

### WIE DIE SOWJETUNION DEN EINMARSCH RECHTFERTIGT

Die UdSSR hat durch den Einmarsch die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Aufmarsches an ihrer Südgrenze gebannt. Sie hat dabei auch ihre Möglichkeiten, im Falle eines NATO-Angriffskrieges die Seewege des Indischen Ozeans zu bedrohen und den Ölnachschub der NATO zumindest zu beeinträchtigen, verbessert und damit das Risiko für die Imperialisten erhöht. Aber um welchen Preis!

Ihr Einmarsch hat große Teile der werktätigen Klassen in Afghanistan den Reaktionen in die Arme getrieben. Der Bürgerkrieg hat ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Damit werden auch, da die Regierung sich nicht mehr allein halten könnte, die sowjetischen Truppen in ständig wachsendem Maße in die Kämpfe hineingezogen, und diese Kämpfe werden von beiden Seiten verbissen geführt.

"Für uns war es keine einfache Entscheidung, sowjetische Truppenkontingente nach Afghanistan zu entsenden",

hatte Breschnew in dem bereits zitierten Prawda-Interview erklärt. Bei ihrer Rechtfertigung befand sich die sowjetische Führung grundsätzlich in folgender Schwierigkeit: Sie konnte ihren militärischen Einsatz nur begründen mit der Gefahr einer äußeren Aggression gegen Afghanistan. Dabei



konnte sie sich auf Artikel 51 der UNO-Charta wie auf Artikel 4 des Vertrages mit Afghanistan über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5.12.1978 beziehen. (5) Tatsächlich drohte, wie oben dargelegt, eine äußere Aggression. Aber es herrschte auch Bürgerkrieg, und diese Tatsache mußte die Sowjetunion leugnen oder in offenen Konflikt mit ihrer eigenen Völkerrechtsauffassung geraten, die besagt:

"Was die Behauptung eines 'Rechts' auf Intervention aufgrund eines Vertrages des Interventen mit dem intervenierten Land und aufgrund dessen Bitte betrifft, so widerspricht dieses sowohl Artikel 2 Punkt 4 SVN wie auch den Prinzipien der Achtung der staatlichen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates und dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Findet in einem Staat ein Bürgerkrieg statt, so hört die militärische Einmischung fremder Staaten in ihn nicht auf, eine Verletzung der Souveränität dieses Staates infolge dessen zu sein, daß sie auf Einladung seiner Regierung oder auf Bitten der letzteren erfolgt, da keine Verfassung den Organen des Staates Vollmacht überträgt, die innere Rechtsordnung mittels militärischer Intervention fremder Staaten aufrechtzuerhalten." (6)

Genau diese Verletzung hat die Sowjetunion gegenüber Afghanistan begangen. Vor allem zu Beginn hat sie sich damit zu rechtfertigen versucht, daß sie den bewaffneten Widerstand durchweg als Kampf von "Banditen" oder "Söldnern" bezeichnete, so in der Zeitschrift "Sozialismus: Theorie und Praxis" (STP):

"All dies ist das Resultat von Aktionen jener, die durch das Völkerrecht exakt als Söldner definiert werden, d.h. als Personen, die an Ort und Stelle oder im Ausland zu Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt angeworben wurden und die hauptsächlich auf materiellen Vorteil aus sind." (7)

Diese verlogene Darstellung konnte sie jedoch auf Dauer nicht halten. Ende 1982 schrieb dieselbe Zeitschrift über die "Konterrevolutionäre":

"Anfangs war die Opposition gegen die Revolution zahlenmäßig nicht sonderlich stark. Diese Opposition bestand hauptsächlich aus noch in der Regierungszeit des Königs gebildeten rechtsextremistischen Gruppierungen der Großgrundbesitzer, der Khans und der Häuptlinge einiger Stämme sowie aus Vertretern reaktionärer Kreise der Geistlichkeit ... Als die revolutionären Wandlungen im Lande voranschritten und insbesondere als die Agrarumgestaltungen eingeleitet wurden, vergrößerten sich die Reihen der regierungsfeindlichen Opposition. Sie rekrutierte sich jetzt aus sozialen

Gruppen, deren Interessen im Verlauf der Revolution beeinträchtigt wurden. Hinzu kam, daß wegen der unbegründeten Repressalien und groben Fehler (gemeint: Amins – Red.) sowie wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen und der innerpolitischen Lage auch ein Teil der mittleren und Kleinbourgeoisie, der Geistlichkeit, der Intelligenz, der Beamtenschaft, des Offizierskorps, der Bauern, Handwerker und Nomaden die Revolution nicht länger unterstützen wollte." (8)

An dieser Darstellung stimmt nur eines nicht: Der Beitrag der sowjetischen Intervention zu diesem tragischen Verlauf der afghanischen Revolution wird unterschlagen. Dennoch – oder gerade deswegen, denn ist hier nicht der ursprünglichen Rechtfertigung der Boden entzogen? – können diese Äußerungen als Anzeichen einer starken ideologischen Erschütterung gesehen werden und als Anzeichen dafür, daß die Intervention in Afghanistan in der UdSSR selbst immer stärker unter Druck gerät. Und das kann auch nicht anders sein, denn:



Nach einem Überfall. Die ÖMZ schreibt, daß beide Seiten fast keine Gefangenen machen.

– Die sowjetische Führung ist gezwungen, einen großen Teil der sowjetischen Soldaten in Afghanistan halbjährlich auszuwechseln. Das deutet darauf hin, daß die im Bürgerkrieg eingesetzten Truppen schnell zersetzt sind, bedeutet aber auch, daß die aus Afghanistan zurückkehrenden Soldaten, und das sind dadurch ziemlich viele, über ihre Erfahrungen und Eindrücke berichten und damit einen wachsenden Teil der sowjetischen Bevölkerung erreichen.

– Die Opfer sind sehr hoch, beim afghanischen Volk, aber auch bei den sowjetischen Truppen. Zwar scheinen die westlichen Angaben, die Mitte 1983 schon von über 21000 sowjetischen Gefallenen sprechen, übertrieben, aber auch sowjetische Quellen geben "hohe Verluste" zu. (9) Auch dadurch ist ein wachsender Teil der so-

wjetischen Bevölkerung unmittelbar mit dem Truppeneinsatz im afghanischen Bürgerkrieg konfrontiert.

– Die Kriegskosten sind schmerzlich spürbar. Auch hier werden die westlichen Angaben, die die sowjetischen Kosten der ersten beiden Kriegsjahre auf 4 Mrd. \$ bezifferten (das wären über 5 Mio. \$ pro Tag), übertreiben. Dennoch: die UdSSR muß nicht nur ihre eigenen Truppen versorgen, sie trägt mit dem Einmarsch auch die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung in Afghanistan, die sich aufgrund des Krieges nicht mehr selbst ernähren kann.

## DIE SU MUSS SICH AUS AFGHANISTAN ZURÜCKZIEHEN

Ein wesentlicher Grund für das militärische Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan ist das mangelnde Vertrauen der KPdSU in die Kräfte der Revolution. Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß das afghanische Volk gegen die vereinten Kräfte der einheimischen und ausländischen Konterrevolution nicht hätte verhindern können, daß Afghanistan zum imperialistischen Stützpunkt gegen die UdSSR wird. Doch der Versuch der Sowjetunion, durch ihre militärische Intervention die Verbindung des afghanischen Großgrundbesitzes mit dem imperialistischen Ausland zu verhindern, hat vor allem der afghanischen Revolution geschadet, denn er hat der Konterrevolution ungeahnte Kräfte zugeführt, und hat auch der Sowjetunion selbst geschadet.

Sie hat auf Dauer keine Wahl, als sich aus Afghanistan zurückzuziehen. Jedes weitere Hinauszögern dieser Entscheidung ist folgenswer. Denn je länger die Intervention andauert, desto erbitterter wird, das ist in den fünf Jahren deutlich geworden, der Bürgerkrieg, und um so wahrscheinlicher wird, daß die Reaktionäre und Imperialisten zu einem unsäglichen Gemetzel unter den Anhängern des Regimes aufhetzen, wenn die Sowjetunion dann doch irgendwann einmal ihre Truppen zurückzieht.

(1) in: osteuropa-archiv, Juni 1980; (2) O.K. Heuchling, Afghanistan – strategische Bedeutung zwischen gestern und morgen, EW 6/80; (3) s. Arbeiterkampf 170, 28.1.1980; (4) P.R. Lange, Afghanistan – Weltmacht ohne Gespür, Außenpolitik 1/81; (5) in: Archiv der Gegenwart, S. 22267; (6) Levin, Völkerrecht und Friedenssicherung, zitiert nach: B. Meissner, Sowjetische Außenpolitik und Afghanistan, Außenpolitik 3/80; (7) Teplinski, Abwehr der Aggression, STP 12/80; (8) Uljanowski, Die afghanische Revolution gestern und heute, STP 12/82; (9) Krasnaja Swesda, 8.11.82, wiedergegeben nach ÖMZ 1/83. Weitere Quellenhinweise: Archiv der Gegenwart, Europa Archiv, Außenpolitik, Österreichische Militärische Zeitschrift, Osteuropa, STP, Jahrgänge 1979–1984. – (scc)

## Äthiopien

DIE HUNGERSNOT IST FÜR DIE IMPERIALISTEN  
SIGNAL ZUM ANGRIFF AUF DIE LANDREFORM

Am 6.12. debattierte der Bundestag über die "Hungerkatastrophe" in Äthiopien. Der CDU-Abgeordnete Dr. Stercken faßte die Gründe der Hungersnot und die Forderungen an die äthiopische Regierung, die die Bundesregierung daraus ableitet, so zusammen:

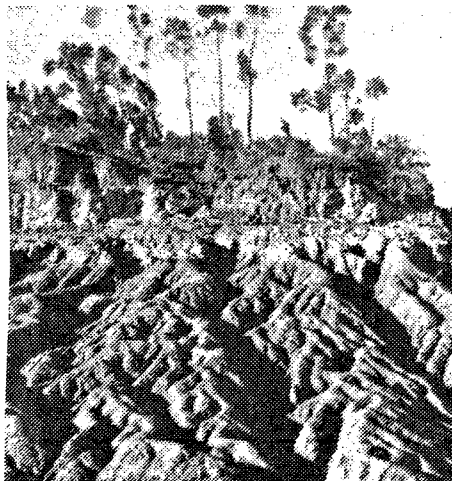
"Natürlich hat die klimatische Entwicklung die landwirtschaftliche Produktion erheblich beeinträchtigt, teilweise unmöglich gemacht. Doch die Zwangskollektivierung von 1979 und die Zwangsrekrutierung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für die Armee haben entscheidend dazu beigetragen, daß sich die agrarische Leistungsfähigkeit wesentlich verschlechterte... Nach dem Inferno der letzten Wochen kann es nur heißen: nichts beschönigen, sondern das Klügste tun, um Schaden vom äthiopischen Volk abzuwenden. Es muß jetzt auch Schluß sein mit der Militarisierung eines Staates, der keine Waffen, sondern Nahrung braucht." Repnik (CDU) ergänzte dies mit der Forderung, die Kollektivierung in der Landwirtschaft rückgängig zu machen: "Aus unserer Verantwortung für Millionen vom Tod Bedrohter müssen wir auf Reformen zugunsten der breiten Bevölkerungsschichten drängen. Das Argument, man dürfe nicht in die nationale Souveränität hineinreden, wird angesichts von Katastrophen dieses Ausmaßes stumpf."

Die unverhohlene Genugtuung, mit der sich reaktionäre Politiker und zahlreiche kirchliche Vereinigungen in letzter Zeit der Hungersnot in Äthiopien zuwenden und bei dieser Gelegenheit ihren Druck auf die äthiopische Regierung verstärken, hat mehrere Gründe. Die Imperialisten wollen ihren verlorenen Einfluß im Land zurückgewinnen, ihre Stützpunkte und Plantagen, die sie vor dem Sturz des Selassie-Regimes im Jahr 1974 besaßen. Vor 1974 unterhielten die USA in Äthiopien mit 1.500 Mann ihren größten Truppenstützpunkt in Afrika. Zahlreiche andere imperialistische und zionistische "Berater" tummelten sich im Land. Große Plantagen für Zitrusfrüchte, Baumwolle, Kaffee usw. befanden sich im imperialistischen Besitz, die äthiopische Regierung lieferte den Imperialisten Kaffee und Tierhäute zu Spottpreisen.

Mit dem Sturz des Regimes 1974 und den nachfolgenden Reformen erzwangen die äthiopischen Arbeiter und Bauern eine schrittweise Zurückdrängung dieses Einflusses. Alle großen Fabriken wurden 1975 nationalisiert, die Gewerkschaften setzten Mindestlöhne und die Anerkennung

gewerkschaftlicher Kontrollrechte durch, die Bauern erreichten eine Landreform, die die imperialistischen Plantagen enteignete, Landbesitz über 10 ha verbot und mit der Verteilung des Landes an Kollektive der kleinen und landlosen Bauern begann. Seitdem gilt die imperialistische Kontrolle des "Horn von Afrika", d.h. der Seeverbindung zwischen dem Suez-Kanal und dem Indischen Ozean, als "bedroht".

Zudem haben die westdeutschen Imperialisten auch eigene "Verluste" in Äthiopien wettzumachen. Die BRD hatte am 5.7.1965 mit der damaligen Regierung ein "Militärhilfeabkommen" geschlossen. Von 1965 bis 1970/71 lieferte sie für 38 Mio. DM Waffen, insbesondere für die gegen den Befreiungskampf in Eritrea eingesetzten Truppen, waren westdeutsche militärische Ausbilder in Äthiopien tätig. Äthiopien galt als ein "Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe" in Afrika. Damit ist seit 1974 Schluß, und die BRD-Imperialisten sind fest entschlossen, die Gelegenheit der Hungersnot nicht ungenutzt vorübergehen



Links: Bodenerosion in Äthiopien – nach Schätzungen der FAO gehen insbesondere im Hochland jährlich 1,6 Mrd. Tonnen Bodenkruke durch Wind- und Wassererosion verloren. Rechts: Mitglieder einer Bauernkooperative errichten in der Region Hararghe Steinwälle, um die Auswaschung des Hangbodens einzudämmen.

zu lassen. Bundeswehreinheiten haben sie bereits wieder in Äthiopien: Seit dem 4. November sind 45 Soldaten vom Luftwaffentransportgeschwader 63 aus Hohn bei Rendsburg und eine 23 Mann starke Einheit des "technischen Hilfswerks" im Einsatz, offiziell, um Nahrungsmittel vom Hafen Assab am Roten Meer zu den hungernden Bauern in den Lagern Mekelle und Axum im Norden des Landes zu schaffen. Daß man sich bei Gelegenheit dieser Überflüge auch im Land umsieht und Verbindungen knüpft, versteht sich für

diese "Hilfstruppen" von selbst.

Auch die christlichen Kirchen haben in Äthiopien im wahrsten Sinne des Wortes "Boden zurückzugewinnen". Vor 1974 zählte die "altorientalische" äthiopische Kirche – sie gehört dem Weltkirchenrat in Genf an – zu den größten Grundbesitzern im Land. Ihre Ländereien wurden 1975 unter dem Druck der äthiopischen Bauernmassen, die von ihren kirchlichen Grundherren jahrzehntelang geschunden und ausgeplündert worden waren, enteignet. Die Stellung aller christlichen Kirchen im Land gilt seitdem als "erschüttert". Kein Wunder, daß diese nun die Gelegenheit ergreifen, um den hungernden äthiopischen Bauern wieder christliche Demut einzubleuen.

Mit den Gründen für die jetzige Hungersnot sind die Imperialisten schnell bei der Hand. Sicher, seit ein, zwei Jahren sei in manchen Gebieten der Regen ausgefallen. Aber der Hauptgrund sei der andauernde Krieg im Tigray und Eritrea, der die Bauern an der Arbeit hindere, und die "Zwangskollektivierung".

Nun ist den Imperialisten der Unterdrückungs- und Annektionskrieg der äthiopischen Armee in Eritrea und im Tigray, der auch von der neuen Regierung fortgesetzt wurde, schon immer ein wichtiger Vorwand für Einmischungen und Erpressungen gewesen und deshalb nur recht. Bleibt also die



"Zwangskollektivierung".

Tatsächlich hat diese von der neuen Regierung unter dem Druck der Bauern in den vergangenen Jahren durchgeführte Landreform die jetzige Hungersnot – nach Angaben der bürgerlichen Presse sollen 7 Millionen Bauern und deren Familienangehörige hungern, ein Fünftel der Bevölkerung Äthopiens – noch am wirksamsten begrenzt. Seit Jahren sind in Äthiopien die schweren Erosionsschäden, Folgen jahrzehntelanger Plünderung des Landes durch die Imperialisten,

## Produktionsdaten afrikanischer Staaten

Land	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Ägypten	43 500	45	1 001 449	2 860	2	0,08	0,07	0,22	0,18	0,04
Äthiopien	33 500	27	1 221 900	13 960	26 570	0,52	0,42	0,17	0,13	0,80
Algerien	19 300	8	2 381 741	7 513	4 384	0,44	0,39	0,12	0,12	0,07
Botsuana	8 500	1	600 372	1 360	962	0,75	1,60	0,08	0,08	0,07
Elfenbeink.	8 300	26	322 469	3 930	9 380	1,95	0,47	0,14	0,11	3,47
Ghana	12 060	51	238 537	2 760	8 700	0,32	0,23	0,08	0,06	0,09
Kamerun	8 500	18	475 442	6 940	25 530	1,04	0,82	0,10	0,11	0,08
Mali	7 340	6	1 240 000	2 058	8 760	2,25	0,28	0,23	0,16	0,70
Marokko	21 800	49	446 550	8 394	5 195	0,51	0,39	0,29	0,10	0,15
Mauretanien	1 680	2	1 030 700	208	15 134	0,22	0,12	0,07	0,05	0,71
Niger	5 480	4	1 267 000	3 450	28 400	3,59	0,63	0,30	0,26	0,62
Obervolta	6 250	23	274 200	2 633	7 140	0,98	0,42	0,18	0,21	0,45
Senegal	5 810	30	196 192	5 225	5 318	1,37	0,90	0,17	0,16	0,39
Sudan	18 900	8	2 505 813	12 448	48 630	0,44	0,66	0,13	0,19	0,19
Tansania	17 400	18	945 087	5 190	42 020	1,18	0,30	0,10	0,08	0,73
Tschad	4 550	4	1 284 000	3 150	20 420	1,88	0,69	0,18	0,15	0,84
Uganda	13 620	58	236 036	5 760	6 010	0,47	0,42	0,14	0,10	0,37
Zafr. Rep.	2 350	4	622 984	1 945	39 680	3,60	0,83	0,06	0,04	0,54

1) Bevölkerung in 1 000, '81 2) pro qkm, '81 3) Fläche in qkm 4) Ackerland in 1 000 ha, '81 5) Wald in 1 000 ha, '81 6) Ackerl. pro Kopf, '69-71 7) dass., '81 8) Getreide pro Kopf '69-71 9) dass., '81 10) Rinder pro Kopf '81 (6) u. 8): eig. Ber.)

unübersehbar. Noch um die Jahrhundertwende waren 40% des Landes, insbesondere die großen Hochlandgebiete im Innern, Waldgebiete. Heute sind nur noch 2% Waldfläche. Unterdrückt und ausgeplündert von den äthiopischen Großgrundbesitzern, denen sie in den 60er und frühen 70er Jahren bis zu 70% der Ernte als "Pacht" abliefern mußten oder den größten Teil des Jahres Frondienste leisten mußten, und von den Imperialisten – die sich insbesondere seit den 50er Jahren die besten Böden für ihre Zitrus-, Baumwoll- und Kaffeeplantagen aneigneten und die die zum Anbau von Kaffeepflanzen gepreßten Bauern durch ihre Kontrolle der Weiterverarbeitung und der Vermarktung völlig in der Hand hatten – konnten die äthiopischen Bauern den dringend notwendigen Investbau zur Erhaltung und Verbesserung des Bodens, zur Sicherung der Bodenkruke, zur Be- und Entwässerung usw. nicht schaffen. Zugleich wurden ihre Weidegebiete für das Vieh eingeschränkt, oft mit der Folge, daß die Bauern das Vieh auf die Berghänge treiben mußten und dort die Erosion noch weiter beschleunigt wurde. Nach Schätzungen der FAO werden in Äthiopien inzwischen jährlich 1,6 Milliarden Tonnen Bodenkruke entweder durch Wind- oder Wassererosion abgetragen – bei einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 80 Mio. ha sind das durchschnittlich 2 kg Boden je Quadratmeter. Diese vor zehn, teilweise zwanzig und mehr Jahren eingeleiteten Verwüstungen, verbunden mit der Verarmung der Bauern, die keinerlei Vorräte anlegen konnten, keine Zeit fanden zum Brunnenbau oder zum Anlegen von Schutzmauern gegen Erosion usw., hat bereits Anfang der 70er Jahre zu der damaligen schweren Hungersnot in Äthiopien – zeitlich

und auch von den Ursachen her in engem Zusammenhang mit der Hungersnot in der Sahel-Zone – geführt.

Diese Hungersnot war auslösendes Element für den Sturz des Regimes von Haile Selassie und für die Vertreibung der Imperialisten. Die äthiopischen Bauern haben seitdem größte Anstrengungen unternommen, um im Rahmen ihrer Kooperativen mit Dammbauten, Brunnenbau, Wiederaufpflanzung, Terrassenanbau auf den Berghängen usw. die Erosion zu verhindern und wenigstens kümmerliche Reserven gegen eine neue Trockenheit anzulegen. Aber von Anfang an war klar, daß dieser Investbau nur langsame Erfolge zeigen würde. Auch unter bürgerlichen Experten ist heute unumstritten, daß solche schweren Verwüstungen des Bodens nur durch jahrzehntelangen landwirtschaftlichen Investbau, verbunden mit Wiederaufpflanzungen, behoben werden können. Zudem unterstützte die neue Regierung die Bauern bei dieser Arbeit nur in den ersten Jahren merklich, seitdem wegen des Annektionskrieges in Eritrea und Tigray nur noch geringfügig. Die anhaltende Dürre, die schwerste seit Jahrzehnten und vermutlich selbst hervorgerufen durch die Ausdehnung der Wüstenzonen in anderen afrikanischen Staaten und dadurch hervorgerufene Klimaveränderungen, droht nun auch diese Anstrengungen wieder zunichte zu machen. Für die Imperialisten ist das das Signal, nun den offenen Angriff auf diese Kooperativen und auf die Landreform zu eröffnen.

Quellenhinweis: G. Elwert, R. Fett (Hrsg.), Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus, Ffm 1982; C. Legum (Hrsg.), Africa Contemporary, London, 1978 bis 1983; FAO, Review and analysis of agrarian reform ..., 1978; ders., World Food

Zinszahlung Afrikas  
– umgerechnet in Tonnen Kaffee  
zu Weltmarktpreisen –

Jahr	Tonnen Kaffee
1970	288 164
1971	300 211
1972	358 261
1973	468 658
1974	537 259
1975	668 729
1976	360 149
1977	305 987
1978	664 244
1979	901 713
1980	1 288 963
Zum Vergleich: Welt-Kaffee-Ernte 1980: 1,553 Mio. t	

Quellen: IWF, World Debt Tables, 1978 und 1980; Weltbank, Jahresberichte 1980 bis 1984; UNO, Statistical Yearbook, Ausgaben 1976 bis 1980, eig. Berechnungen

Report 1983 und 1984; ders., Protect and Produce, soil conservation for development, 1983; ders., FAO in Africa, 1983; P. S. Gilkes, Äthiopien: Revolution auf halbem Wege, in: Europa-Archiv 17/1975; U. Albrecht, B. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Hamburg 1972; Bundestag, Protokoll vom 6.12. 84; Bild am Sonntag, 11.11. 84 – (rül, anl)

## Spanien

PSOE: REGIERUNGSKURS  
DURCHGESETZT

Am 16. Dezember ging in Madrid der 30. Kongreß der PSOE, der regierenden "Sozialistischen Partei Spaniens", zu Ende. Seine Themen waren:

Die Auseinandersetzung um den Verbleib Spaniens in der NATO, die Absicherung des Kurses der "wirtschaftlichen Strukturreform" und die Änderung der organisatorischen Struktur der Partei. Die linke Kritik am Kurs der Parteiführung von Gonzales und Guerra hatte sich in der Gruppe der "Sozialistischen Linken" um Paplo Castellano und um den Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, gesammelt. Die "Sozialistische Linke", die auf dem Kongreß 14% der Delegierten stellte, kritisierte vor allem die NATO-Politik der Regierung Gonzales und des Parteivorstandes. Diese Politik sei unvereinbar mit den Grundsätzen sozialistischer Friedenspolitik. Sie forderten deshalb den Austritt aus der NATO und die Neutralität Spaniens.

Die Kritik des gewerkschaftlichen Flügels um Redondo richtete sich vor allem gegen die schonungslose Rationalisierungspolitik der Regierung und

gegen die ersten Brüche des "Sozialpaktes" mit der UGT.

Zur Absicherung der Politik des Parteivorstandes und zur Einbindung der regionalen Parteiführer – der "Barone und Kalifen" – in die Regierungspolitik hatten Gonzales und sein Stellvertreter Alfonso Guerra die Einrichtung neuer zentraler Körperschaften, des "politischen Rates" und eines "Bundeskomitees", geplant.

Der Ausgang des Kongresses bestätigte die Regierungspolitik als Parteipolitik der PSOE. Gegen eine Minderheit von immerhin 38% der Delegierten beschloß der Kongreß, daß Spanien in der NATO bleiben müsse. Der Antrag der "Sozialistischen Linken" auf Austritt aus der NATO wurde mit 394 gegen 264 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach Abzug der amerikanischen Truppen und nach Neutralität. Der Wirtschaftskurs der Regierung, die Fortsetzung der Rationalisierungs- und Entlassungspolitik vor allem in der Werft- und Stahlindustrie, wurde ebenfalls bestätigt.

Einige vorgebliche "Zugeständnisse" machte die Parteiführung lediglich in der Organisationsstruktur. Die Exekutivkommission der Partei wurde von 25 auf 17 Mitglieder verkleinert, und alle Regierungsmitglieder außer Gonzales und Guerra mußten aus der Kommission ausscheiden. Die Vertreter der UGT erhielten dann zwei Sitze in der Exekutivkommission. Als nächsten Schritt hat Gonzales Pläne zur Entlassung von drei Ministern mit "sozialistischen Neigungen" durchsickern lassen.

Quellenhinweise: El Pais, Cambio, FAZ – (chc)

## Frankreich/Rassismus

### STERNMARSCH FÜR GLEICHE RECHTE

Im Dezember 1983 noch waren sie von den Medien gefeiert und von den bürgerlichen Politikern mit viel guten Worten und Versprechungen versehen worden – Taoues, Farouk, Nasser und die anderen (meist) jungen Teilnehmer des "Marsches der Butterfarben", viele von ihnen Kinder nordafrikanischer immigrés (Einwanderer). Arbeitslos, ohne Ausbildung und Tag für Tag diskriminiert, waren sie auf Mofas losgezogen, um auf einem Sternmarsch durch Frankreich für gleiche Rechte zu streiten und die "Integration" der immigrés zu fordern. Am 1. Dezember ging die Sternfahrt 1984 mit einer Demonstration von mehreren Zehntausend in Paris zu Ende.

Diejenigen, die dieses Jahr "für die Gleichheit" durch das Land fuhren, in Bürger- und Gemeindegassen über Rassismus und seine Bekämpfung diskutierten, Flugblätter vor Metall- und

Chemiebetrieben verteilten, Blumen an Gedenkstätten für Anfang der 60er Jahre erschossene Demonstranten für die Unabhängigkeit Algeriens niederlegten, sahen sich mit Raumverweigerung und Polizeiüberwachung konfrontiert und mußten eine sehr viel weniger wohlwollende Behandlung durch Presse und Politiker hinnehmen – Reflex auf die Tatsache, daß sie nicht bereit waren, sich für die "Integrationspolitik" der Sozialistischen Partei oder liberaler und christlicher Gruppen mißbrauchen zu lassen. "Sie sprechen alle von Eingliederung und bereiten unsere Ausweisung vor" war eine zentrale Parole der Abschlußdemonstration, die bewirkte, daß PS und Regierung ihre Unterstützung verweigerten. Die vielfältigen, nicht immer einheitlichen Forderungen der Teilnehmer bezogen sich durchgehend auf das Verlangen nach Gleichheit ohne jede Konzession.

Stand noch 1983 das Konzept einer doppelten Nationalität im Vordergrund, so entzündeten sich diesmal viele der Diskussionen an der Frage, ob es nicht zweckmäßiger und vernünftiger sei, für eine Regelung zu kämpfen, die Nationalität und Staatsbürgerschaft voneinander trennt – d.h. auch den immigrés alle Staatsbürgerrechte einschließlich des Wahlrechts gewährt, ihnen jedoch ihre bisherige Nationalität beläßt.

Die französische Regierung hat dieses Konzept mit dem Verweis auf die Verfassung abgelehnt, die nur Franzosen das Wahlrecht zuerkennt. Es paßt dies zusammen mit einer Politik, die auch das noch 1981 propagierte Kommunalwahlrecht nicht mehr durchsetzen will und die nationalistische und teilweise offen rassistische Politik der Rechten mit Entgegenkommen zu dämpfen sucht. Tatsächlich wird diese so nur zu weiteren Vorstößen ermuntert. Zwei Beispiele: Einen Tag vor der Abschlußdemonstration der Sternfahrt 84 beschloß der von der Rechten beherrschte Rat der Stadt Paris, die Familienunterstützung bei der Geburt des dritten Kindes zu erhöhen, sie aber ausländischen Familien vollständig zu streichen. Begründung: "Indem wir Pariser Bevölkerungswachstum ermutigen, arbeiten wir für das Überleben der französischen Nation." Kurz zuvor hatte ein Bürgermeister der UDF-Partei Giscard im Figaro-Magazin ein Referendum für "die progressive Rückkehr der Ausländer auf französischen Boden" gefordert.

Der Sternmarsch 1984 wollte gerade beitragen, solche Positionen zu bekämpfen. Bei der PCF, anderen linken Organisationen, fast allen Gewerkschaften und eher traditionellen, antirassistischen Organisationen hat er Unterstützung gefunden und die Debatte über stärkere Zusammenarbeit gefördert.

Quellenhinweise: l'Humanité, Libération. – (pel)

## Québec

### UNABHÄNGIGKEIT KEIN THEMA MEHR?

Der Premierminister der kanadischen Provinz Québec, René Lévesque, zugleich Gründer und Parteiführer der nationalistischen Parti Québécois, beabsichtigt, das Ziel der Unabhängigkeit dieser französischsprachigen Provinz von Kanada nicht mehr als Hauptthema in den nächsten Wahlen zu propagieren. Das hat in den Reihen seiner Partei erhebliche Richtungskämpfe, die schon länger schwelen, voll zum Ausbruch gebracht. Zwei Minister haben ihre Ämter niedergelegt, darunter der Finanzminister Jacques



Québecs Premier René Lévesque

Parizeau, zwei Parlamentarier haben die Partei verlassen und sich für unabhängig erklärt. Die Regierungsmehrheit blieb nur knapp erhalten.

Vor acht Jahren hat Lévesque die Wahlen gewonnen gegen die bis dahin in Québec regierenden Liberalen. Das Programm der Parti Québécois zielt auf eine mindestens gewisse Unabhängigkeit von oder innerhalb von Kanada ab. Dies wird begründet mit dem notwendigen Schutz der französischen Sprache und Kultur in einer englischsprachigen Umgebung. Man muß dies vor dem historischen Hintergrund der Kolonialmächte England und Frankreich sehen, die beide die Herrschaft über den nordamerikanischen Kontinent beanspruchten und sich während des europäischen Siebenjährigen Krieges auch in Nordamerika bekämpften. Der Krieg endete 1763, die französische Zitadelle von Québec fiel an England. Seither unterblieb zweihundert Jahre lang praktisch jede Einwanderung von Frankreich nach Québec, es bildete sich eine Insel französischer Sprache und Kultur heraus, dominiert vom katholischen Klerus und geduldet von England, das sehr bald nach 1763



die Loyalität der Frankokanadier mit der Anerkennung des französischen Zivilrechts erkaufte, um sich den Rücken im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg freizuhalten.

1980 führte die Québec-Partei eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit durch; jedoch war die Frage sehr verklausuliert: ob man dafür sei, daß die Regierung von Québec mit der Zentralregierung über das Ziel einer "Souveränität-Assoziation" Verhandlungen aufnehme. Diese Abstimmung ging verloren. Dennoch gewann die Québec-Partei die Provinzwahlen im folgenden Jahr.

In der Zwischenzeit ist durch drastische Regierungsmaßnahmen gegen das allmähliche Vorherrschen der englischen Sprache viel erreicht worden. Straßen- und Firmenschilder sowie öffentliche Werbung in Québec müssen in französischer Sprache sein; nur unter bestimmten Bedingungen wird der Besuch englischer Schulen erlaubt; Arbeitsanweisungen müssen auf Verlangen in Französisch gegeben werden. Mehrere Behörden zum Schutz der französischen Sprachrechte wurden errichtet. So ist heute in Québec die Lage erheblich anders als vor zehn Jahren, und heute mag vielen das Ziel der politischen Unabhängigkeit unrealistisch, vielleicht auch überflüssig vorkommen. Dies deuten jedenfalls die Meinungsumfragen an, und in diesem Zusammenhang ist es zu sehen, daß Lévesque für die nächste Wahl, die in spätestens 15 Monaten ansteht, andere Schwerpunkte setzen will. In seiner entsprechenden Erklärung heißt es: "Nach meiner bescheidenen Meinung müssen wir uns jedenfalls für die nächsten Wahlen damit abfinden, daß die Souveränität nicht auf dem Spiel stehen darf (...). Aber das Ziel bleibt bestehen (...)."

Dieser Konflikt zwischen Behauptung der Macht und Prinzipientreue wird auf einem Parteitag im Januar ausgetragen werden.

Quelle: Maclean's, 3.12.84 – (mfr)

## Jugoslawien

### ANDERE ENTSCULDUNG VOM IWF GEFORDERT

Ende Oktober fand eine Debatte über die Auslandsverschuldung und Rückzahlungsbedingungen im Jugoslawischen Parlament statt. Der Finanzminister Klemencic und der Gouverneur der Nationalbank Makic gaben dabei bekannt, daß man nicht länger gewillt sei, den bisher vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Rückzahlungsmodus der immer noch ca. 20 Milliarden Dollar betragenden Auslandsschulden auch in Zukunft einzuhalten. Nach dem bisherigen Modus würde allein 1984 der Schuldendienst 6 Milliarden Dollar betragen.

Von 1985 an soll eine Verschiebung

der Entschuldung erreicht werden auf zehn bis zwölf Jahre mit einer Wartezeit von fünf oder sechs Jahren. Außerdem wird der bisherigen massiven Einmischung des IWF, nach der Jugoslawien sogenannte "Absichtserklärungen" über seine wirtschaftliche Entwicklung jährlich abgeben mußte, entgegengetreten. Tatsächlich mußten darin nicht nur Daten zur Entschuldung, sondern zur gesamten Wirtschaftsentwicklung inklusive Lohnentwicklung, Sozialleistungen, Preispolitik, Produktionseckziffern usw. angegeben werden.

Um seine Position und die der anderen blockfreien Länder gegenüber den Imperialisten zu stärken, versucht die jugoslawische Regierung derzeit die Beziehungen zwischen den 20 anderen, ebenfalls hochverschuldeten Ländern wie u.a. Mexiko oder Algerien neu zu beleben. Vorgeschlagen wurde, einem Teil der Länder die Rückzahlung auf Dollarbasis abzulehnen, da das ungünstige Verhältnis der eigenen Währungen zum Dollar die Verschuldung über die reine Verzinsung hinaus in die Höhe treibt. Jugoslawien ist bei einer Inflation von fast 60 % im Jah-

resdurchschnitt 1984 von diesem Problem selbst stark betroffen.

Im Parlament wurden zu dem Plan, auf diese Weise bis 1990 die Schulden auf 15 Milliarden Dollar zu reduzieren und die Wirtschaft "in Gang zu bringen", ziemlich viele skeptische Stimmen laut. So betonten Gewerkschafter, weiteren Reallohnabbau nicht mehr hinzunehmen. Außerdem wurde an vielen Beispielen Vergeudung von Mitteln durch das betriebliche Management aufgezeigt, eine Klage, die in Jugoslawien oft geäußert wird, aber meist keine praktische Konsequenz zeigt, da gerade Vertreter des Managements in allen staatlichen Organen dominieren. Auch das immer noch andauernde Kriegerrecht und die damit verbundene ständige Besatzung der hauptsächlich von Albanern bewohnten Provinz Kosovo verschlingt viel Geld, das das Land dringend an anderer Stelle braucht. Dagegen wurde im letzten Jahr in der jugoslawischen Presse aber nur sehr verhalten Kritik laut.

Quellenhinweis: FAZ vom 29.10.84, mehrere Nummern Handelsblatt und "Politika" –(lsc)

## UdSSR/Wirtschaftsreform

### KEINE ABKEHR VON DER PLANWIRTSCHAFT POSITION DER LEITENDEN SOLL GESTÄRKT WERDEN

Die KPdSU hat mit der Diskussion zur Vorbereitung ihres 27. Parteitages begonnen, auf dem eine Neufassung des Parteiprogramms verabschiedet werden soll. Die "Bild-Zeitung" kommentierte ähnlich wie die übrige Presse in der BRD, daß eine Abkehr von der Planwirtschaft zu erkennen sei:

"Dämmert's der alten Riege im Kreml endlich, welch trübsinniges System die kommunistische Planwirtschaft ist? 70 Jahre hat's gedauert, bis die Nummer 2 in Moskau, Gorbatschow, 'tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft' verkündete – also

wohl mehr Marktwirtschaft."

Die im folgenden dargestellten Äußerungen des Mitglied des Politbüros und Sekretärs des ZK der KPdSU, M. Gorbatschow, belegen jedoch, daß die Behauptung einer "marktwirtschaftlichen" Strömung in der Führung der KPdSU in die Rubrik Propaganda gegen den Feind gehört und mit den beabsichtigten wirtschaftlichen und sozialen Reformen nichts zu tun hat.

Gorbatschow erklärte in seiner Rede auf einer Konferenz des ZK der KPdSU, daß die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms nötig sei, da



Die Führung der KPdSU verspricht mit der Schulreform sozialen Aufstieg für jeden. Bild: Schülerinnen in einer Textilfabrik.



In der letzten Woche unterzeichneten die britische Premierministerin Thatcher und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in Peking den Vertrag über die britische Kronkolonie Hongkong. Ab 1997 wird die VR China die Souveränität über Hongkong ausüben, die allerdings durch den Vertrag sehr eingeschränkt ist. Bis zum Jahr 2047 garantiert die VR China die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Hongkong. Zur Rechtfertigung wurde eigens die Theorie "Ein Land – zwei Systeme" entwickelt. Der Hongkonger Aktienmarkt und der Hongkong-Dollar, seit Beginn der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der VR China unter Druck, haben nach Bekanntgabe des Vertragstextes kräftig angezogen. – (wom)

#### KLAGE GEGEN KAL WEGEN JUMBO

Die südkoreanische Fluggesellschaft KAL ist am 17.12. vor einem japanischen Gericht zur Zahlung von rund elf Millionen DM Schadensersatz verklagt worden. Kläger sind die Angehörigen von sieben Japanern, die am 1.9. 1983 beim Abschub einer Jumbo der KAL über sowjetischem Hoheitsgebiet in der Nähe von Sachalin ums Leben gekommen sind. Die Kläger werfen der KAL vor, sie habe die Bordcomputer bewußt auf einen falschen Kurs programmiert, der diese auf sowjetisches Hoheitsgebiet führte und dort zum Abschub der Maschine durch sowjetische Abfangjäger führte, nachdem die Piloten militärische An-

lagen überflogen hatten und auch auf mehrmalige Landeaufforderungen nicht reagierten. – (rül)

#### LEHRERSTREIK IN CHICAGO

Etwa 28000 Lehrer der Lehrergewerkschaft CTU streiken seit dem 3. Dezember in Chicago. Die Stadtverwaltung hatte Gehaltssenkungen gefordert, die Gewerkschaft verlangt Erhöhungen. Die Gewerkschaft konnte bisher vertraglich durchsetzen, daß die vollen Versicherungsbeiträge für die Krankenversicherung wieder gezahlt werden müssen. Der Unterricht für 431000 Schüler fällt aus. Ebenfalls streiken 12000 andere Beschäftigte an den Chicagoer Schulen für Lohnerhöhungen. – (gba)



truppen. Ebenfalls zu seiner Amtszeit entwickelte die SU die unter dem Namen "Stalin-Orgel" bekanntgewordenen und von den deutschen faschistischen Invasionstruppen gefürchteten Raketenwerfer. Sein Nachfolger wird nun Marschall Solokow. Solokow ist Militär. Auch er besitzt Weltkrieg-II-Erfahrungen. – (rül)

"wir uns am Anfang der historisch langen Etappe des entwickelten Sozialismus befinden ... Wir stehen vor der Aufgabe, tiefgreifende Umgestaltungen in der Wirtschaft und im gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen zu vollziehen und ein qualitativ höheres Lebensniveau der sowjetischen Menschen zu gewährleisten. Im Ergebnis dessen wird der Sozialismus eine neue Reifestufe erreichen."

Gorbatschow hält einen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte für nötig:

"Das Leben stellt uns vor eine Aufgabe von gewaltiger politischer Bedeutung, nämlich die Volkswirtschaft auf ein qualitativ neues wissenschaftlich-technisches, organisatorisches und ökonomisches Niveau zu heben und einen entscheidenden Fortschritt bei der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, bei der Erhöhung ihrer Effektivität zu erzielen."

Die Spekulationen der westlichen

Kommentatoren über eine Abkehr von der Planwirtschaft stützen sich nun auf den Vorschlag Gorbatschows, mit dem den Betriebsleitungen bei der geplanten Umwälzung der Produktionsanlagen ein größerer Spielraum eingeräumt werden soll. Gorbatschow schlägt vor, "einen Wirtschaftsmechanismus zu schaffen, der den Erfordernissen des entwickelten Sozialismus entsprechen würde. Eine wichtige Etappe auf diesem Wege bildet das umfassende ökonomische Experiment in der Industrie."

Abgesehen davon, daß diese Maßnahme eher eine Methode scheint, neue Leitungsformen zu erproben, bevor sie verallgemeinert werden, ist die Festlegung, ob den Betriebsleitungen mehr oder weniger Entscheidungsbefugnisse bei der Durchführung des Staatsplanes zustehen, sowenig für den Charakter der Gesellschaft als planwirtschaftliche entscheidend wie mehr oder weniger "ordnungspoliti-

sche" Elemente für den Charakter einer Gesellschaft als kapitalistische Marktwirtschaft. Viel interessanter ist die Frage, wie sich nach der Vorstellung der Führung der KPdSU die Beziehungen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen in der UdSSR zueinander entwickeln sollen.

Trotz der Ankündigung "tiefgreifender Umgestaltungen" sind die Vorstellungen Gorbatschows in diesem Punkt im wesentlichen konservativ: Die bestehende Vorherrschaft des technisch-wissenschaftlichen Leitungspersonals soll in der "lang andauernden Etappe des entwickelten Sozialismus" stabilisiert und gesichert bleiben.

Gorbatschow hebt mehrfach die führende Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bei der Umwälzung der Produktion hervor:

"Von erstrangiger Bedeutung ist die Strategie der Weiterentwicklung des wissenschaftlich-technischen und

## BELGIEN: FLEXI-ABSCHLUSS BEI METALL?

Eine "variable Wochenarbeitszeit" von 36 bis 45 Stunden sieht ein "Rahmentarifvertrag" vor, den die belgischen Kapitalisten den Metallgewerkschaften vorgelegt haben. Der Vertrag gilt für 220000 Metallarbeiter. Ab 1.7.86 soll die tarifliche Wochenarbeitszeit 38 Stunden betragen. Jede Betriebsleitung kann aber bei "unvorhergesehener Mehrarbeit" bis zu sieben Stunden Mehrarbeit pro Woche verlangen. Am 21.12. wollen die Gewerkschaften über ihre Zustimmung entscheiden. — (rül)

## ÖSTERREICH: KEIN KOMPROMISS IN HAINBURG

"Es gibt keinen Kompromiß. Das Kraftwerk Hainburg wird gebaut", betonte Bundeskanzler Sinowatz am 14.12., als Verhandlungen mit der Initiative für ein Volksbegehren gegen das Kraftwerk scheiterten. Obwohl eher Überkapazitäten in der Stromproduktion bestehen, wurde am 6.12. der schnelle Bau des Wasserkraftwerks in den Donau-Auen beschlossen. Das Gebiet ist einer der letzten Urwälder Europas; 4 ha Wald werden für das Kraftwerk gerodet. Mit unterschiedlichen Motiven, aber dem einheitlichen Ziel, den Bau des Kraftwerks zu verhindern, hielten bis zu 1500 Menschen seit dem 7.12. den Bauplatz besetzt. Auf Befehl von Sinowatz räumten am frühen Morgen des 19.12. acht Hundertschaften aus entfernten Bundesländern den Bauplatz. Polizisten, die sich weigerten, gegen die Besetzer vorzugehen, wurden von ihren Kommandanten in den Rücken geschlagen, damit sie prügeln. Sinowatz hatte zuvor betont, man wolle keine Gewalt anwenden, gleichzeitig beorderte er zwei Opera-

tionsteams und fünf Chirurgen nach Hainburg. — Noch am selben Tag waren die Rodungsarbeiten abgeschlossen. — Am Abend demonstrierten 10000 Kraftwerksgegner vor dem Regierungsgebäude in Wien. — (rua)

## I: STEUERDEKRET LÄSST REICHE UNGESCHOREN

In Italien kann die Finanzverwaltung künftig den Umsatz von Kleingewerbetreibenden und Händlern mit vereinfachter Buchführung von Amts wegen schätzen. Damit soll der verbreiteten Steuerhinterziehung begegnet werden. Nachdem die Regierung Cra-

xi einen entsprechenden Gesetzentwurf wegen Koalitionskrachs zurückziehen mußte, hat sie fast dieselben Maßnahmen jetzt per Dekret erlassen. Gleichzeitig werden die bisher neun verschiedenen Mehrwertsteuersätze auf vier reduziert; herauskommen wird eine durchschnittliche Erhöhung um 1 bis 1,5 Prozentpunkte. Die Gewerkschaften und die PCI haben die Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung begrüßt. Sie fordern aber, das Dekret durch sofortige Senkung der Lohnsteuersätze und Einführung einer Vermögenssteuer zulasten der wirklich Reichen zu ergänzen. — (ulg)



Am 13.12.1984 haben israelische Besatzungstruppen im Südlibanon sieben moslemische Dörfer mit Panzerwagen umstellt und Razzien durchgeführt, in deren Verlauf sie vier Libanesen töteten, über 20 verletzten und ca. 130 Personen festnahmen, angeblich, um Anschläge zu verhindern. Drei Tage später fiel der 604. Israeli bei einem Feuergefecht mit Feddajin in der Nähe von Nabtije. Der für den Süden zuständige libanesische Minister hat gegen die erneute israelische Militäraktion zu einem Generalstreik aufgerufen. Schulen und Geschäfte blieben geschlossen, es kam zu wütenden Demonstrationen, auch in christlichen Städten und Dörfern. In Jezzín, der größten christlichen Stadt, las der maronitische Pfarrer eine Messe für die schiitischen Opfer. Diese zunehmende Solidarisierung der Bevölkerungsteile des Südlibanon im Kampf gegen die israelische Besatzung stärkt die Position der libanesischen Regierung bei den Truppenrückzugsverhandlungen; sie lehnt die israelischen Pläne zur Dreiteilung des Libanon kategorisch ab, ebenso die Stationierung der von Israel ausgehaltenen christlichen Milizen. — (bar)

Produktionspotentials als solche. Die Priorität muß dabei den prinzipiell neuen, wirklich revolutionären wissenschaftlich-technischen Lösungen eingeräumt werden, die die Arbeitsproduktivität mehrfach erhöhen können." Er verspricht direkt eine Förderung der gesellschaftlichen Stellung des technischen Personals: "Für uns gilt es, schon in nächster Zeit Maßnahmen zu ergreifen, um moralische und materielle Voraussetzungen für eine wesentliche Erhöhung des Nutzeffektes der schöpferischen Arbeit der Techniker zu steigern, die Rolle und das Ansehen des Ingenieurs zu erhöhen."

Welche Aussichten bietet dagegen der Plan der Führung der KPdSU für die Lohnabhängigen, die nicht als Kopfarbeiter "schöpferisch" die Umwälzung der Produktion leiten? Gorbatschow schreibt:

"Zu den Hauptzielen des Wettbewerbs gehören heute: genauer Ar-

beitsrhythmus, termingemäße Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen, hohe Erzeugnisqualität, Einführung und Meisterung neuer Technik, sparsame Ausnutzung jeder Minute Arbeitszeit, jeder Tonne Rohstoff, jedes Rubels." — Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität soll mit einer Steigerung der Arbeitsintensität sowie einer Ausdehnung der Betriebszeiten (z.B. mehr Schichtarbeit) verknüpft werden.

Tiefgreifende Erschütterungen und Einbrüche in den Lebensverhältnissen der schwer arbeitenden Klassen, wie sie als Folge der Umwälzung der Produktionsanlagen aus den imperialistischen Staaten bekannt sind, sind für die UdSSR allerdings nicht zu erwarten. Die Führung der KPdSU ist bemüht, das bestehende Bündnis mit der Arbeiterklasse und den Bauern zu stabilisieren.

Gorbatschow stellt Verbesserungen der Verteilungsverhältnisse in Aus-

sicht und nennt als Beispiel den Ausbau des Gesundheitsschutzes und der medizinischen Versorgung. Für 1985 sieht der Staatsplan eine Erhöhung der Mindestrenten für Kolchosbauern sowie Arbeiter und Angestellte vor. Die Realeinkommen sollen um 3,3% steigen.

Die von Gorbatschow erwähnte Schulreform, mit der "dem kulturellen und technischen Niveau der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt" werden soll, mag zudem bei vielen Arbeitern und Bauern den Eindruck erwecken, daß der soziale Aufstieg vom Hand- zum Kopfarbeiter erleichtert werden wird, zumal der Bedarf an technisch-wissenschaftlich ausgebildeten Lohnabhängigen in den nächsten Jahren noch wachsen wird.

Quellenhinweis: M. Gorbatschow, Das lebendige Schaffen des Volkes, Nowosti Dokumente v. 11.12.84; Bild, 11.12.84 — (alk)

## AKTIONSEINHEIT IN FREIBURG

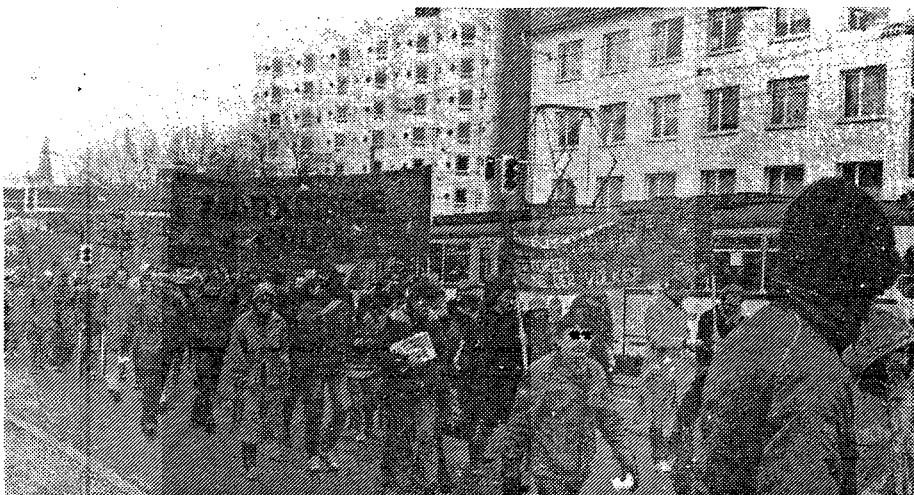
**Freiburg.** 21.12.84 Zwei Tage nach Beginn des Hungerstreiks der politischen Gefangenen hat sich in Freiburg eine Aktionseinheit gebildet, der u.a. verschiedene autonome Gruppen, BWK und Vereinigung Revolutionärer Studenten angehören. Thilo Weichert, MdL der Grünen, unterstützt die Aktionseinheit, konnte dafür aber keine Mehrheit im Kreisverband der GRÜNEN bekommen.

Unter der Forderung "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" erstellte die Aktionseinheit ein vierseitiges Flugblatt. Am 20.12. fand eine Veranstaltung mit mehr als 150 Teilnehmern im Autonomen Zentrum statt, bei der ein für diesen Zweck mit Unterstützung der Medienwerkstatt Freiburg hergestellter Film über RAF und NATO-Aufstandsbe-kämpfung gezeigt wurde, sowie ein Video über die Pressekonferenz der Verteidiger vom selben Tag.

Bereits im Oktober führten die Vereinigung Revolutionärer Studenten und die Gruppe Autonomer Studenten drei Veranstaltungen zur Lage der politischen Gefangenen und zur Kritik des bürgerlichen Staates an der Uni durch.— (mak)

## AKTIONSEINHEIT ZUM 30. JANUAR 1985

**Kiel.** "Wir werden am 30. Januar, dem Jahrestag der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten durch Krupp, Flick, Thyssen... demonstrieren, daß wir uns weder einschüchtern lassen, noch vor der braunen Gefahr die Augen schließen werden. Alle Kieler Bürger sind aufgerufen, sich an dieser Protestdemonstration zu beteiligen und Solidarität mit den hier lebenden ausländischen Arbeitern und Bürgern zu zeigen..." So lautet es in dem Aufruf gemeinsam von Volksfront, BWK, KPD, FAU/R, Autonome Gruppen und Arbeitskreis Ascheprozeß. Unter dem Motto "Schluß mit der Ausländerhetze und dem faschistischen Terror" soll am Mi., dem 30.1.1985 in Kiel-Gaarden um 17 Uhr auf dem Vinetaplatz die Demonstration mit einer Kundgebung beginnen. Zudem werden Veranstaltungen stattfinden: Die Volksfront plant eine zum Thema "Vernichtung des politischen Gegners in der BRD" (Berufsverbote, Sicherheitstrakts usw.). Autonome und FAU/R führen eine Veranstaltung unter dem Titel "Neonazis an den Schulen" durch. Weiterhin ist ein antifaschistischer Filmabend geplant. Ein Schwerpunkt des Aufrufs richtet sich gegen die Ausländerhetze seitens der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", die Hetzflugblätter von den Postbeamten verteilen läßt, unter Protest der Postgewerkschaft. Der Aufruf fordert: "Unbegrenzte Aufenthaltsberechtigung für alle Ausländer".



**Bochum.** Etwa 1300 Leute beteiligten sich am 15.12. in Bochum an der Demonstration "Gegen den US-Krieg in Nicaragua! Kampf dem NATO-Imperialismus!", zu der die Marxistische Gruppe (MG) aufgerufen hatte. Verschiedene Initiativen sowie der BWK waren von der MG zur Unterstützung aufgefordert worden. Der BWK beteiligte sich mit einer Delegation.— (wof)

## UNTERSTÜTZUNG FÜR BRITISCHE BERGARBEITER

**Karlsruhe.** Auf der ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderats forderte die Grüne Liste (siehe Seite) humanitäre Hilfe durch die Stadt Karlsruhe für die streikenden Bergarbeiter in Nottingham (Partnerstadt von Karlsruhe) und Umgebung. Die SPD hatte vor der Sitzung einen Parallelantrag gestellt, ließ ihn aber fallen, als OB Dullenkopf (CDU) frech behauptete, in Nottingham gebe es keine Bergwerke, die Gruben in Nottinghamshire würden nicht bestreikt und der dortige Stadtrat lehne jede Unterstützung für die Bergarbeiterfamilien ab. FDP-Morlok wählte gar die Tarifautonomie in Gefahr. Er sei vor drei Wochen in der Gegend gewesen und habe von Streiks nichts gemerkt. So wurde die Behandlung des GL-Antrags abgelehnt. Mittlerweile ist stadtbekannt, daß die von CDU und FDP aufgestellten Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Die Grüne Liste will ihren Antrag aufrechterhalten.— (evd)

## GRÜNE FORDERN MEHR POLIZEIPRÄSENZ

**Köln.** Die Zusammenarbeit mit der CDU ohne Abgrenzung von reaktionären Positionen und der Zwang, in den Kommunal-, Landes- und Bundesparlamenten "konstruktiv" zu arbeiten, führten wohl die GRÜNEN in Köln in der Bezirksvertretung Chorweiler zu folgendem staats-tragenden Antrag: Mehr hören und sehen sollen die Polizisten bei ihren Streifen, sie sollen "zu Fuß die Fußgängerzone durchstreifen". "Erstrebenswerte Bürgernähe der Polizei ließe sich, so hieß es weiter im Antrag, durch persönliche Kontakte der Beamten mit den Bürgern der neuen Stadt besser erreichen",

vermeldet der Kölner Stadtanzeiger vom 18.12. SPD und CDU schlossen sich einhellig an. Die GRÜNEN fordern damit direkt in diesem Stadtteil die verschärfte Ausländerbespitzelung, "Schlichtung" von Mietstreitigkeiten durch die Staatsgewalt oder mehr Kontrolle der Arbeitslosen.— (dam)

## GEMEINSAMES EINGREIFEN BEI DEN KOMMUNALWAHLEN

**Frankfurt.** In Frankfurt trafen sich die Organisationen Kommunistische Gruppe (NHT), die KPD, der Kommunistische Bund (KB) und der BWK mit der Absicht, ihre kommunalpolitischen Aktivitäten und Aussagen aus Anlaß der Kommunalwahlen im März '85 zu koordinieren. Bei der ersten Sitzung war auch die GIM anwesend. Als oberstes Ziel wird eine sachbezogene Zusammenarbeit angestrebt mit den Schwerpunkten: Kommunalwahlrecht für Ausländer; Subventionspolitik für die Konzerne durch die Stadt einerseits (Pläne der CDU— Zukunftstechnologie der SPD— Umweltpolitik), städtische Gebäudemittel andererseits; Stadtentwicklungspolitik für Frankfurt; Entmilitarisierung Frankfurts. Eine gemeinsame Kandidatur wird nicht angestrebt, KPD und GIM versuchen jedoch, mit Betriebsräten und Vertrauensleuten eine Arbeiterliste gegen Wallmann zu bilden.

Zum Schwerpunkt Kommunalwahlrecht für Ausländer wird zum nächsten Mal Material für eine Informationsschrift erarbeitet, die sich u.a. mit den Parteiprogrammen auseinandersetzt, mit den Argumenten gegen das Kommunalwahlrecht, mit der rechtlichen Situation und den statistischen Veröffentlichungen der Stadt. Sämtliche Gruppen und Initiativen, die zur Ausländerfrage arbeiten, sollen zu gemeinsamen Aktivitäten aufgerufen.— (rst)



**Norderstedt:**

## JUNGHEINRICH WILL LOHNSUMME UM 7,5 PROZENT SENKEN

**Norderstedt.** Seit Anfang 1984 kämpfen die Metaller bei Jungheinrich um einen Haustarif. Im Jungheinrich-Konzern sind die Metall-Tarifverträge für die ca. 4.600 Beschäftigten nur durch einseitige Zusagen der Geschäftsleitung in Kraft. In den letzten 15 Jahren, als der handwerkliche Artist im Elektromotorenbau oder in der Hydraulikfertigung der Gabelstapler den "Jungheinrich-Standard" bestimmte, gab es kaum Aufregungen über die Sicherheit des Lohnes. In jüngster Zeit aber werden immer mehr Bestandteile des Lohnes angegriffen: Streichung der 5%-Qualifikationszulage für Neueingestellte, keinerlei Erhöhung der persönlichen Vertragszulagen, verstärkte Zeitaufnahmen.

Nun fordern die Jungheinrich-Kapitalisten die Senkung der gesamten Lohnsumme um 7,5 Prozent. Diese Kaltschnäuzigkeit mag manchen verblüfft haben; sie muß aber nicht unbedingt Ausdruck unüberwindlicher Stärke sein. Der Kampf um den Haustarif ist gewinnbar.

Der Jungheinrich-Konzern, mit 36 Prozent Marktführer bei elektrisch betriebenen Flurförderzeugen, muß auf Biegen und Brechen sein strategisches Ziel erreichen: "Europas modernstes Gabelstaplerwerk", soeben in Norderstedt fertiggestellt, muß einen Rationalisierungseffekt von 30 Prozent erreichen, sonst ist zu befürchten, daß Jungheinrich schlichtweg die Puste ausgeht. Jeder kann es sehen: die Rationalisierung greift erheblich schwerfälliger, als ursprünglich geplant. Der Produktionsablauf stottert, Fahrzeuge stehen halbfertig herum, Kunden laufen weg; und intern flüstert man sich zu: "Unsere Kreditlinie ist erschöpft!"

Einiges hat der Konzern ja schon ge-

tan: Der Jungheinrich-Vertrieb wurde durch eine eigene Gesellschaft vehement ausgebaut, mit Niederlassungen und Verkaufshäusern in der gesamten BRD. Der marktstrategische "Ballast", die Produktion von Jungheinrich-Regalsystemen, wurde stillgelegt. Die Produktion der Stapler selbst wurde hochautomatisiert. Etwa 10% der Belegschaft wurden seit 1982 rausgeworfen. Jetzt ist fast die gleiche Zahl als Leihkräfte oder mit maximal Halbjahres-Zeitverträgen angestellt.

Und nun bekämpft Jungheinrich die alten "zu hohen Löhne aus der Pionierzeit der Firma" mit Hilfe der neuen Technologien und versucht dabei, in der Fertigung die alten Vorgabezeiten durchzusetzen. Für den Kollegen, der z.B. am Schweißroboter arbeitet, ist die von ihm selbst beeinflussbare Zeit bei der Bearbeitung des Werkstückes derart gesunken, daß er niemals einen Verdienstgrad wie vordem bei handwerklicher Fertigung erzielen kann. Das aber wollen die Kapitali-

sten. Aber so einfach, wie sich 7,5 Prozent der Lohnsumme auf dem Computer der Geschäftsleitung rechnen, lassen die Kollegen sich den Lohn nicht kürzen. Hier greift das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Er fordert die Weiterführung der Übergangsentlohnung, eine Art Zeitlohn, bis neue Vorgabezeiten eingeführt werden können, die den geänderten Arbeitsabläufen entsprechen. Nun beherrscht aber das Management zur Zeit die neue Technologie nicht. Die Herren brauchen also eine "motivierte" Belegschaft. Ein Streik, ja schon ein Dienst nach Vorschrift, würde noch mehr Chaos auslösen. Hier können Vertrauenskörper und Betriebsrat taktisch ansetzen. So fand nach der Auseinandersetzung um dieses Thema auf der letzten Betriebsversammlung bereits am 17.12. eine Protestversammlung zur Frühstückszeit statt. Der Vertrauenskörper hat für den 10. Januar 1985 zur Mitgliederversammlung aufgerufen: Thema ist Lohnabbau und Haustarif. Er schreibt: "... Diese Verbesserung (des Tarifes, der Verf.) werden wir nicht als Weihnachtsgeschenk erhalten. Der Haustarif muß im Betrieb durchgesetzt werden!" Etwas Chaos könnte Wunder wirken... — (hel, frs)



Kleine Vorübung 1983: Warnstreik bei Jungheinrich

## CDU WILL NAZI- LEHRER HALTEN

**Göttingen.** Der Nazi und langjährige Direktor des Grottefend-Gymnasiums in Münden, Karl-Heinz Kausch, soll Studiendirektor am Northeimer Gymnasium "Corvinianum" werden. Eine Meldung mit "man hört ... soll werden" lancierte das niedersächsische Kultusministerium in die bürgerliche Presse. Die Stellungnahme des Kultusministeriums zum eigenen Produkt mit "Entschieden ist nichts" macht klar, daß die feste Absicht dazu besteht, sollte diese jedoch scheitern, hat sie niemand gehabt, es war dann eine Zeitungsente. Zur Zeit ist Kausch suspendiert, vom Oberstudiendirektor

zum Studiendirektor "degradiert", besitzt aber immer noch eine Planstelle am Mündener Gymnasium. Die bisher eindeutigste Stellungnahme gegen die Weiterverwendung Kauschs als Studiendirektor in Northeim kommt von der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Northeim: Sie vertritt einstimmig, daß Kausch überhaupt nicht mehr unterrichten darf. Mit 38 von 45 Stimmen hat sich auch der Schülerrat des Northeimer "Corvinianums" gegen die Versetzung Kauschs an die dortige Schule ausgesprochen. Kausch und zwei weitere Lehrer hatten 1978 Nazi- und Neonazischriften über "Rassenlehre", die "Auschwitzlüge", "Ein anderer Hitler" usw. an Schüler verteilt. Es bildete sich die Pfadfinder-

gruppe "Zugvogel", die Anschläge in Göttingen und Münden ausführte. Einflußreiche Kräfte im Kultusministerium — Kausch ist Mitglied der SS-Nachfolgeorganisation HIAG und des "Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" (VDA) und hat mindestens von daher beste Kontakte zu CDU-Kreisen — stellten sich erst taub bei der Aufdeckung der Vorgänge, versuchten Kausch dann nach kurzer Suspendierung zum stellvertretenden Vorsitzenden des wissenschaftlichen Prüfungsamtes der Uni Göttingen zu befördern, setzten ihn, als die Studenten rebellierten, wieder als Schulleiter ein. Andauernder Protest der Schüler erzwang die erneute Suspendierung. — (kek)

**Fusion Krupp — Klöckner — CRA****BETRIEBSRAT VON KLÖCKNER-MARIENHÜTTE  
VERTRAUT AUF CDU-LANDESREGIERUNG**

**Osnabrück.** Ab 1. Januar 1985 wird in Bochum eine neue "Stahl-AG" mit einem Eigenkapital von 1,5 Mrd. DM tätig werden, an der die Klöckner Werke AG mit 30 % Anteil, die Krupp Stahl AG mit 35 % und die australische Gesellschaft CRA (Conzinc Riotinto of Australia Ltd.) ebenfalls mit 35 % beteiligt sind. Durch diesen Zusammenschluß soll — nach dem bisherigen Nachrichtenstand — ein Konzern mit einer jährlichen Rohstahlerzeugung von 9 Mio. Tonnen, einem Jahresumsatz von 10 Mrd. DM und einer Gesamtzahl von 43000 Beschäftigten entstehen. Mit ziemlicher Sicherheit sind diese Angaben hinsichtlich der Belegschaftszahl falsch, da schon am 19./20.10.84 das "Handelsblatt" die

trächtlich überschreiten. Der bisher im Rahmen der Strukturkonzepte in der europäischen Stahlindustrie vorgesehene Kapazitätsabbau reicht zur Herstellung des Gleichgewichtes nicht aus ... Im Bereich der Profilerzeugung verfügt die neue Gesellschaft über 14 Aggregate mit einer Gesamtkapazität von rd. 3 Mio. t/Jahr, die lediglich zu 60 % ausgelastet sind. Durch Stilllegung der zwei Profilstraßen in Georgsmarienhütte und Verlagerung der Produktionsmöglichkeiten nach Haidhof, Siegen und Hagen wird sich die Ergebnislage auch im Profilbereich deutlich verbessern. In diesem Zusammenhang würde auch die Rohstahlerzeugung am Standort Georgsmarienhütte entfallen."



Vor dem Landtag in Hannover endete der Schweigemarsch von über 2000 Klöckner-Beschäftigten. Dort übergaben der 1. Bevollmächtigte der IG Metall im Bereich Osnabrück, Weber, und der Betriebsratsvorsitzende der Georgsmarienwerke, Brandhorst, Ministerpräsidenten Albrecht eine Resolution.

für den neuen Konzern angesetzte Zahl mit 30000—35000 Beschäftigten bezifferte. In diesem Zusammenhang ist die Absicht der Schließung bzw. Teilschließung verschiedener Produktionsstandorte bekannt geworden — u.a. betrifft dies die Klöckner-Werke Georgsmarienhütte bei Osnabrück (zu unterscheiden von dem eigenständigen Klöcknerwerk in Osnabrück). Die Krupp Stahl AG/Klöckner-Werke begründet diese Absicht in ihrem Schreiben vom 7.11.84 an Bundeswirtschaftsminister Bangemann u.a. wie folgt:

"Sehr geehrter Herr Minister, die Lage der Stahlindustrie ist nach wie vor dadurch gekennzeichnet, daß die Erzeugungsmöglichkeiten die mittelfristig zu erwartende Nachfrage be-

Der von CDU-Mitgliedern dominierte Betriebsrat der Klöckner-Werke Georgsmarienhütte (der stellv. Betriebsratsvors. Sandkämper ist außerdem CDU-Landtagsabgeordneter in Hannover) und die IG-Metall Ortsverwaltung Osnabrück hoffen durch Einwirken auf die Landes- bzw. Bundesregierung diese geplante Stilllegung zu verhindern, die mindestens 2000 Beschäftigte außer Arbeit setzen würde. Der Betriebsrat läßt sich hierbei insbesondere von dem Kalkül leiten, daß der Konzern durch die Verweigerung der von ihm beantragten öffentlichen Gelder dahingehend unter Druck gesetzt werden kann, daß er die Stilllegungsabsicht aufgibt.

Dieses Widerstands-Konzept läßt außer acht, daß die bisher schon — im

Rahmen der Strukturhilfe des Bundes und der Länder — an Krupp und Klöckner gezahlten Steuergelder in Höhe von 1 Mrd. DM der Schaffung eines, von den beiden Regierungen bewußt gewollten, weltmarkt-wettbewerbsfähigen Stahlkonzerns dienten. Die nunmehr vom Konzern zusätzlich beantragten 850 Mio. DM — als "Starthilfe" — werden für den gleichen Zweck erwartet; das Kalkül auf eine Verweigerung dieser Gelder ist daher in Anbetracht der bisherigen Politik der beiden Regierungen schlicht illusionär.

Die DKP-Kreisgruppe Osnabrück-Stadt/Land hat in verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen diesen Kurs des Vertrauens auf die Regierung sowie die damit einhergehende Zustimmung der Betriebsratsmehrheit zu erheblichen Überstunden kritisiert und eine Veranstaltung mit Vertrauensleuten vom Stahlwerk Peine-Salzgitter am Standort Georgsmarienhütte durchgeführt. In diesem Zusammenhang rief sie zu einem Bündnis derjenigen Kräfte auf, die an der Überführung der westdeutschen Stahlindustrie in Gemeineigentum interessiert sind. Diese sollen sich nach ihrem Vorschlag in einem Regionalkomitee organisieren, das in Verbindung mit entsprechenden gewerkschaftlichen bzw. innerbetrieblichen Aktivitäten tätig werden soll. Erste Treffen bzw. Besprechungen dazu sind für Anfang Januar vereinbart. — (ast, huh)

**Arbeitslosenbildungswerk****ARBEITSLOSE UNTER-  
RICHTEN ARBEITSLOSE**

**Hamburg.** Am 15. November 1984 hat Bürgermeister v. Dohnanyi eine "Pionierarbeit" des Senats offiziell eröffnet — die "Stiftung Berufliche Bildung — Arbeitslosenwerk". Die Stiftung existiert bereits seit Ende 1982 und hat bislang an "1900 Mitbürgern" eine "maßgeschneiderte Weiterbildung" durchexerziert, in der man "das Lernen wieder lernt". Sie wird finanziert durch Arbeitsamt, Bund und die Stadt Hamburg. Die Gründung geht zurück auf das 82er ABM-Programm des Senats. "An die Stelle der Finanzierung von Arbeitslosigkeit" sollte "die Finanzierung zeitlich befristeter Arbeitsplätze" gesetzt werden. Von Investitionsprogrammen wollte der Senat schon damals nichts wissen. Diese führten nur "zu dauernder Beschäftigung, sie erfordern im Vergleich zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einen sehr viel höheren Mitteleinsatz und bewirken meist nur über mehrfache Ketteneffekte die Beschäftigung von vorher Arbeitslosen". Bewahre!

Kurzfristige Beschäftigung bei minimalem Geldeinsatz ist auch die De-

vise beim Arbeitslosenbildungswerk: Arbeitslose unterrichten Arbeitslose. Von den 100 bei der Stiftung Beschäftigten haben nur 24 unbefristete Arbeitsverträge. 22 haben ABM-Verträge und sitzen nach Ablauf der Maßnahme wieder auf der Straße. 28 haben Fristverträge. Wenn keine Anschlußmaßnahmen getroffen werden, geht es ihnen wie ihren ABM-Kollegen. Am schlimmsten dran sind die 24 Honorarkräfte. Für sie wird keine Arbeitslosenversicherung entrichtet, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entfällt, und es wird kein bezahlter Urlaub gewährt. Um den Tarifvertrag zu umgehen, wird strikt darauf geachtet, daß die Honorarkräfte nicht mehr als die Hälfte der Arbeitszeit der Vollbeschäftigten erreichen.

Der Senat wirbt um privatkapitalistische Abnehmer für die Absolventen seiner Stiftung. Den Kapitalisten werden 60% bis 80% des tariflichen Brutto-Arbeitsentgelts vom Arbeitsamt zugesichert. Die restlichen 20% bis 40% sowie die Kosten der Einrichtung von Arbeitsplätzen für die ABM-Beschäftigten trägt der Senat auf Antrag. "Niemand soll mehr behaupten, hier würden der Wirtschaft die notwendigen Mittel entzogen, um Arbeitsplätze zu schaffen", animiert er die Kapitalisten.

Quellenhinweis: Veröffentlichungen der Staatl. Pressestelle Hamburg; Hamburger Lehrerzeitung 11 + 12/84 – (rad)

### Ausländerunterdrückung FORTGESETZTE VERFOLGUNG

**Mannheim.** Mit Konsequenz setzt der hiesige Polizeiapparat seine Verfolgung türkischer Antifaschisten fort. Wie bereits berichtet, hatten in der Nacht vom 13./14.4. 1984 mehrere "Zivilfahnder" eine tätliche Auseinandersetzung mit türkischen Antifaschisten auf dem Marktplatz provoziert, in deren Verlauf zwei Türken durch Schüsse verletzt wurden. Die Angegriffenen hatten sich auf dem Heimweg vom Versammlungsraum des MTIB ("Fortschrittliche Einheit aus der Türkei in Mannheim", einer sozialistischen Massenorganisation von "İscinî Sesi") befunden; vier von ihnen wurden verhaftet, zum Teil auf dem Polizeirevier Mannheim Mitte, auf das sie sich vor den vermeintlich neonazistischen Angreifern geflüchtet hatten. Ein fünfter Türke wurde später in diesem Zusammenhang auch noch verhaftet. Mehrere türkische und deutsche Organisationen bildeten daraufhin ein "Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit". Die Inhaftierten wurden nach mehreren Wochen gegen 3000 bzw. 5000 DM Kaution freigelassen. Die Mannheimer Staatsan-

walterschaft stellte rasch fest, daß die Zivilpolizisten in "Notwehr" geschossen hätten, gleichgültig, ob sie von den Türken nun als Polizisten erkannt oder für Neofaschisten gehalten worden wären.

Am 19.10. erschienen in den Räumen des MTIB Beamte des schräg gegenüber liegenden Reviers Mitte und verhafteten aus einer dort gerade stattfindenden Versammlung heraus mehrere Teilnehmer. Auf dieser Versammlung war es im Verlauf einer Diskussion über die Einschätzung der jetzigen Lage in der Türkei zu Tumulten und massiven Handgreiflichkeiten gekommen. Am gleichen Tag wurden noch weitere türkische Antifaschisten verhaftet, die z.T. nachweislich nicht an der Veranstaltung teilgenommen hatten. Insgesamt sitzen seither zwölf türkische Staatsangehörige in verschiedenen Gefängnissen, so auch in Stuttgart-Stammheim, in U-Haft, teilweise unter Isolationshaftähnlichen Bedingungen. Wenige Tage nach dieser Verhaftungsaktion erhob die Staatsanwaltschaft gegen die fünf im April verhafteten Türken Anklage wegen versuchter vorsätzlicher Tötung und schwerer Körperverletzung. Einer der Angeklagten wurde inzwischen nochmals vorübergehend – von seinem Arbeitsplatz weg – festgenommen und gegen Kaution wieder freigelassen.

Ein Wochenende nach dem Eingreifen der Polizei in den Räumen des MTIB wurden vier Mitglieder einer anderen türkischen antifaschistischen Organisation zur Feststellung der Personalien vorübergehend festgenommen, offensichtlich, als sie Mitglieder der "Grauen Wölfe" daran hindern wollten, Aufrufe zu einer faschistischen Veranstaltung zu verteilen. Gegen sie soll Anklage wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung erhoben werden. Inzwischen wurde auch Anklage gegen die zwölf Inhaftierten erhoben. Zu deren Unterstützung wurde nun aus dem Kreise der Betroffenen heraus ein überregionales "Komitee zur Freilassung der 12" gegründet. – (kab, tht)

### Asylpolitik VERSCHÄRFUNGEN ANGEKÜNDIGT

**Westberlin.** Als Anfang Oktober von Schweden nicht aufgenommene libanesischen Flüchtlinge auf Westberliner S-Bahnhöfen von Greiftrupps "gestellt" ("Morgenpost") wurden, verlangte Dieppen "gemeinsame Kriterien, wie mit dem wachsenden Problem der Asylsuchenden verfahren werden soll". Natürlich EG-gemeinsam. Nachdem einige Wochen später auch die "Tamilen-Flut" über Westberlin hereingebrochen ist, nehmen

die Katastrophen-Meldungen für die sog. weltoffene Stadt kein Ende.

Das Fernsehen zeigt z.B., wie nach Einrichtung einer "Notunterkunft" auf dem Gelände des Auguste-Viktoria-Krankenhauses bei völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen (zwei Waschgelegenheiten für über 100 Flüchtlinge) die Durchgänge zu den Krankenzimmern zugemauert wurden: "wegen Infektionsgefahr". Teilweise neu angelegte sog. "Sammellager" sind teils gegen Proteste der Bezirksämter mit inzwischen über 400 Flüchtlingen zwangsvollgestopft. Gleichzeitig scheut sich die "Morgen-



Protestaktion vor dem Flüchtlings- und Obdachlosenasyll Buckower Chaussee

post" nicht, Märchenberichte darüber zu veröffentlichen, wie auf dem Land in Sri Lanka lebende Tamilen mit paradiesischen Versprechungen auf den Weg nach Westberlin gelockt wurden. Warum für derlei Verführung die singhalesische Bevölkerungsmehrheit nicht anfällig sei – so naheliegende Dinge erfährt natürlich der "Morgenpost"-Leser nicht.

Wesentliche Punkte der mit solcher Begleitmusik gefaßten Senatsbeschlüsse vom 4. Dezember betreffen: den Ausbau der "Sammelunterkünfte"; die Aufstockung der zuständigen Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte; die Beauftragung Lummers mit einer Initiative über den Bundesrat zur "Verkürzung der Rechtszüge im Asylverfahren", u.a. durch Verhinderung von "Folgeanträgen". Lummer: erforderlichenfalls sei auch Artikel 16 GG (Asylrecht) durch z.B. "zeitliche Begrenzung" zu ändern. – Für Mitte Januar hat die AL alle in der Flüchtlingspolitik mit ihr zusammenarbeitenden Gruppen eingeladen zu einer Beratung über die Ergebnisse der Untersuchung der Brandkatastrophe vor einem Jahr und die Entwicklung parlamentarischer Initiativen. Vielleicht ist damit eine Möglichkeit zur gemeinsamen Auswertung der Erfahrungen von den am Widerstand gegen die Asylpolitik beteiligten Kräften gegeben. – (haj)

## 38-Stunden-Woche

STAHLUNTERNEHMER VERSUCHEN  
ERFOLGREICH ZU SPALTEN

**Dortmund.** Zwar gilt der Tarifvertrag über die Arbeitszeitverkürzung in der Stahlindustrie NRW, Osnabrück und Bremen schon ab dem 1.10.84, aber erst zum 1.1.85 werden Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die regeln, wie die Umsetzung der 38-Stunden-Woche im Betrieb geschehen soll. Für das IV. Quartal 84 hatte es eine zusätzliche Vereinbarung gegeben, daß alle Beschäftigten drei Tage zusätzlich frei bekommen, bezahlt mit dem Durchschnittsverdienst wie bei Urlaub – also einschließlich der in der Stahlindustrie sehr verbreiteten Zuschläge für Schichtarbeit.

### Neue Betriebsvereinbarungen tragen zur Spaltung der Belegschaften bei!

Diesen Eindruck hinterlassen die ersten z.Z. vorliegenden Vereinbarun-

#### Krupp:

Wie bei Thyssen für die Dreifachschichtler 12 Tage, je Monat mindestens einer zu nehmen. Zwei- und Einfachschichtler, die an fest zu besetzenden Aggregaten arbeiten bzw. abgelöst werden, erhalten ebenfalls 12 Tage, einen pro Monat. Die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungen sowie die mit normaler Tagesarbeitszeit und die, die in ein- und zweischichtiger Arbeitsweise arbeiten und nicht abgelöst werden – also viele Werkstätten –, arbeiten einen Tag in der Woche zwei Stunden weniger.

#### Mannesmann:

Ein-, Zwei- und Dreifachschichtler arbeiten wie bisher 8 Stunden pro Tag und erhalten 12 Freischichten pro Jahr. Belegschaftsmitglieder mit Büro- und Tagesschichtarbeitszeit erhalten 6 Freischichten, und die tägli-

ge Arbeitszeitverkürzung durchzuführen – also zwei oder vier Stunden weniger. Auch eine teilweise Kombination mit freien Tagen ist zwischen Abteilungsleitern und Betriebsräten vereinbar.

### Hintergrund: Fehler bei Abschluß des Tarifvertrages!

Wie inzwischen auch von den Bezirksleitungen der IG Metall zugegeben, hat man bei Abschluß des Tarifvertrages eine Reihe von Fehlern gemacht:

– Kein Festschreiben der 13 Tage für alle bzw. vergleichbare feste eindeutige Aussagen.

– Keine klare Aussage über den Charakter der freien Zeit – sowohl bezogen auf den finanziellen Teil (Durchschnittsbezahlung wie bei Urlaub) wie auch auf die Unverfallbarkeit bei Krankheit o.ä. (so ist Meinung des Arbeitgeberverbandes, daß bei Krankheit die eingeplanten Freistunden bzw. Freischichten weg seien, nicht nachgeholt werden könnten).

– Offenhalten der Regelung über die konkrete Umsetzung für die Arbeitszeitverkürzung im Betrieb und damit Möglichkeiten für die Unternehmer, je nach ihrer Interessenlage eine Bündelung der 12 oder 13 Tage, einzelne Tage oder gar minutenweises Verkürzen zu verlangen, wobei die Richtung der Unternehmer klar ist: Solche Formen sollen genommen werden, die es weitestgehend möglich machen, ohne Personalausgleich auszukommen. Hoesch beispielsweise plant bei rund 14.000 Betroffenen nur eine Erhöhung der Sollbelegschaft um 190, während die 5,26% Arbeitszeitverkürzung eigentlich über 700 neue Stellen erfordern würden!

Eine seit Monaten in vielen Stahlbetrieben zu erkennende gefährliche Tendenz – meist mit Zustimmung oder stillschweigender Duldung der Betriebsräte – ist entschieden abzulehnen: Die Mehrarbeit nimmt extreme Ausmaße an. Durchschnittszeiten von 48 Stunden pro Woche sind durchaus häufig. Bei Thyssen und Hoesch wurden mehrere hundert Kollegen mit auf 1/2 Jahr befristeten Zeitverträgen eingestellt.

Gerade für den Bereich der Stahlindustrie, wo etwa 2/3 der Beschäftigten in Wechselschicht arbeitet, ist aus den betrieblichen Diskussionen der letzten Monate deutlich geworden: Will man einen möglichst hohen Effekt an neuen Plätzen in den verbleibenden Betrieben erreichen, muß die Richtung sein:

- 13 Tage als Freischichten für alle!
- Vom Grundsatz her Bündelung dieser Freischichten!
- Erhöhung der Richt- bzw. Sollbelegschaftszahlen und Stellenbesetzungspläne um 5,26%!
- Nein zu Mehrarbeit und Zeitverträgen!

(has/KPD)



Demonstrierende Stahlarbeiter während des Streiks 1978/79.

gen, die bei Thyssen, Krupp, Mannesmann und Hoesch zur 38-Stunden-Woche ab dem 1.1.85 abgeschlossen wurden.

1. 13 Tage im Jahr gibt es in allen Vereinbarungen nur für die Contischichtler.

2. Die anderen Kolleginnen und Kollegen erhalten im Höchstfall 12 Tage – aber auch da wird weiter unterschieden und gespalten:

#### Thyssen:

Hier erhalten die Dreifachschichtler je Monat einen Tag. Zwei- und Einfachschichtler ebenfalls. Eine Bündelung bei Stillstand ist möglich, also wenn es Thyssen paßt! In den Bereichen mit Arbeitsanfang nach 7 Uhr gibt es sechs freie Tage im Jahr, die aber nur von Oktober bis März genommen werden dürfen, sowie wöchentlich eine Stunde weniger Arbeitszeit.

che Arbeitszeit wird um 12 Minuten verkürzt durch Verkürzung der Anfangs- oder Endzeiten, Verkürzung oder Verlängerung der Pausen, Kumulierung der täglich zu verkürzenden Arbeitszeit auf eine Stunde/Woche – je nach betrieblicher Vereinbarung.

#### Hoesch:

Hier sollen die Dreifachschichtler sowie die Zweifachschichtler, die auf Ablösung arbeiten, 12 Tage im Jahr bekommen. Die Einfachschichtler ebenfalls 12 Tage. Während in einem ersten Entwurf noch vorgesehen war, daß diese Tage grundsätzlich einzeln im Monat genommen werden sollten, ist jetzt vorgesehen, dies in Vereinbarungen vor Ort mit den einzelnen Betriebsräten zu regeln. Für die Verwaltungsbereiche – und ähnliche Bereiche bei den Lohnempfängern – soll es möglich sein, wöchentliche und 14tä-



## Kommunalpolitik

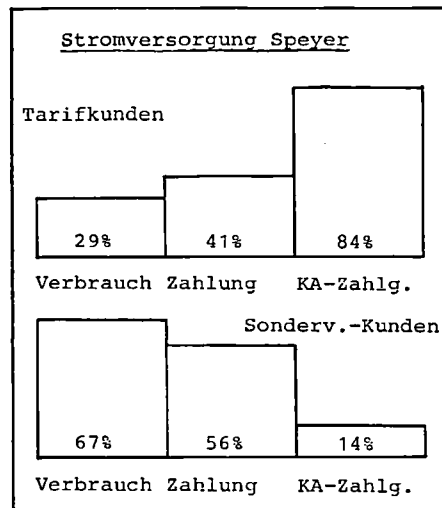
### GEBÜHRENERHÖHUNG STATT GEWERBESTEUER

**Speyer.** Die Stadtwerke Speyer (SWS) haben das Haushaltsjahr 1983 mit einem Verlust von 1,3 Mio. DM abgeschlossen. Im gleichen Zeitraum wurde die volle Konzessionsabgabe (KA) in Höhe von 3,56 Mio. DM an die Stadt abgeführt, zusätzlich wurde eine Nachzahlung von 0,65 Mio. DM geleistet. Dieser Betrag wird vor allem durch die Haushalte der Lohnabhängigen getragen. Beim Strom z.B. verbrauchten die Tarifkunden in Speyer nur 29% der abgegebenen Energie, zahlten über den Durchschnittspreis von 24,5 Pfg. aber insgesamt 41% der Kosten. Bei 12% zulässiger KA haben die Tarifkunden damit 84% der gesamten KA aufgebracht. Die Sondervetragskunden verbrauchten 67% der Energie, zahlten aber bei 14,4 Pfg./kWh nur 56% der Kosten. Dies ergibt bei hier nur 1,5% zulässiger KA einen Anteil von nur 14% der gesamten KA. Die Tatsache, daß die Stadtwerke Verluste ausweisen, wertet Werksdirektor Schwarze "eigentlich positiv, weil man ... nur so der Stadt eine (dringend benötigte) höhere Konzessionsabgabe zukommen lassen konnte" ("Tagespost", 7.11.84). Daß die Stadtverwaltung versucht, den städtischen Verwaltungshaushalt zu immer größeren Teilen über die Energiegebühren zu finanzieren, ist kein Wunder:

Der Anteil der Gewerbesteuererinnahmen am Haushalt ist in den letzten Jahren von 23% 1976 über 16,8% 1980 auf 13% bzw. 13,5% 1982/3 gefallen. 1984/5 werden noch weit geringere Zahlungen erwartet. Der aus diesen Gründen verstärkte Zugriff auf die Energiegebühren hatte für die lohnabhängige Bevölkerung unmittelbare Folgen:

Der Stadtrat hat für 1985 die Erhöhung der Nahverkehrstarife um bis zu 50% beschlossen, auf seiner nächsten Sitzung steht eine Gaspreiserhöhung um 8,5% zur Abstimmung, ein Antrag der SWS auf Erhöhung der Wasserpreise wurde zunächst zurückgestellt, die Pflanzwerke (Stromlieferant der SWS) haben angekündigt, daß stabile Strompreise nur noch bis Ende 1984 gesichert seien. Die Vertretung der Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung gegen die Gebührenpolitik von Stadtverwaltung und SWS zugunsten der Kapitalisten ist noch nicht weit entwickelt. Die GRÜNEN (zwei Stadträte) hatten die Tarifierhöhung im Nahverkehr abgelehnt, haben aber nicht versucht, eine größere Mobilisierung gegen die Erhöhungen zu erreichen. In einer öffentlichen Diskussion haben Vertreter von DKP und BWK über Positionen gegen die Energiepreiserhöhungen Übereinstimmung erzielt:

1. Statt Gebührenerhöhungen für



die Haushalte der Lohnabhängigen müssen die Sondervetragskunden höhere Preise zahlen.

2. Aus Versorgungsleistungen für die Bevölkerung dürfen keine Gewinne gezogen und abgeführt werden – weder offen noch in Form von Konzessionsabgaben.

3. Zur Deckung des durch fallende Gewerbesteuer verursachten Defizites im städtischen Haushalt müssen die Kapitalisten herangezogen werden.

Die GRÜNEN haben sich an dieser Diskussion trotz vorheriger Ankündigung nicht beteiligt – eine Tatsache, die den Aufbau einer Front gegen die Gebührenpolitik nicht gerade erleichtern wird. – (sth)

## Atomwaffenproduktion

### DEMONSTRATION GEGEN ALKEM UND NUKEM

**Frankfurt.** Die Demonstration am 15.12. war geprägt durch die Anti-AKW-Bewegung, die auf ihrem zentralen Kongreß in Braunschweig dazu mobilisiert hatte. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter der Initiative Umweltschutz Hanau zur Bedeutung der Firmen für die BRD:

Die Hanauer Atomfabriken sind im Gespräch wegen der Absicht der Fa. Nukem, die Urananreicherung auf 94% zu erhöhen und der dann daraus folgenden Atomwaffenfähigkeit. Die Nukem ist stolz darauf, zu den ältesten Nuklearfirmen der Welt zu gehören, ihre Vergangenheit reicht bis ins Jahr 1940 zurück; das Ziel ihrer damaligen Versuche im Kaiser-Wilhelm-Institut war die Atombombe für Hitler.

Die Hanauer Atomfabriken sind wichtiger Stützpfiler des deutschen und internationalen Atomprogramms der BRD. Ohne sie würde kaum noch ein AKW in der BRD Strom produzieren, da sie nahezu eine nationale Monopolstellung in der Fabrikation aller

Brennelementtypen besitzen. Auf dem Weltmarkt treten die Firmen als Anbieter von Brennelementen auf, sie sind stark exportabhängig. Die GRÜNEN forderten zwar Stilllegung von Alkem und Nukem, äußerten sich aber ansonsten im wesentlichen zum Streit über den Genehmigungsbescheid für den Ausbau von Nukem auf Landesparlamentarebene. Ein Vertreter der Vorbereitungsgruppe für ein im Februar stattfindendes Tribunal gegen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Essen entwickelte dagegen interessanterweise, daß die RWE den Hauptanteil (45%) an der Nukem besitze, wie sie auch Eigner der meisten Kernkraftbetriebe in der BRD sei. Über die RWE werde auch die Politik in Hessen (Genehmigungsverfahren) gesteuert.

Die Theatergruppe "Die 3 Tornados" polemisierte mit Zimmermann-Maske gegen Landes- und Bundesregierung, die den "eigenen Finger am atomaren Abzug" fördere. Untere anderem griffen sie auch das Thema Rüstungsexport der BRD an. Das Hessische Volksbegehren gegen Atomwaffenstationierung hatte die Demonstration durch ein Flugblatt vorbereitet, in dem der Zusammenhang der Unterschriftenkampagne für ein Hessisches Friedensgesetz (Verbot der Herstellung von Atomwaffen) zur Demonstration gegen Alkem und Nukem hergestellt wurde.

An der Demonstration selbst nahmen ca. 5000 Menschen teil. Sie führte zum Firmengelände in Hanau-Wolfgang, wo die Polizei mit massivem Polizeiaufgebot (nach Angabe der GRÜNEN ca. 1800 Polizisten) aufwartete. Nicht nur die Gruppen, die die hinter der benachbarten Firma Degussa versteckten Einheiten entdeckten, wurden angegriffen. Mit Wasserwerfern und Gaspistoleneinsätzen wurden auch andere Demonstrationsteilnehmer und Filmteams und Fotografen attackiert. – (rst)



Theatergruppe "Die 3 Tornados" bei der Demonstration am 15.12.

Fichtel&amp;Sachs

## FLEXIBEL ARBEITEN FÜR DIE VORSTÖSSE NACH NAHOST UND AUF DEN US-MARKT

**Schweinfurt.** Anfang November auf der Sitzung des F&S-Wirtschaftsausschusses hat der Vorstand angekündigt, ein umfassendes Flexi-Konzept vorlegen zu wollen. Bei den Angestellten z.B. sollte die bisher teilweise inoffiziell genommene bezahlte Frühstückspause in eine offizielle umgewandelt werden. Insbesondere auf eine höhere Auslastung der Kapazitäten solle abgezielt werden. Seitdem war nichts mehr zu hören, auch nicht auf der Aufsichtsratssitzung Mitte Dezember.

Allerdings hat F&S in den letzten Monaten an vielen Punkten mit Vorstößen vorexerziert, an welcher Art der Neuordnung der Arbeitszeit Interesse besteht.

Im Kupplungsbau wurde innerhalb von ca. zwei Monaten ein Riesenauftrag für den Iran mit über 300000 Kupplungen zusätzlich zu den laufenden Aufträgen durchgezogen. Dafür wurde in einigen Kostenstellen für mehrere Wochen 3. Schicht eingeführt, an den Samstagen volle Produktion auf zwei Schichten gefahren und eine Urlaubssperre verhängt. Unter Umgehung manteltarifvertraglicher Vorschriften wurden die Schichtzeiten dabei so gelegt, daß eine Maschinenauslastung von 23,5 Std. erzielt werden konnte. Mitte Dezember nach Abschluß des Iran-Auftrags wurde schlagartig auf gedrosselte Produktion umgestellt mit Versetzungen und Zwangsurlaub. Der Weihnachtsurlaub mußte fast im gesamten Kupplungsbe- reich bereits am Donnerstag, den 20.12. angetreten werden. Aus dem Fahrradnabenbau und dem Motoren- bau dagegen, wo die Geschäfte schlecht gehen, finden laufend Versetzungen in die KFZ-Teile-Sparten statt. Mittlerweile gibt es schon so eine Art "Wanderarbeiterheer" innerhalb des Betriebes. Schließlich wurden im Nabenbau 59 Frauen für zusammen 460 Tage wegen "Auftragsmangel" in unbezahlten Urlaub geschickt.

Von der Geschäftsleitung wurden gezielt Flexibilisierungsmodelle in Umlauf gebracht. Bis runter in die Meistern werden mittlerweile Pläne geschmiedet, wie die Neuordnung der Arbeitszeit maßgeschneidert zu den Rationalisierungsplänen durchgeführt werden soll. Mit welchen Angriffen wird zu rechnen sein? Bisher wird bei F&S in der Produktion von KFZ-Teilen weitgehend in zwei Schichten, selten in drei Schichten gearbeitet. Überstunden am Samstag sind verbreitet, für viele Arbeiter üblich. Im Zentrum der Pläne wird hier stehen das Verlangen nach Einführung einer 3. Schicht insbesondere an mo-

dernen Maschinen und Anlagen, sowie an vielen Punkten die feste Einplanung des Samstags als normalen Arbeitstag ohne feste Zuschläge im Rahmen eines Flexi-Modells, z.B. ähnlich dem BMW-Modell. Bei vielen unmittelbar um die Produktion herum tätigen Abteilungen wie Lager/Versand, Maschinenbau, Betriebselektriker, Werkzeugbau etc. wird die Geschäftsleitung die Einführung bzw. Ausdehnung der Schichtarbeit fordern. Gerade viele Facharbeiter werden künftig zunehmend mit der Forderung nach Schichtarbeit konfrontiert werden. Von der Geschäftsleitung werden

schaukampfplatz" eröffnet. Vorstand und Betriebsrat stritten sich unge- wohnt "heftig" über die Frage der Anwendung der Vorruhestandsregelung bei F&S. Der Vorstand bezifferte die Kosten für die Vorruhestandsregelung im Gesamtkonzern mit 150 Mio. DM für 1580 Beschäftigte, die unter den Vertrag fielen. Die Vorruhestandsregelung sei für F&S daher undurchführ- bar. Der Betriebsrat forderte dagegen die Durchführung des Vertrags und die Verbesserung der Konditionen bei langjähriger Betriebszugehörigkeit bis hin zu 90% Vorruhestandsgeld bei 40-jähriger Betriebszugehörigkeit.



An modernen Maschinen und Anlagen (Bild: CNC-Drehmaschine) plant F&S die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten.

weitgehende Freiheiten verlangt werden, die Produktion auszuweiten bzw. zu drosseln je nach Geschäftsgang.

All das kann man sich etwa ausrechnen und wird in den letzten Monaten zum Teil praktiziert. Vom Betriebsrat wurden diese Vorstöße bisher geschluckt. Eine Debatte im IGM-Vertrauenskörper über die gewerkschaftlichen Ziele bei der Neuordnung der Arbeitszeit wurde umgangen, indem als offizielle Taktik ausgegeben wurde, erstmal den F&S-Vorstand kommen zu lassen. Entsprechend liegt auch kein IGM-Entwurf für die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit vor.

Auf den ersten Betriebsversammlungen seit dem Tarifabschluß am 10./11. Dezember wurde die Frage "Arbeitszeit" ausgeklammert. Lediglich der Vertreter des Vorstands machte mit einem Satz eine Andeutung: "Die neue Arbeitszeitregelung muß der Leistungsfähigkeit von F&S angepasst werden, und sie muß praktikabel sein." Der Betriebsrat schwieg dazu. Stattdessen wurde ein "Neben-

Nach dieser "heftigen" Kontroverse müßte es schon mit dem Teufel zugehen, wenn sich bei F&S nicht eine Regelung ähnlich wie bei Daimler-Benz finden ließe, die F&S ermöglicht, den Vertrag individuell anzuwenden. Raus mit den alten, kaputten Arbeitern, und raus mit den Alten dort, wo eh Personal abgebaut werden muß. Der Betriebsratsvorsitzende deutete eine Einigung auf so einer Linie an.

Das Schlimmste an der Betriebsversammlung war jedoch, daß von Seiten des Betriebsrats soviel Beteuerungen zur Konkurrenzfähigkeit des F&S-Konzerns kamen wie noch nie.

Der F&S-Vorstand berichtete von einer Umsatzsteigerung in 1984 von bisher 10%, KFZ-Teile allein 15%. Der Exportanteil sei 1984 auf eine Rekordhöhe von 40% gesteigert worden. Zusammen mit Lieferungen an westdeutsche Automobil-Konzerne, die von dort aus ins Ausland gingen, betrage die Exportabhängigkeit von F&S jetzt 75%. Der Riesenauftrag aus dem Iran sei gegen härteste ausländische Konkurrenz auf der Automechanika in



Abschluß eines Großauftrags mit dem Iran

Köln gewonnen worden wegen der kurzfristigen Lieferbereitschaft von F&S. F&S expandiert jetzt insbesondere in Nahost, und auf dem US-Markt sei ein Einbruch erzielt worden. Es werden jetzt Stoßdämpfer an Chrysler geliefert.

Der Betriebsratsvorsitzende äußerte Verständnis für die Forderung nach Lieferbereitschaft für den Iran-Auftrag, ebenso für den Zwangsurlaub vor Weihnachten wegen zurückgenommener Aufträge aus der Automobilindu-

strie. Der Betriebsrat wisse auch, daß F&S halt ein armer Zulieferer sei, dem die Auto-Konzerne alles diktieren würden. Ein anderer Betriebsrat betonte ausdrücklich, daß auch er erfreut sei über den Einbruch in den US-Markt. Wobei man wissen muß, daß für die Bewältigung des Chrysler-Auftrags ebenfalls auf 3. Schicht umgestellt wurde. Ein Betriebsrat forderte, wegen der Arbeitsplätze die Fremdvergabe von Arbeiten einzuschränken. Das wiederum würde dazu führen, daß z.B. in kleinen Klitschen in der Rhön "Beschäftigungsprobleme" entstehen. Überhaupt wurde die Tatsache, daß F&S in den letzten Jahren wegen seiner "Konkurrenzfähigkeit" die Belegschaftszahl leicht erhöhen konnte, "gebührend" gewürdigt. Auch der zweite Sekretär der IGM-Verwaltungsstelle ließ sich das nicht nehmen. Ein Betriebsrat erklärte, da von den Jugendlichen in den "berufsvorbereitenden" G3-Lehrgängen fast alle übernommen wurden, sei es nicht gar so schlimm, daß sie 1/2 Jahr umsonst arbeiten mußten. Der Betriebsratsvorsitzende rechtfertigte den unbe-

zahlten Urlaub für die Frauen im Nabenbau damit, daß dadurch Umsetzungen umgangen werden konnten.

Man hat den Eindruck, daß der wuchtige Vorstoß des Konzerns auf dem Weltmarkt und die damit anwachsenden Ansprüche gegen die Arbeiter und Angestellten die Sozialdemokraten im Betriebsrat geradezu umgeworfen hat.

Die bisherige Taktik des Betriebsrats und seine Äußerungen lassen wenig Unterstützung erwarten für die in der Produktion z.B. noch weit verbreitete Ablehnung der 3. Schicht.

Man hat allerdings auch den Eindruck, daß das Bedürfnis, Ansprüche der Arbeiter zu formulieren und zu vertreten, wächst. In verschiedenen Beiträgen auf der Betriebsversammlung wurden von Vertrauensleuten die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Leistungsschinderei im Akkord, angegriffen (siehe Kasten). Die Ankündigung des Betriebsrats, daß künftig wieder Spätschichtversammlungen stattfinden sollen, scheint das zu respektieren. — (kls)

### NEUE AKKORD-BETRIEBSVEREINBARUNG

Auf der F&S-Betriebsversammlung im Werk Süd (KFZ-Teile-Produktion) griffen Vertrauensleute in Beiträgen die Arbeitsbedingungen an. Angegriffen wurde, daß in der Stanzerie die Akkorde immer schlimmer würden. Früher hätte es in der Stanzerie keine "Minderleister" gegeben, heute schon zuviele. Seit Jahren müßten ohne Unterbrechung Überstunden insbesondere am Samstag gefahren werden. Es seien keine Brotzeiträume vorhanden. Für Staplerfahrer sei es unmöglich, die Vorschriften einzuhalten. In einem anderen Beitrag kritisierte ein Kollege die unmöglichen neuen Akkorde in der Montage von LKW-Kupplungen. Hier wurden die Akkorde so verschärft, daß jetzt täglich 30% mehr an Gewichten (acht Tonnen am Tag) über mehrere Meter hinweg geschleppt werden müßten.

Die Beiträge sind typisch für die Lage im Akkordbereich bei F&S. Die Erfahrung ist, sämtliche neuen Vorgabezeiten sind in der Regel kaum zu schaffen, insbesondere an modernen Maschinen wird die restlose Ausaugung der Arbeitskraft über acht Stunden hinweg geplant. Neue Vorgabezeiten gibt es laufend. Das hat seinen Grund in der Typenvielfalt und in der weitgehenden Zerteilung der Arbeit im MTM-Akkord. In einer Kostenstelle mit 120 Beschäftigten z.B. werden aktuell 600 verschiedene Kupplungstypen gefertigt mit jeweils ca. zehn Arbeitsgängen. Das sind 6000 Vorgabezeiten, die durch

die laufenden Veränderungen der Typen kaum zu kontrollieren sind. Der MTM-Gruppenakkord mit bis über 30 Arbeitern auf zwei Schichten verteilt macht es zudem unmöglich, eine wirksame Kontrolle über die Akkord-Abrechnungen auszuüben; explizite Regelungen z.B. für Gruppenrechner gibt es nicht.

Die Entwicklung im Akkordbereich läuft jetzt ziemlich stringent dahin, sowohl auf der Ebene der einzelnen Kostenstellen wie insgesamt, die Plätze, in denen ältere Akkordarbeiter untergebracht werden konnten, zu beseitigen. Ein Schwerpunkt der Rationalisierung liegt in der Montageautomatisierung, sowohl aktuell als auch zukünftig. Hier sind viele ältere Arbeiter untergekommen, wie hier auch Frauenarbeitsplätze bestehen.

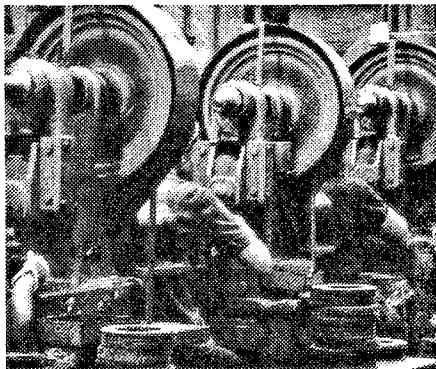
Oder im Bereich Lager/Versand. Dort wurde jetzt angekündigt, daß von Zeitlohn auf Akkord umgestellt werden soll, nachdem erst vor kurzem auf eingeschränkte Schichtarbeit umge-

stellt wurde. Hier arbeiten z.B. viele Schwerbehinderte.

Auf der Betriebsversammlung hat der Betriebsrat erneut den Abschluß einer neuen Akkordbetriebsvereinbarung gefordert. Die Begründung des Betriebsrats: MTM taue nichts mehr für die modernen Maschinen, eigentlich sei das an diesen Maschinen Stundenlohn. Wie verlautete, will der Betriebsrat an neuen Maschinen und Anlagen (also an Plätzen mit höherem Einsatz an konstantem Kapital) eine höhere Eingruppierung fordern. Bisher sind bei F&S sämtliche Akkordarbeiter in Lohngruppe 5 eingestuft, ca. 100-150 Arbeiterinnen in der Lohngruppe 2.

Der Betriebsrat fordert eine Zwischenlohngruppe 5 1/2 an CNC-Maschinen etc.

Ob das ein erfolgreicher Weg sein wird, muß bezweifelt werden. Die Geschäftsleitung wird die Höhergruppierung an solchen Maschinen wohl mitmachen, gleichzeitig aber eine Differenzierung insgesamt verlangen, so daß die Gefahr besteht, daß die Lohngruppe 2 wieder aufgefüllt wird mit der Begründung, die entsprechenden Arbeiten seien nur Belastungsstufe 1. Es müßte der MTM-Faktor insgesamt erhöht werden, um eine höhere Entlohnung zu erreichen. Es müßten wirksame Kontrollen über neue Vorgabezeiten und über Akkordabrechnungen möglich gemacht werden. Wenn die Verdichtung des Arbeitstages so weitergeht, wird sich bald die Notwendigkeit einstellen, bezahlte Erholungspausen durchzusetzen.



Arbeiterinnen im brasilianischen Werk Amortex

## ÖTV-PROTEST GEGEN PERSONALKÜRZUNG

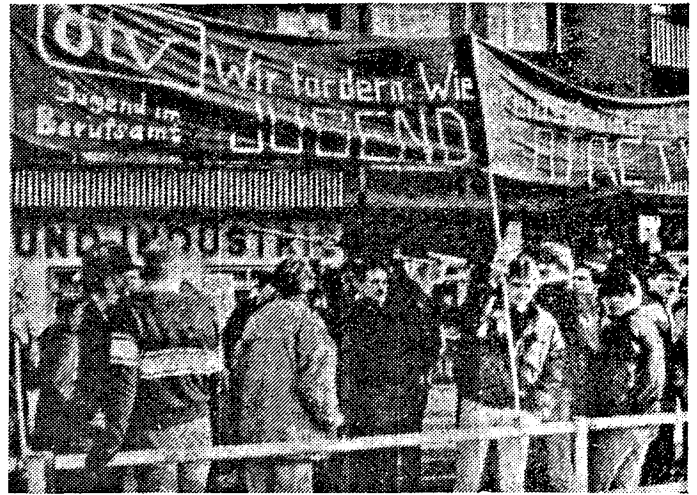
**Köln.** Gegen die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung führten die Krankenpfleger eine Protestveranstaltung durch. Eine Schwester berichtete, daß sie auf ihrer Intensivstation bis zu 36 Patienten allein betreuen muß, ein Pfleger, daß Betten mit Schwerkranken auf dem Flur stehen. In Köln wurden seit 1975 sieben Krankenhäuser geschlossen. Das Personal in allen 17 Kliniken ist überlastet. Die Versammelten fordern vom Rat der Stadt, im neuen Stadthaushalt jegliche Streichung von Zuschüssen, Stellen und Betten zu verweigern. — (ulk)

## ABMAHNUNG WEGEN KRANKHEIT

**München.** Ende November erhielten eine bisher noch unbekannte Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern, die in Küche, Wäscherei und Reinigung des Klinikums Großhadern beschäftigt sind, eine Abmahnung wegen zu häufiger Krankheit. Dies soll deshalb eine Zuwiderhandlung gegen die Pflichten aus dem Arbeitsvertrag sein, weil das staatliche Rechnungsprüfungsamt einen durchschnittlichen Krankenstand eines staatlichen Arbeiters von 15

Westberlin. Auszubildende des Berufsamtes Wedding und Schöneberg demonstrierten vor dem Rathaus Schöneberg gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichtes und forderten die Wiedereinsetzung ihrer Jugendvertretung. Das Gericht hatte die Wahl von Jugendvertretungen an Institutionen wie Berufsämtern untersagt und entschieden, daß die Auszubildenden keine Dienstkräfte im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes seien. Aus: Betriebszeitung für die Beschäftigten im öffentl. Dienst. — (gba)

Tagen pro Jahr festgestellt hat und die abgemahnten Arbeiterinnen und Arbeiter 24 bis 27 Tage pro Jahr krankgemeldet waren. In diesem Bereich des Klinikums arbeiten vor allem ausländische Beschäftigte, deren angebliche Pflichtverletzung nun mit der Kündigungsandrohung beantwortet wird. Offensichtlich wollen die Krankenhausdienstherren ein Exempel statuieren, das erzieherische Wirkung bei anderen Beschäftigten erzielen soll. Die Einrechnung der Mutterschutzfrist bei einer Arbeiterin in die Zahl der Krankheitstage ist sicher ein Einzelfall, doch er zeigt deutlich die brutale Vorgehensweise. — (dil)



## PERSONALVERSAMMLUNG KLINIKEN

**Braunschweig.** Auf der Personalversammlung wurden der zu knappe Stellenplan und die Mehrarbeit angeprangert. Aus dem Anästhesiepflegebereich wurde berichtet, daß regelmäßig Kollegen nach Feierabend zum Dienst gerufen werden, wenn z.B. Not- oder Zweitoperationen anfallen. Die Betroffenen haben schon vor Monaten einen bezahlten Rufbereitschaftsdienst mit regulärem Dienstplan gefordert, doch die nächtlichen Anrufe gingen weiter. Der Stadtoberpfleger mußte auf Drängen des Personalrats noch auf der Versammlung schnelle Änderung zusichern. — (usm)

## IGM: MEHR GELD FÜR ARBEITSLOSE

**Hannover.** In einer Unterschriftensammlung fordert die IG-Metall, Bezirk Hannover, die Bundesregierung auf, die ab 1. Januar 1984 wirksam gewordenen Leistungsver schlechterungen für Arbeitslose zurückzunehmen. "Das Arbeitslosengeld ist wieder mindestens auf 68 Prozent des Nettoverdienstes und die Arbeitslosenhilfe auf mindestens 58 Prozent des Nettoverdienstes zu erhöhen. Für die Berechnung des Arbeitslosengeldes für junge Arbeitslose, die unmittelbar nach ihrer Berufsausbildung arbeitslos werden, ist wieder von 75 Prozent des Facharbeiterverdienstes auszugehen. Unter Berücksichtigung der zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit fordern wir, die maximale Bezugsdauer des Arbeitslo-

sengeldes von 12 auf 24 Monate zu verlängern". Die IG Metall, Bezirk Hannover, stellt fest, daß der Überschuß in der Arbeitslosenversicherung nur möglich wurde durch drastische Leistungsver schlechterungen. — (rec)

## ÖTV-KREIS-DK ZU TARIFABSCHLUSS

**Bielefeld.** Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 5.12. kritisierte den Tarifabschluß, insbesondere: 1. Völlig unverständlich sei, daß der Mindestbetrag fallengelassen worden sei. Der Mindestbetrag hätte die Reallohnsenkungen seit 1980 mildern können, die gerade die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen trafen. 2. Mit der 16-monatigen Laufzeit seien bis Dezember '85 vier Nullmonate abgeschlossen. Die Laufzeit des nächsten Tarifvertrages sei deswegen auf sechs Monate festzulegen. 3. Die Arbeitszeitverkürzung sei zu gering, und das Inkrafttreten ab dem Jahr 1987 zu spät. — (gba)

## UM WEIHNACHTS-GELD GEPRELLT

Mehrere Tausende Zivildienstleistende sind mit einem "üblen Trick" (DGB) um das gesetzlich vorgeschriebene Weihnachtsgeld von 270 DM geprellt worden. Ihr Dienstantritt ist vom 1.12.84 um drei Tage vordatiert worden, so muß ihnen kein Weihnachtsgeld gezahlt werden. Das DGB-Vorstandsmitglied Brusi forderte Minister Geißler auf, "diese Maßnahme umgehend rückgängig zu machen und für die Auszahlung zu sorgen". — (gba)



In Washington demonstrierten Anfang Dezember Gewerkschaftsmitglieder (Bild) vor der südafrikanischen Botschaft gegen die Inhaftierung von 21 azanischen Gewerkschaftern. Diese hatten Streiks organisiert (s.a. Seite 2). Die Demonstration in Washington wurde vom Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO organisiert. Der AFL-CIO kritisierte auf Protestkundgebungen, die auch in fünf anderen Städten durchgeführt wurden, die Reagan-Regierung wegen der Unterstützung des Regimes in Südafrika. In San Francisco weigerten sich Hafenarbeiter aus Protest gegen die Verhaftungen elf Tage lang, einen südafrikanischen Frachter zu entladen. — (gba)



## Vorruhestandstarifvertrag Papier FÜR EIN "MODELL" SIND DIE ABSTRICHE ZU HOCH

Laut Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik ist mit dem Abschluß des Vorruhestandstarifvertrages in der papiererzeugenden Industrie Anfang Oktober 1984 ein Einstieg gelungen, der als Modell für den Bereich der Chemischen Industrie fungieren soll. Dort werden die Gespräche mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie am 1. Februar 1985 fortgesetzt. Bereits für März 1985 rechnet die IG CPK mit einem Abschluß. Bei einem Vergleich des in der papiererzeugenden Industrie abgeschlossenen Vertrages (siehe Dokumentation) mit den Verhandlungspositionen der IG CPK im Mai 1984 (siehe Quellenhinweis) fallen insbesondere folgende Punkte als Verschlechterung ins Gewicht:

1.) Die Einbeziehung des tariflichen 13. Monatslohns und Urlaubsgelds in die Berechnung des Vorruhestandsgeld (75 % der letzten Bruttobezüge) wurde nicht erreicht.

2.) Die zusätzliche Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge vollständig durch die Kapitalisten (also Kranken- und Rentenversicherungsbeitrag inkl. "Arbeitgeberanteil") wurde nicht erreicht. (Durch die Änderungen unter 1. und 2. wird das Vorruhestandsgeld statt ca. 92 % der letzten Nettoeinkünfte nur etwa 81 % betragen.)

3.) Durch Höherversicherung, d.h. Zahlung von 100 % der bisherigen Rentenversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten, sollte die Höhe der späteren Rente auf Basis des aktuellen Verdienstes gesichert werden. Da diese Höherversicherung nicht erreicht wurde, wird die Folge bei durchschnittlich Versicherten eine Kürzung der monatlichen Rente um ca. 30 DM sein.

4.) Die Zahlung von Leistungen aus betrieblichen Altersversorgungssystemen auf einem Niveau zu sichern, das der Vorruhestandsberechtigte erreicht hätte, wenn er weiter gearbeitet hätte, wurde nicht erreicht.

Gegenüber diesen doch beträchtlichen materiellen Verschlechterungen im Vergleich zum Forderungspaket der IG CPK, die gerade für die am schwersten Arbeitenden und am niedrigsten Verdienenden Zumutungen darstellen, kann die IG CPK als Erfolg nur die (aber auch nur teilweise) Einbeziehung der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in die Berechnung des Vorruhestandsgeldes verbuchen.

Für die Fortsetzung der zentral geführten Verhandlungen bleibt neben obigen Punkten folgendes festzuhalten:

Erstens sollte seitens der regionalen Tarifkommissionen und anderer Gremien der IG CPK bekräftigt werden, daß ein Vorruhestands-Abschluß nicht durch Koppelung mit den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen 1985 zu einer weiteren Reallohnsenkung führen darf.

Zweitens besteht überhaupt kein Grund, weshalb sich die IG CPK den Blümschen Rentenplänen unterwerfen sollte, nach denen die Altersgrenze, bis zu der ein Arbeiter seine Arbeitskraft anzubieten hat, nicht gesenkt werden soll, sondern von Arbeitsmarktlage und Verwertungsbedürfnis des Kapitals abhängig gemacht wird. Statt "Vorruhestand" für die Jahrgänge vor 1931 muß die gesetzliche Senkung des Rentenalters, mindestens aber eine jahrgangsunabhängige Fassung des Vorruhestandsgesetzes, gefordert werden.

Quellenhinweis: Vorruhestandstarifvertrag Papier i.d.F. v. 2.10.84; "Entwurf eines Tarifvertrags über die Einführung einer Vorruhestandsregelung" v. 8. Mai 1984; "umschau" v. Mai/Juni 1984; zentrales Faltblatt der IG CPK. — (mio)

### DOKUMENTATION

#### § 2 — Grundsatz

Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können auf eigenen Wunsch aus dem Erwerbsleben ausscheiden und durch Abschluß einer Vorruhestandsvereinba-

rung mit dem Arbeitgeber zum Zwecke der Inanspruchnahme von Vorruhestandsgeld das Arbeitsverhältnis beenden und in den Vorruhestand treten.

#### § 3 — Anspruchsvoraussetzungen

... Wenn dadurch keine über 5 vom Hundert der Arbeitnehmer des Betriebes hinausgehende Inanspruchnahme erfolgt; für die Berechnung der Zahl der Arbeitnehmer ist der Durchschnitt der letzten 12 Kalendermonate vor dem Ausscheiden des Arbeitnehmers maßgebend; dabei werden Auszubildende und Schwerbehinderte nicht mitgezählt. Über diesen Anspruchsrahmen hinausgehende Vorruhestandsregelungen können auf freiwilliger Grundlage getroffen werden. (2) Voraussetzung für den Anspruch ist eine mindestens 10-jährige Betriebszugehörigkeit...

#### § 4 — Beginn des Vorruhestandes

(1) Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung möglichst frühzeitig, spätestens sechs Monate vor dem beabsichtigten Ausscheidenszeitpunkt, anzukündigen...

(2) Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann der Arbeitgeber aus übergeordnetem betrieblichen Interesse dem beantragten Zeitpunkt bis spätestens zwei Monate vor dem beantragten Zeitpunkt widersprechen und den Beginn des Vorruhestandes um drei Monate hinausschieben.

(3) Das Widerspruchsrecht des Arbeitgebers entfällt, falls der Arbeitnehmer die gewünschte Inanspruchnahme des Vorruhestandes mindestens neun Monate vorher ankündigt.

(4) Bis zum 31.12. 1985 beträgt die Frist des Hinausschiebens durch Widerspruch gemäß Abs. 2 fünf Monate.

#### § 5 — Anspruch auf Vorruhestandsgeld

(1) Der Anspruch auf Vorruhestandsgeld setzt voraus, daß

1. das Arbeitsverhältnis aufgrund einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beendet ist, 2. der ausgeschiedene Arbeitnehmer innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mindestens 1080 Kalendertage in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung im Sinne des § 168 des Arbeitsförderungsgesetzes gestanden hat. Zeiten des Bezuges von Arbeitslosenhilfe sowie Zeiten im Sinne des § 107 Nr. 2 bis 6 des Arbeitsförderungsgesetzes stehen diesen Beschäftigungszeiten gleich.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 Nr. 2 bleiben Beschäftigungszeiten unberücksichtigt, für die kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, soweit diese Zeiten jeweils vier Wochen überschreiten. Satz 1 gilt nicht, wenn für diese Zeiten Lohnersatzleistungen gezahlt werden.

(3) Der Anspruch besteht nicht, wenn der ausgeschiedene Arbeitnehmer Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus erhält.

#### § 6 — Höhe des Vorruhestandsgeldes

(1) Das monatliche Vorruhestandsgeld beträgt 75 vom Hundert des Bruttoarbeitsentgelts.

(2) Bruttoarbeitsentgelt im Sinne des Absatzes 1 ist das Arbeitsentgelt, das der ausgeschiedene Arbeitnehmer vor Beginn der Vorruhestandsleistung in den letzten abgerechneten, insgesamt sechs Monate umfassenden Lohnabrechnungszeiträumen durchschnittlich erzielt hat, soweit es im jeweiligen Monat die Beitragsbemessungsgrenze des § 175 Abs. 1 Nr. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes nicht überschreitet. § 112 Abs. 2, 4, 5 Nr. 3 und Abs. 7 des Arbeitsförderungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden für Arbeitnehmer im 3- und/oder 4-Schichtbetrieb in das Bruttoarbeitsentgelt zusätzlich einbezogen die Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge des Berechnungszeitraumes

- in den ersten 24 Monaten des Vorruhestandes zu 75 %,
- ab dem 25. Monat des Vorruhestandes zu 50 %.

#### § 7 — F. Dynamisierung

Das Vorruhestandsgeld erhöht sich jeweils nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Zahlung um den vom Hundertsatz, um den die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zuletzt vor diesem Zeitpunkt nach dem jeweiligen Renten Anpassungsgesetz angepaßt worden sind.

## Einkommen

# (I): ZUSAMMENHANG VON EINKOMMENSQUELLE UND EINKOMMENSHÖHE

In der strategischen Diskussion, die zur Zeit der Bildung der DKP und der K-Gruppen stattfand, war ein lebhaft erörtertes Thema, ob die Ausdehnung der Lohnabhängigkeit als Ausdehnung des Proletariats als Klasse zu werten sei. Kräfte, die später den KBW begründeten, vertraten in dieser Diskussion die Auffassung, der Tatbestand der Lohnabhängigkeit allein mache eine proletarische Klassenlage nicht aus. Die Mittelklassen nahmen eine Sonderstellung ein. In dieser Sonderstellung seien sie gegenüber der kapitalistischen Ordnung in gewissem Grade wenigstens auf sich allein gestellt, hilflos und könnten ihre Interessen nur im direkten Zusammenhang proletarischen Klassenkampfes geltend machen, als politische Perspektive müßten sie die revolutionäre Perspektive des Proletariats akzeptieren.

In der politischen Praxis z.B. des KBW, aber beileibe nicht nur des KBW, stellten sich wachsende Schwierigkeiten dar, die in heftiger Bewegung befindlichen Kräfte der Mittelklasse für die Sache des Proletariats und die Perspektive des proletarischen Klassenkampfes zu gewinnen. Um herauszufinden, auf welcher Interessengrundlage die in der Praxis auseinanderstrebenden Kräfte des Klassenkampfes zusammengeführt werden

Art der Jahreseinkünfte nach der Einkommensteuer 1980			
Herkunft	Fälle Tsd.	Eink. Mio.	Durchschnitt
nicht veranlagte Lohnsteuerpflichtige	10883.1	239981.0	22.1
aus Land- und Forstwirtschaft	166.3	4556.1	27.4
aus Gewerbebetrieb	1171.2	99555.4	85.0
aus selbständiger Arbeit	248.3	31366.9	126.3
aus nichtselbständiger Arbeit	8217.5	370557.0	45.1
aus Kapitalvermögen	173.3	9060.9	52.3
aus Vermietung und Verpachtung	273.2	7357.2	26.9
aus sonstigen Einkünften	249.6	2224.3	8.9
Alle Einkünfte	21382.5	764659.0	35.8
Einkünfte ohne Lohnfälle	2281.9	154121.0	67.5
Lohn und andere Einkünfte	19100.6	610538.0	32.0

könnten, begannen umfangreiche Untersuchungen, notgedrungen, über die Differenzierung, die innerhalb der Lohnabhängigen anzutreffen ist. Als sich dann herausstellte, daß die Mittelklasse sehr wohl zur Herausbildung einer eigenen Perspektive in der Lage ist, zerbrachen nach und nach die K-Gruppen in zwei Hälften, und auch die DKP hatte und hat große Durchlauf- und Wahlverluste an die GRÜNEN. Dennoch ist in den letzten Jahren eine gewisse Stabilisierung der

"politischen Landschaft" festzustellen.

Hauptursache dafür dürfte sein, daß die Periode der stürmischen Ausdehnung der Mittelklasse zunächst einmal, und wahrscheinlich auch für eine längere Zeit, vorbei ist. Das spiegelt sich in den Wachstumserwartungen der GRÜNEN wieder. Diese wissen inzwischen genau, wo ihre Grenzen sind, und führen Diskussionen, die quälend bleiben, bis eine politische Konstellation denkbar wird, in der die sozialen

## DEFINITIONEN DER EINKOMMENSQUELLEN

Die von uns verwendete im dreijährlichen Rhythmus vom Statistischen Bundesamt ermittelte Einkommensteuerstatistik ist mit rund 97% erfaßten Steuerpflichtigen die wohl vollständige Erfassung der Revenuenquellen der verschiedenen Gesellschaftsklassen in der BRD. Einkommensteuerpflichtig sind alle "natürlichen Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben". Somit sind in der Statistik auch die ausländischen Lohnabhängigen erfaßt.

Das Einkommensteuergesetz unterscheidet folgende Einkunftsquellen:

– Land- und Forstwirtschaft: Wie aus der Tabelle ersichtlich, wird nur ein Teil der Bauern erfaßt, der größte Teil hat so niedrige Einkommen, daß eine Besteuerung unterbleibt.

– Gewerbebetrieb: Hierzu gehören sowohl die Gewinne, die der besitzende Kapitalist aus seinem Unternehmen hat, als auch Gewinnanteile, die ein Gesellschafter hat. Auch Aktiengewinne können hier-

unter fallen, sofern sie als Gewinnanteile der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft anfallen. So erklärt sich, daß die 205 Bezieher dieser Sorte Einkünfte in der vom Stat. Bundesamt ausgewiesenen Klasse mit 10 Mio. und mehr DM Einkünften mit fast 20 Mio. DM Jahreseinkommen den höchsten Durchschnitt aller Einkommensbezieher dieser Klasse erreichen.

– Selbständige Arbeit: Das Gesetz führt einige Dutzend Berufe an, die als "freiberufliche Tätigkeit" gelten. Dazu gehören z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Journalisten und Künstler.

– Nichtselbständige Arbeit: Neben der Lohnarbeit auch Renten und Pensionen aus früherer Lohnarbeit, sofern sie gewisse Einkommensgrenzen überschreiten. Von den insgesamt rund 19 Millionen steuerpflichtigen Lohnabhängigen wurden 1980 allerdings nur rund 8 Millionen zur Einkommensteuer "veranlagt", bei den übrigen erfolgte der Steuerabzug ausschließlich als Lohnsteuerzahlung. Voraussetzung zur Veranlagung eines Lohnabhängigen: Er hat entweder nicht nur geringfügige Einkünfte aus anderen

Quellen (wozu unter Umständen schon der Besitz eines Eigenheimes genügt, s. unter Vermietungen, Verpachtungen) oder sein Einkommen lag (nach Abzug aller Freibeträge) über 24000 DM ledig bzw. 48000 verheiratet.

– Kapitalvermögen: Dividenden auf Aktien, Zinsen (soweit sie nicht wie auf die Staatsschuld von Steuern befreit sind), Einkünfte aus dem Verkauf von Aktien, Schuldscheinen u.ä.

– Vermietungen und Verpachtungen: Hierunter fallen nicht nur die Hausbesitzer, die aus der Vermietung Revenue ziehen, sondern auch alle Personen, die ihr Haus selbst nutzen (unter Abzug von eventuellen Hypotheken und Schulden). So finden sich in dieser Kategorie zahlreiche geringe Einkommen.

– Sonstige Einkünfte: Hierzu gehören Leibrenten (soweit sie nicht als Folge früherer Lohnarbeit gezahlt werden) ebenso wie die Einkünfte aus Spekulationsgeschäften (bei Grundstücken ist ein Geschäft Spekulation, wenn zwischen Kauf und Wiederverkauf weniger als zwei Jahre liegen, bei Wertpapieren weniger als sechs Monate).

Kräfte des Kampfes gegen den Kapitalismus zu einem Bündnis finden.

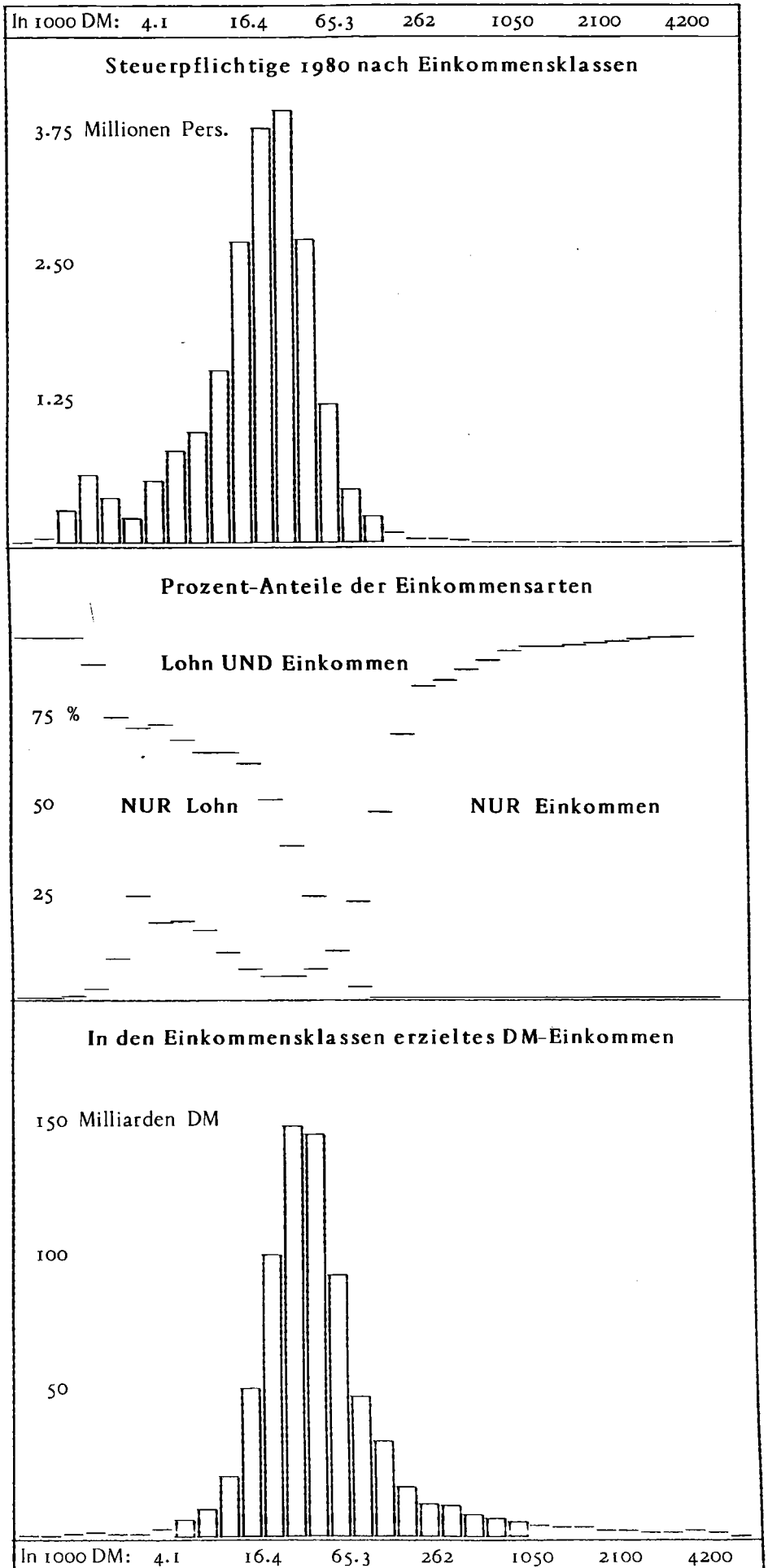
Die bürgerliche Politik arbeitet gegenwärtig von zwei Seiten an der Verhinderung einer solchen Koalition. Sie versucht vor allem, große Teile der Mittelklasse in ein Komplott gegen die Arbeiterklasse und die arme Bevölkerung einzubinden. Das ist ein wichtiges Element der sog. Sparpolitik. Sie versucht zum anderen, den proletarischen Klassenkampf in die Bahnen des Kampfes gegen die "Besserverdienenden" zu lenken, der in eine Sackgasse führt, schon allein, weil er auf den bürgerlichen Staat als sozialen Umverteiler vertraut.

Das ist die Situation, in der uns interessieren muß, wie die bürgerliche Politik ihr gesetzliches Instrumentarium einsetzt und wie die soziale Struktur aussieht, auf die sie einwirkt und die in hohem Maße das Bewußtsein prägt.

Daß es arm und reich gibt, weiß nun wirklich jeder. Kann aber die pure Höhe des Einkommens zum Gradmesser der sozialen Lage gemacht werden? Nicht so leicht. Wenn ein Baggerführer im Akkord ca. 2000 DM netto im Monat verdient, so macht ihn das nicht gleich mit dem Aktionär der Baufirma, der vielleicht den entsprechenden Betrag aus Dividende hat. Solche Fälle gibt es wohl. In der Steuerstatistik taucht z.B. der Spekulationsgewinn ("sonstige Einkünfte") mit dem niedrigsten Jahresdurchschnittseinkommen aller Einkommensarten auf, und auch "Vermietung und Verpachtung" fällt nicht hoch aus.

Für unsere Untersuchung muß also erst nachgewiesen werden, daß die Höhe der Einkünfte der Steuerpflichtigen in einem Zusammenhang zur Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft steht. Wir haben aus den Unterteilungen der Statistik miteinander verglichen. Das nach den Einkommenarten errechnete Jahresdurchschnittseinkommen ist um so niedriger, je ausschließlicher die Lohnarbeit Einkommensquelle ist. Es beträgt in Tausend DM pro Jahr (siehe auch die Tabelle) 22,1 DM, wenn ausschließlich Lohnarbeit vorliegt, 45,1 DM, wenn "unselbständige Arbeit" nur noch die "Haupteinkommensquelle" ist, und 67,5 DM, wenn die Fälle zusammengerechnet werden, in denen Lohnarbeit nicht als die wesentliche Einkommensquelle vorkommt. Das klingt eindeutig. Die Schaubilder zeigen aber, wie stark die "Einkommenszonen", die sich gleichwohl ablesen lassen, im Gesamtbild ineinander verschwimmen. Woher dies "Verschwimmen" rührt, wollen wir im nächsten Heft untersuchen.

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1 Einkommensteuer 1980 — (maf, alk)



Die Einkommen sind Jahreseinkünfte. Die Klassen sind von 512 DM bis 67 Mio. DM logarithmisch (Schrittfaktor: Quadratwurzel aus 2) dargestellt.

## Taschenbücher

# AUSWIRKUNGEN NEUER TECHNIK AUF DIE ARBEIT

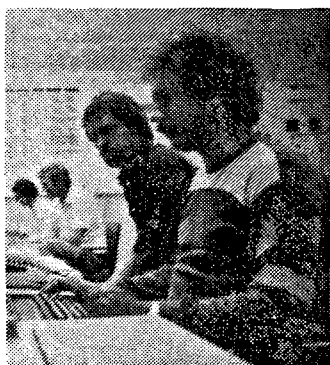
## ARBEITSLOSIGKEIT DURCH KONSUM?

Das Wort "Arbeitswelt" im Titel sollte nicht dazu verleiten zu glauben, D. Prokop befaße sich mit den Auswirkungen der von den Kapitalisten angestrebten Kostenersparnis durch Anwendung neuer Kommunikationstechniken für die Lohnabhängigen und erwäge Forderungen, die diese zur Wahrung ihrer Interessen durchzusetzen hätten. Zwar werden Anwendungsmöglichkeiten von Kabelfernsehen, Computerverbundsystemen u.a.m. sowie Prognosen bürgerlicher Wissenschaftler vorgestellt, jedoch fehlt jedes Verständnis für Probleme, die sich aus der Anwendung dieser Technologien für die Lohnabhängigen ergeben. Sie werden, gerade insofern sie Konsumenten sind, als gegenseitige Vernichter von Arbeitsplätzen dargestellt: Der Bankangestellte, der sich Buchungsmöglichkeiten eines Reiseunternehmens zu Hause auf dem Bildschirm ansieht, bedenke nicht die folgende Arbeitslosigkeit des Angestellten beim Reisebüro. Aus der Zeit, als viele Lohnabhängige dazu übergingen, Briefeschreiben durch Telefonanrufe zu ersetzen, kennt man keine entsprechenden Klagen über das Brotlosmachen von Briefträgern. (D. Prokop, Heimliche Machtergreifung, Neue Medien erobern die Arbeitswelt, Fischer TB 3843, 9,80 DM – anl)

## PERSONALINFORMATIONSSYSTEME

Personalinformationssysteme sind in vielen Betrieben schon installiert und werden von den Belegschaften bekämpft als Instrumente der Kontrolle, der Verdichtung und Flexibilisierung der Arbeit. Die Betriebsräte sind bei der Abwehr von Personalinformationssystemen in einer schwierigen Position, da ihnen Kenntnisse über die Möglichkeiten der Systeme, die Verknüpfung z.B. von Personal- und Produktions-

daten und die möglichen Auswertungen vorenthalten werden und andererseits die Anforderungen der Belegschaften an solche Systeme schwer präzise formuliert und ihre Einhaltung noch schwerer kontrolliert werden kann. Ein vor wenigen Monaten von Gewerkschaftsfunktionären herausgegebenes Taschenbuch soll da Hilfestellung leisten. Es informiert über die Systeme, ohne EDV-Spezialkenntnisse vorauszu-



Kontrollarbeit bei der Touristik-Union

setzen, und berichtet über die Auseinandersetzungen in verschiedenen Betrieben. Die Grundtendenz: nicht Verweigerung neuer Technik, sondern Verhinderung des Einsatzes bestimmter Komponenten der Systeme (z.B. Fehlzeitenstatistik) und Kontrolle des Betriebs der Systeme. Ohne Schulung stellt das allerdings die Betriebsräte vor unlösbare Aufgaben. Im Schlußbeitrag wird die Notwendigkeit qualitativer Forderungen zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen betont, statt "nur" Schutzrechte gegen neue DV-Entwicklungen zu reklamieren. Sicher richtig. Doch es ist auch Zeit, daß die Gewerkschaften eine Gesetzesinitiative zur Kontrolle der Verwendung von Personaldaten starten, statt den Betriebsräten das Problem zu überlassen. (Klotz/Meyer-Degenhardt: Personalinformationssystem,rororo-TB 5255, 10,80 DM – (wom)

## INTERESSANTES ZUM MASCHINENBAU

Ein 13-köpfiges Team von Wirtschaftswissenschaftlern veröffentlicht den Abschlußbericht eines Forschungsprojektes über die Region Bielefeld. Dabei wird in Kooperation mit dem DGB angestrebt: "... die Analyse möglicher Inhalte ... eines die Ebenen Branche und Betrieb einbeziehenden regionalpolitischen Programms für einen gesteuerten Strukturwandel mit möglichst geringen sozialen Kosten." Verschiedene Autoren landen hier bei den abgeschmacktesten Bemühungen, die festgestellte "Akkumulationsschwäche" der örtlichen Industrie zu kurieren. Wesentlich interessanter und umfangreicher ist jedoch der untersuchte Teil des Buches. U.a. werden am Beispiel von drei ausgewählten Maschinenbaubetrieben (darunter Gildemeister) "betriebliche Produktionsprozesse und Arbeitsbedingungen" untersucht; speziell unter dem Gesichtspunkt technischorganisatorischer Veränderungen und "qualitativer und quantitativer Auswirkungen auf die Beschäftigten". Der Ansatz der Autoren ist hierbei uneingeschränkt kritisch gegenüber der kapitalistischen Strategie der "fortgeschrittenen Arbeitsteilung", und die vergleichenden Daten über den Stand und die Bedingungen der Umsetzung dieser Strategie in den drei Betrieben sind – in dieser Konkretion veröffentlicht – wahrscheinlich einmalig. (Wirtschaftsstrukturen, neue Technologien und Arbeitsmarkt, Hrsg. Elsner, Katterle, Bund-Verlag, 32 DM – poj)

## NÜTZLICH FÜR BETRIEBSRÄTE

U. Briefs' "politisches Handbuch zu Mikroelektronik und Computertechnik" legt das Schwergewicht auf die "betrieblichen Prozesse der Auseinandersetzung um die neuen Technologien". Nützlich ist das Buch für die Beschäftigten und ihre Vertretungsorgane, weil detailliert aufgelistet wird, welche Informationen der Betriebsrat zusammenstellen muß, um die Auswirkungen auf die Beschäftigten genau

festzustellen, wenn die Kapitalisten Computersysteme aufbauen. Insbesondere zeigt Briefs auf, daß die Beschäftigten Einfluß nehmen sollten auf die Programme, weil davon die Veränderung der Arbeitsbedingungen wesentlich bestimmt wird. Er schlägt z.B. vor, daß die Beschäftigten Informationssysteme fordern sollten, mit denen Modelle entwickelt werden können, um die Schicht- und Nachtarbeit abzubauen. Für die Tarifpolitik der Gewerkschaften ergibt sich für Briefs u.a. die Forderung nach "qualitativen Mindestnormen für einzelne Bestandteile der Arbeitsbedingungen", nach "Festlegung von Höchstleistungsbeschränkungen". Illusionen hat Briefs darüber, daß die Gewerkschaften Arbeitsplatzabbau durch Arbeitszeitverkürzungen teilweise "auffangen" können. (U. Briefs, Informationstechnologien und Zukunft der Arbeit, Pahl-Rugenstein Verlag, prv 267, 14,80 DM – gba)

## PAUSE ALS SOZIALE ARBEITSZEIT

Jedem, der sich mit dem Problem der ständig steigenden Arbeitsintensität herumzuschlagen hat oder etwas darüber erfahren möchte, sei die Studie von Hans Joachim Sperling Pflichtlektüre. Nach Schilderung Taylors und Gilbreth nach wie vor herrschender Lehre "wissenschaftlicher" Betriebsführung (Thema: Brechen der Leistungszurückhaltung), werden Erkenntnisse der Arbeitsphysiologie referiert, einschließlich der heute üblichen Methoden des Energieumsatzes, der Pulsfrequenz und der Dauerleistungsgrenze. Bereits (!) in den 30er Jahren geben die Hawthorne-Experimente Auskunft darüber, daß Leistungssteigerung nicht ausschließlich physiologisch erklärbar ist, sondern der "Sinn der Pausen ... weitgehend durch die jeweiligen sozialen Verhältnisse bestimmt" wird (55). Die Entwicklung der Refa-Lehre und die Stellung der Gewerkschaften dazu wird, insbesondere im Hinblick auf die Erholzeitermittlung, dargestellt. Mit der Forderung nach Mindester-



holzeit für alle Arbeiten wird die Erholzeit als biologische und soziale Frage aufgeworfen. Umfangreich werden tarifliche Pausenregelungen behandelt. Das Buch endet mit der von den Kapitalisten entschieden abgelehnten Forderung des IGM-Tarifvertragsentwurfs für Südwürttemberg, Arbeitszeit, -tempo etc. so zu regeln, daß vorzeitige Ermüdung, Fehlbeanspruchung u.a. unterbleiben, sowie kulturelle, soziale und familiäre Bedürfnisse der Beschäftigten befriedigt werden. (Verlag Die Arbeitswelt, Westberlin 1983 – gka)

### FRAUENBEWEGUNG UND AKKORDARBEIT

In dem 1976 erschienenen Büchlein "Frauen im Akkord" schildert Marianne Herzog, die Anfang der 70er wegen des "Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" in Untersuchungshaft eingesperrt war, ihre Erlebnisse als zeitweilige Akkordarbeiterin. Obwohl die Beschreibungen im Vergleich zu den "Industriereportagen" von Walraff weniger

"Frauen in der Bundesrepublik können fachlich nichts lernen in den Fabriken, und wir erleben da keinen Arbeitserfolg." Sie tritt ein für einen Lohn, der den Frauen ermöglicht, "autonom zu leben". (M. Herzog, Von der Hand in den Mund, Rotbuch Verlag – alk)

### ERGEBNISSE VON RATIONALISIERUNG

Der IG-Metall Vorstand veröffentlichte 1983 eine Broschüre mit den Ergebnissen der Befragung von Betriebsräten in über 1100 Betrieben in der Metallindustrie über Rationalisierungsmaßnahmen und ihre Folgen. Die Broschüre gibt einen Überblick, wie die Metallkapitalisten mit Hilfe EDV-gestützter Technologien Rationalisierungen und gesteigerte Intensivierung der Arbeit durchsetzen und umfassende Kontrollen von Leistung und Verhalten der Beschäftigten anstreben. Die IG Metall kommt zu dem Schluß, daß mit den Rationalisierungsmaßnahmen folgende Belastungen zunehmen: Die körperliche Schwerarbeit, körperliche



Textilarbeiterin in der Pause

genau sind, ist das Bändchen doch interessant. Man kann der Darstellung entnehmen, warum sich die Frauenbewegung, der sich die Autorin zurechnet, mit den Problemen von Akkordarbeiterinnen beschäftigt und Forderungen nach Anhebung der Löhne und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen unterstützt. Marianne Herzog sucht Gemeinsamkeiten in der Lage von Fabrikarbeiterinnen mit der von lohnabhängigen Frauen mit akademischer Qualifikation:

Zwangshaltungen, die Gefährdung durch gefährliche Arbeitsstoffe, die Monotonie der Arbeit, die kurzzyklische Taktarbeit, die soziale Isolation und die Schichtarbeit. Ein "Aktionsprogramm", welches auf Grundlage der Untersuchungen gegen die Folgen der Rationalisierung vom Vorstand entwickelt werden sollte, enthält die Broschüre leider nicht. (Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht, Vorstand der IGM, 1983 – clm)

## Christlich-demokratische Internationale BEMÜHUNGEN, DIE KONSERVATIVEN KRÄFTE IN AFRIKA ZU STÄRKEN

Im Oktober dieses Jahres führte die Weltunion christlich-demokratischer Parteien, Bewegungen und internationaler Bewegungen (CDI) zum ersten Mal eine Konferenz auf dem afrikanischen Kontinent, in der ugandischen Hauptstadt Kampala, durch. Die CDI will diesen Tagungsort als Demonstration für die Einleitung einer neuen Etappe im internationalen Zusammenschluß christlich-konservativer Parteien gewertet wissen, als Beleg dafür, daß die "christlich-demokratische Bewegung auf dem Wege sei, eine weltumfassende politische Bewegung zu werden", wie es in der Pressemitteilung der CDI heißt. Die Wahl des Tagungsortes deutet jedoch vor allem auf die Absicht der christdemokratischen Parteien, künftig vermehrt Einfluß auf afrikanische Parteien zu nehmen und die Umtriebe der europäischen Imperialisten in Afrika zu unterstützen.

Die CDI versteht sich ausdrücklich als christliche Vereinigung, großen Einfluß kann sie sich zunächst nur dort erhoffen, wo die christliche Religion vorherrschend ist. Entsprechend hat die CDI ihre früheren Tagungen in Europa und Lateinamerika durchgeführt, wo auch ihre stärksten Mitgliedsorganisationen ansässig sind. In Afrika, ohne Südafrika, sind nach Schätzungen der evangelischen Kirche etwa ein Viertel der Einwohner Mitglieder christlicher Kirchen, in keinem afrikanischen Land gehört auch nur die Hälfte der Einwohner zu christlichen Kirchen; andere Religionen wie z.B. der Islam zählen weitaus mehr Mitglieder und Anhänger.

Um weiteren Einfluß in Afrika zu erlangen, wäre mindestens das Zusammenwirken mit anderen konservativen Parteien nötig. Die CDU/CSU strebt solches seit langem an. Der Schatzmeister der CDI, der CSU-Politiker Schmidt, beklagte nach der afrikanischen Konferenz, daß ein solches Zusammenwirken z.B. auch mit den britischen Konservativen bisher von den italienischen Christdemokraten blockiert würde und sie sich auch nicht an anderen internationalen konservativen Vereinigungen beteiligten.

Der CDI gehören an: a) die Parteien, die in der europäischen christlichen Union zusammengeschlossen sind, das sind die christlichen Parteien Belgiens CVP, der BRD CDU und CSU, aus Frankreich Vertreter der früheren MRP und des Centre Démocrate, aus Italien CD und Südtiroler Volkspartei, Luxemburg (PCS), Malta (PN), Niederlande (KVP, ARP, CHU), Österreich (ÖVP), Portugal (CDS), San Marino (PDCS), Schweiz (PDCS) und Spaniens (als Vertretung christlich-demokratischer Gruppierungen); b) die in der Organisation amerikanischer christlich-demokratischer Parteien zusammengeschlossenen Parteien (ODCA). Zur ODCA gehören Parteien aller südamerikanischen Staaten, El Salvadors, Costa Ricas, Panamas, Nikaraguas und Kanadas; und c) eine Vereinigung von christlichen Exilparteien aus Polen, der CSSR, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. 1975 wurden weitere Organisationen aus Australien, Neuseeland, Japan, den Philippinen aufgenommen, kurz darauf erfolgte die Aufnahme afrikanischer Parteien aus Botswana, Kamerun, Madagaskar, Togo und Uganda. Die beiden westdeutschen Parteien CDU und CSU sind die mit Abstand größten in diesem Parteienbund. Bei einer Erweiterung der CDI um die britischen Konservativen würden sich dann alle großen reaktionären Parteien der europäischen Imperialisten zusammenfinden, die gleichzeitig Vertreter aller europäischen Mächte, die Kolonien in Afrika haben und hatten, sind. Eine solche Gruppe wäre dann wohl in der Lage, weitere konservative Parteien aus afrikanischen Staaten aufzunehmen und so den Einfluß der europäischen Imperialisten zu stärken und die Herausbildung einer weltweiten organisierten Zusammenarbeit aller reaktionären Kräfte zu fördern.

Außer dem Bekenntnis zur christlichen Religion eint die

Parteien vor allem die Ablehnung jeglicher "kollektivistischer" Tendenzen. Auf internationaler Ebene hatten in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg zunächst die europäischen Christdemokraten einen losen Zusammenschluß gebildet, um eine politische Koordinierung ihrer Tätigkeiten gegen revolutionäre und fortschrittliche Bewegungen in ganz Europa zu erreichen. Die osteuropäischen Exilparteien haben ihren Sitz alle in den USA, wurden aber von Anfang an in das europäische Bündnis eingeschlossen. Der Zusammenschluß mit den amerikanischen Parteien erfolgte zwischen 1957 und 1961 und war von seiten der westeuropäischen Parteien als direkte Stützungsmaßnahme der konservativen Kräfte gegen die schwunghafte Entwicklung der revolutionären Kämpfe in den lateinamerikanischen Staaten gedacht.

Quellenhinweis: Alfred Stirnemann, Christlich-Demokratischer Internationalismus, Österreichische Monatshefte, Zeitschrift für Politik, Nr. 5/1976; Archiv der Gegenwart v. 7.10.84; idc-Nachrichten v. April, Juni, Oktober 1984 – (uld)

## Antifaschismus

### DIE NSDAP WAR KEINE ARBEITERPARTEI

Die Zweckbehauptung der westdeutschen Bourgeoisie, vor allem den Arbeitern und den Kommunisten die Verantwortung für die Hitler-Diktatur in die Schuhe zu schieben und ihr diesbezügliches Fazit: "Die Demokratie muß sich gleichermaßen nach links wie nach rechts verteidigen" in Schulbüchern massenhaft zu verbreiten, groß aufgemacht in dem Streifen von Fest "Hitler, eine Karriere", wird neuerdings auch verstärkt von Gewerkschaftsvorständen, wenn auch anders formuliert, verbreitet. "Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die düsteren beschäftigungspolitischen Perspektiven sind nicht nur die entscheidende wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre, sondern bedrohen auch tendenziell demokratische Strukturen in Staat und Gesellschaft." Diese Auffassung äußerte DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher auf der gewerkschaftlichen Maikundgebung 1984 in Münster. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit sagte zwar auf einer Veranstaltung des DGB aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Faschisten: "Die Nachfolge-Organisationen der Industrie und der Arbeitgeber sind aufgefordert, ihrer Schuld gewahr zu werden" und warnte vor "falschen Parallelen und Geschichtsklitterung", um dann aber prompt festzustellen: "... daß eines Tages die Arbeitslosen ihr Schicksal dem politischen System anlasten und der parlamentarischen Demokratie ihr Vertrauen entziehen könnten." (1)

Wirkung solcher Aussagen findet sich in den Begründungen der Arbeitsplätze-Kampagne und der Nichtbefassung bzw. Vernachlässigung von Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen. Zum anderen bemüht sich die Reaktion einigermaßen erfolgreich, die Gewerkschaften und ihre Forderungen gegen ruinösen Verschleiß der Arbeitskraft, gegen Lohnsenkung, Massenentlassungen und Ruinierung der Versicherungen zu isolieren. Die Aufgabe, dagegen eine erfolgreiche Bündnispolitik mit den bessergestellten Teilen der Lohnabhängigen, der werktätigen Mittelschichten, den kleinen und mittleren Bauern und selbstarbeitenden Gewerbetreibenden zu entwickeln, kann nicht recht vorankommen, wenn die Faschismustheorie vom Massenelend als "der" Ursache und den Arbeitslosen als sozialer Basis des Faschismus Verbreitung findet.

Welchen Aufschluß erhält man aus der bürgerlichen Literatur über die Zusammensetzung des Anhangs und Funktionärskörpers der NSDAP? Es finden sich sehr viele Belege dafür, daß Wähler und Mitgliedschaft der NSDAP zum großen Teil aus den sozial dem alten und neuen Mittelstand

zuzurechnenden Kräften der Gesellschaft kamen, und zwar in der Hauptsache den nicht bereits von den Kriegsfolgen des 1. Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise degradierten und verelendeten, sondern vom sozialen Abstieg bedrohten Teilen.

Unter den 73 der vom "Führer" anerkannten Gauleiter vor 1933 befanden sich 2 Arbeiter, 18 mit abgeschlossenem Hochschulstudium (davon 12 promoviert) 4 aus dem Schul- bzw. Hochschuldienst, 1 höherer Beamter, 4 Angestellte (darunter ein Berufsoffizier), 13 Lehrer, 3 Studenten, 3 ehem. Berufsoffiziere, 1 ehem. Berufssoldat, 7 Beamte, 11 Kaufleute, 10 kaufmännische Angestellte und Verwaltungsangestellte, 3 Journalisten, 1 Gutsbesitzer, 1 Matrose. Die Mitgliedschaft von Arbeitern bis Dezember 1930 gibt die NSDAP 1935 mit 34000 an, die Angabe von 28,1 Prozent wird dadurch erreicht, daß die gesamte Mitgliederzahl mit 121000 statt zu der Zeit 300000 Mitgliedern angegeben wird, um den Ruf als Arbeiterpartei zu rechtfertigen. Nach einer anderen Aufstellung waren 30718 oder 8,5 Prozent der bis 1930 erfolgten Eintritte aus der Arbeiterschaft. (2)

Der Wahlerfolg der NSDAP, die ihren Stimmenanteil von 2,5% bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 auf 18% bei den Reichstagswahlen im September 1930 steigern konnte, damit zweitstärkste Partei wurde und schließlich 37% der Wählerstimmen erhielt (Reichstagswahlen Juli 1932), hat zu verschiedenen Untersuchungen bereits vor 1933 geführt, um diesen sensationellen Anstieg zu erklären. Nach der Niederlage des Faschismus wurden solche Analysen z.T. durchgeführt, um die Ursachen und die Verantwortlichen für die Hitler-Diktatur aufzudecken, teils um das Monopolkapital und die Anhängerschaft der NSDAP aus der Schullinie zu bekommen. Das erklärt das verschiedene Interesse an der Untersuchung der Zusammensetzung der NSDAP-Wähler und unterschiedliche Ergebnisse. So kommt der Kölner Professor Kaltefleiter bei einem Vergleich des NSDAP-Anteils in den Reichstagswahlen 1932 mit dem Erwerbslosenanteil in einer unbekannten Zahl von Großstädten zu der Feststellung, daß mit steigendem Erwerbslosenanteil auch der NSDAP-Anteil zunimmt. Dies konnte durch andere Untersuchungen nicht bestätigt werden. Mit Ausnahme des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau, in dem 61,7% der Berufszugehörigen Arbeiter waren und der in den Reichstagswahlen 1932 einen NSDAP-Anteil von 47,0 % erreichte, wurden in einer Untersuchung über 52 Großstädte entgegengesetzte Ergebnisse gefunden: Mit steigendem Anteil der erwerbslosen und erwerbstätigen (also aller) Arbeiter nimmt der jeweilige NSDAP-Durchschnitt von rund 35 auf 25 % ab. Eine Überprüfung dieses Ergebnisses in den 20 Stadtkreisen von Berlin, den 48 Stadt- und Landkreisen des Landes Sachsen, von 48 Stadt- und Landkreisen Thüringen und Merseburg sowie 68 Kleinstädten der Länder Baden und Hessen ergibt ebenfalls: "Wider Erwarten nimmt auch hier wieder mit wachsendem Anteil der erwerbslosen und erwerbstätigen (sowie aller) Arbeiter der durchschnittliche NSDAP-Anteil gleichlau-

Von der Säuberungsaktion durch Fragebogen erfaßte Gesamtbelegschaft	6900
davon ehemalige Parteimitglieder (Pg), SA und SS	20% = 1397
Arbeiter insg. erfaßt	4562
davon ehem. Pg, SA und SS	11,8% = 538
Angestellte insg. erfaßt	2293
davon ehem. Pg, SA und SS	36% = 859
männl. Angest. insg. erfaßt	1574
davon ehem. Pg, SA und SS	48% = 759
Angestellte in Vorgesetztenstellg.	
insgesamt erfaßt	417
davon ehem. Pg, SA und SS	73% = 302
Bis jetzt aufgrund der Säuberungsaktion entlassen, pension. od. gekündigt	580
davon Angestellte	236
hierunter in gehob. Position	21

fend ab. Eine stärkere NSDAP-Bereitschaft der erwerbslosen Arbeiter im Vergleich zu den erwerbstätigen ist aus den vier Kurven nicht herauszulesen; im Gegenteil, unter den erwerbslosen Arbeitern nimmt mit wachsendem Anteil der NSDAP-Durchschnitt sogar stärker ab als unter den Erwerbstätigen." (3) In zehn Untersuchungen über den NSDAP-Anteil der land- u. forstwirtschaftlich Beschäftigten ergibt sich, daß der NSDAP-Anteil in den ländlichen Gebieten "bedeutend höher ist" als in anderen. Zwei weitere Untersuchungen konkretisieren diese Feststellung dahin, daß der NSDAP-Anteil desto höher ist, je höher der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil ist und umgekehrt. Weitere drei Untersuchungen belegen: je höher der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Gruppe Land- und Forstwirtschaft, desto höher der NSDAP-Anteil, je höher dagegen der Anteil der Arbeiter (und Angestellten) in der Gruppe Land- und Forstwirtschaft, desto höher der SPD/KPD-Anteil und desto geringer der NSDAP-Anteil. (3) Detaillierte Untersuchungen über die Wählerentwicklung bei Angestellten und Beamten liegen nicht vor. Ein Vergleich von Stadtbezirken mit verschiedener Berufsstruktur mit den NSDAP-Anteilen in Berlin ergibt zu den Wahlen 1930: Arbeiterbezirk Wedding 8,9%, Mittelstandsbezirk Wedding (o. Lichterfelde) 25,8%, Villenviertel Zehlendorf 17,7%; die gleichen Bezirke Wahlen 1932: 19,4%, 42,1% und 36,4%, in Bremen zu den Bürgerschaftswahlen 1930: Arbeiterviertel Werf 11,1%, Neustadt-Mittelstandsviertel 47,0%, Park- (Villen-) Viertel 27,7%.

Einen sehr guten Überblick erhält man durch eine Aufstellung des Stuttgarter Bosch-Betriebsrates, die erstellt wurde, um den Widerstand der Geschäftsleitung gegen die Entnazifizierung mit Hilfe der Besatzungsmächte zu brechen, was allerdings nicht gelang. Die Aufstellung wurde am 29.8. 1945 Kapitän Bingham überreicht, zusammen mit einer Beschwerde, daß bis dahin die Säuberung vor allem gegen die Arbeiter sowie untere und mittlere Angestellte konzentriert wurde (siehe Tabelle S. 34). (4)

Wie erklärt sich der Zulauf, den die NSDAP vor allem aus den alten und neuen Mittelklassen erhielt? Die ausgezahlten Gehälter für die Angestellten bewegten sich 1928 bis 1930 durchweg unterhalb der tariflich vereinbarten Sätze, Chancen für den Aufstieg in höhere Positionen waren kaum noch gegeben. Viele Angestellte waren empört über die Personalpolitik der Kapitalisten, vor allem über die Kündigung älterer Angestellter oder die Ersetzung von Büroangestellten durch Maschinen. Die Kreditkrise im Sommer 1931 führte dazu, daß die Vergabe kurzfristiger Kredite an kleine Betriebe gestoppt wurde, die Reichsbank stützte die Großindustrie, die Zinssätze stiegen enorm. Gleichzeitig sanken die Preise für landwirtschaftliche Produkte und für einige Konsumgüter drastisch, die Konzerne konnten die Preise für Produktionsmittel aber hochhalten. Versuche der Landwirte, der Bedrängnis durch Steigerung der Produktion abzuweichen, führten erst recht zum Sinken der Nettoeinkommen. Die Banken kündigten die Hypotheken, dann folgten Zwangsversteigerungen. Ähnlich wirkten sich Kreditbeschränkungen und Preisverfall auf den städtischen Mittelstand, Handwerker und kleine Ladenbesitzer aus. Sofern sie über Mittel verfügten, drängten arbeitslos gewordenes Büropersonal und Angestellte mit Geschäftseröffnungen auf den Markt. Der Zorn dieser sehr verschieden betroffenen und vom Abstieg bedrohten Leute richtete sich sowohl gegen das Monopolkapital und die Banken wie gegen die Gewerkschaften, die zum Teil nach der Inflation eine Steigerung der Reallöhne durchsetzen und die Sozialversicherungen gesetzlich verankern konnten. Zahlreiche Splitterparteien zur Vertretung der zahlreichen Sonderinteressen stellten den Versuch dar, eine Deklassierung dieser Schichten zu verhindern. An den Wahlergebnissen läßt sich feststellen, daß die NSDAP es verstanden hatte, durch Aufgreifen der Forderungen von Handel und Gewerbe wie der vom Abstieg und der Arbeitslosigkeit bedrohten Angestellten und Beamten das Wählerpotential



Haß auf das Großkapital wird auf jüdisches gelenkt

dieser zersplitterten Mittelstandparteien auf sich zu ziehen: "Brechung der Zinsknechtschaft", Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, "Schaffung eines gesunden Mittelstandes", Angriffe auf Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine, das Versprechen einer Umorganisation der Wirtschaft nach dem Ständeprinzip). Sie differenzierte ihre Angriffe auf das Bank- und Warenhauskapital dahin, daß das jüdische vernichtet und von deutschem Boden vertrieben und das deutsche notwendig sei. Die Nazis schufen eigene Mittelstandsorganisationen und infiltrierten die bestehenden. (5)

Die NSDAP kassierte z.B. in den Novemberwahlen 1932 in Schleswig-Holstein in einem Wahlkreis 92, in einem anderen 87 Prozent der mittelständischen Wählerstimmen.

Die unter dem Monopolkapital umstrittene Förderung der Nazis und der NSDAP änderte sich mit den Wahlerfolgen für die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930. Bis dahin hatte die NSDAP vor allem von Ruhrgebietsindustriellen wie Thyssen, Kirdorf, Tengelmann sowie Vertretern von Groß- und Privatbanken Gelder erhalten (jährlich ca. 2 Mio. RM). Der DDR-Autor Czichon spricht davon, daß beträchtliche Mittel der Hitler-Partei bereits im Sommer 1930 zur Verfügung gestellt wurden. Die NSDAP hatte sich zwar noch nicht von Programmpunkten und Naziführern getrennt, die den Interessen des Monopolkapitals im Wege standen, aber sie hatte die Fähigkeit bewiesen, eine ausreichende Anhängerschaft zu mobilisieren, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die Zahlungen der Industrie in den zwölf Monaten vor der Reichspräsidentenwahl im April 1932 werden auf 5 Mio. veranschlagt. (6)

Versuche der KPD und auch der SPD, insbesondere der neuen Mittelklasse und den Bauern gegenüber eine Bündnislinie zu entwickeln, hat es gegeben, sie waren nicht erfolgreich. Die Versuche der Reaktion heute, eine Einheitsfrontpolitik des Industrieproletariats, der Gewerkschaften, werktätigen Mittelklasse und der revolutionären Sozialisten zu verhindern, verstärken sich. Der Faschismus hätte seine soziale Basis in der Arbeiterklasse als Theorie sowie die Drohung an die Gewerkschaften, sie sollten den sozialen Frieden nicht gefährden und ein neues '33 nicht provozieren, sind zwei Seiten dieses Interesses. Äußerungen wie von Breit und Bleicher müssen kritisiert werden, für eine Abwehrfront gegen die Reaktion ist der Nachweis wichtig, daß das Monopolkapital den Faschismus brauchte und dafür erhebliche Teile der Mittelklassen mobilisiert hat.

(1) DGB-Pressedienste Jan. 83/84; (2) A. Thyrell, Führer befiehlt...; (3) A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, Diss. Freiburg, 1969; (4) Kampf um Bosch, T. Fichter, E. Eberle, Wagenbach 1974; (5) Arthur Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Klett-V. 1970; (6) Unternehmerspenden an politische Parteien in: Beiträge zur Pol. Wissensch. Bd. 44; T. Geiger, Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes, Klett-V. 1932. — (düb)

## Bündnispolitik der PCI

## "DEMOKRATISCHE ALTERNATIVE" – FRONTBILDUNG GEGEN DIE CHRISTDEMOKRATISCHE REAKTION

Mit 33,3% der Stimmen hat die Kommunistische Partei Italiens (PCI) bei den Europawahlen am 17. Juni zum ersten Mal, wenn auch nur ganz knapp, die Christdemokraten (DC) überflügelt und ist zur stärksten Partei des Landes geworden. Zugleich taumelt die Fünferkoalition unter Ministerpräsident Craxi (PSI) von Krise zu Krise und von Skandal zu Skandal.

Der PCI-Vorschlag einer "demokratischen Alternative", also die Bildung einer Regierung unter kommunistischer Führung gegen die Christdemokraten, hat dadurch ungeahnte Aktualität gewonnen. Die Frage ist: Wie kann eine große Arbeiterpartei in einem entwickelten kapitalistischen Land genug politische und soziale Kräfte gegen die Reaktion um sich sammeln, daß sie eine parlamentarische Mehrheit bilden kann? Und kann sie dies, ohne nach dem zweifelhaften Vorbild der sozialdemokratischen Parteien die Interessen der Arbeiter den Ansprüchen, die in imperialistischen Ländern gemeinhin an die "Regierungsfähigkeit" gestellt werden, zu opfern?

Fest steht jedenfalls, daß die jüngsten Erfolge der PCI nicht das Ergebnis einer Anpassung "zur Mitte", also nach rechts hin, sind, um sich womöglich bei der herrschenden Klasse als "ministrabel" salonfähig zu machen. Im Gegenteil: in den letzten Jahren ist die Partei deutlich nach links gerückt. Im Frühjahr dieses Jahres hat sie – unter dem Gezeifer ausnahmslos aller bürgerlichen Parteien – energisch den Kampf der Lohnabhängigen gegen eine Senkung der Inflationszuschläge zum Lohn unterstützt.

Seit ihrer Gründung 1921 hat die PCI Fragen der Bündnispolitik immer besonders ernst genommen und nehmen müssen. Das Industrieproletariat machte damals kaum ein Viertel der Bevölkerung aus und konnte offensichtlich nur im Bündnis mit anderen Schichten und Klassen die politische Macht erobern.

Der Mitbegründer und führende Theoretiker der PCI Antonio Gramsci hat 1926 die Aufgaben kommunistischer Bündnispolitik in Italien klassisch formuliert: "Das Proletariat kann führende und herrschende Klasse in dem Maß werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm erlaubt, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren. In Italien bedeutet das: in dem Maß, wie es ihm gelingt, die Zustimmung der breiten Bauernmassen zu erlangen ...

In Italien hat die Bauernfrage ... zwei typische und besondere Formen angenommen, die Frage des Südens und die Frage des Vatikans." (1) Beide Fragen – der schroffe Widerspruch zwischen einem hochindustrialisierten Norden und einem unterentwickelten Süden ebenso wie der starke Einfluß der katholischen Kirche, die in Rom ihr Weltzentrum unterhält, auf große Teile der arbeitenden Massen – haben die Dezimierung der bäuerlichen Bevölkerung nach dem 2. Weltkrieg überdauert.

In den ersten Nachkriegsjahren organisierte die Partei mit großen Land-



Enrico Berlinguer (1922–1984)

besetzungen den Kampf der landlosen Bauern Süditaliens für eine Bodenreform und konnte sich damit erstmals fest im Süden verankern. Um die katholisch gebundenen Massen nicht in die Arme der Reaktion zu treiben, stimmten die Kommunisten der Aufnahme des von Mussolini mit dem Vatikan geschlossenen Konkordats in die Verfassung zu.

Von dort war freilich noch ein weiter Weg bis zu jener Verwechslung von "katholischer Frage" und Bündnis mit den Christdemokraten, die unter dem Namen "historischer Kompromiß" in den 70er Jahren traurige Berühmtheit erlangt hat.

Es spricht für die PCI, daß sie schließlich fähig war, diesen Kurs wieder zu korrigieren. Aus Anlaß der skandalösen Umstände bei der Organisation der Hilfe für die Opfer des Erdbebens in Süditalien im November 1980 erklärte die Partei, sie werde künftig eine "demokratische Alternative", die Bildung einer Regierung gegen die Christdemokraten anstreben. Die Leitung vollzog den Kurswechsel offenbar unter starkem Druck aus der Mitgliedschaft und dem

Funktionärskörper. Nach einer Meinungsumfrage sprachen sich schon Wochen vor dem Kurswechsel auf die Frage nach der "bevorzugten Regierung" 45% der Sektions- (Ortsvereins-) Sekretäre entgegen der damaligen offiziellen Parteilinie für eine Linksregierung und weitere 10% für die "Diktatur des Proletariats" aus (2).

Unter "demokratischer Alternative" versteht die PCI ausdrücklich nicht nur eine neue parlamentarische Kombination, sondern eine Sammlung von sozialen und politischen Kräften gegen die Reaktion, deren politischer Kern jetzt – richtig – in der christdemokratischen Partei ausgemacht wird. Ziel der "demokratischen Alternative" soll nicht der Übergang zum Sozialismus, sondern die Durchführung einer Reihe von politischen und sozialen Reformen sein: Industrialisierung des Südens, Förderung moderner Industriezweige, Schul- und Hochschulreform, Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Reformen der Rentenversicherung und des Gesundheitswesens. "Das sind", so PCI-Sekretariatsmitglied Reichlin, "die Fragen, die zusammen mit der Steuerreform zu einer Neugruppierung sozialen Blöcke führen und uns erlauben können, ein neues System von Bündnissen zu schaffen." (3)

Berlinguer selbst hat Anfang 1984 vor dem ZK die soziale Basis einer Frontbildung gegen die DC-Reaktion skizziert: "Wenn man unsere heutige Gesellschaft aufmerksam betrachtet, wird man feststellen, daß es in ihr eine sehr große Mehrheit von Kräften gibt, die immer stärker daran interessiert sind, die Wirtschaft und den Staat vom Gewicht eines erstickenden Parasitismus zu befreien, der über tausend Kanäle – von den (Grund-) Renten bis zu den Schmiergeldern – ein erdrückendes Hindernis für eine neue Entwicklung der Produktivkräfte und ein korrektes Funktionieren der Institutionen und Parteien wird. ... Das wahre und konkrete Problem der Alternative ist, die Gesamtheit dieser Kräfte um ein Projekt und ein Programm ... zusammenzuführen." (4)

Diese These stützt sich auf eine Analyse, die man kurz so zusammenfassen kann: Nach dem 2. Weltkrieg ist die Rolle, der Bourgeoisie in Italien eine Massenbasis zu verschaffen, in erster Linie der DC zugefallen. Das DC-Regime hat durch staatliche Umverteilung des Mehrprodukts rückständige Produktionsweisen konserviert und neue parasitäre Schichten geschaffen. Der konservative "soziale Block" ist damit zwar



## LUCIO MAGRI (FRÜHER PdUP): WARUM WIR DER PCI BEITRETEN (DOKUMENT)

Am 30. November 1984 hat das ZK der PCI dem Beitritt der bisherigen Mitglieder der Partei der Proletarischen Einheit (PdUP) zur PCI zugestimmt. Fünf frühere PdUP-Genossen wurden ins ZK, PdUP-Sekretär Lucio Magri in die Leitung kooptiert. Wenige Tage vorher hatte eine zentrale Delegiertenkonferenz der PdUP die Auflösung in die PCI beschlossen.

Die PdUP war 1973 aus der Vereinigung von Teilen der Gruppe "Manifesto", die 1969 wegen "Fraktionismus" aus der PCI ausgeschlossen worden war, mit dem linken Flügel der linkssozialistischen PSIUP hervorgegangen. Ende der 70er Jahre hatte sich die marxistisch-leninistische Bewegung der Werktätigen für den Sozialismus MLS der PdUP angeschlossen.

Mit der PdUP schließt sich eine der stärksten Organisationen der italienischen "Neuen Linken" der PCI an. Bei den Parlamentswahlen 1979 hat die PdUP 500000 Stimmen (1,4%) und sechs Mandate erhalten; 1983 sind sechs PdUP-Genossen auf den Listen der PCI ins Parlament gewählt worden.

In einem Artikel für die PCI-Zeitung "l'Unità" vom 20.10.84 hat Lucio Magri die Gründe für den Beitrittsbeschluß dargestellt. Wir dokumentieren den Artikel in Auszügen:

"In den letzten Jahren hat – auch mit unserem Beitrag – eine neue ... Phase der theoretischen und politischen Reflexion begonnen, die sowohl die Kommunistische Partei als auch diejenigen, die sich links von ihr zu bewegen versuchen, verändert hat. Es geht dabei nicht nur um die Einigung auf einen neuen und entscheidenden politischen Vorschlag, den der Alternative. Wichtig ist auch, daß dieser Lösung eine wachsende Entschlossenheit bei der Ausübung der Oppositionsrolle in großen, radikalen ... Kämpfen entsprochen hat, an denen wir (PCI, PdUP und viele andere) gemeinsam beteiligt waren und die sich auszahlt haben. Und diese Opposition war, was noch mehr zählt, begleitet von einer neuen und schöpferischen Suche nach den Inhalten und Trägern einer realen Alternative. (...)

Hinter dem Anschein einer konjunkturellen Entspannung sammeln sich in Italien und in der Welt neue und tiefere Elemente einer wirtschaftlichen und politischen Krise an. Insbesondere läuft der Umstrukturierungsprozeß, mit dem das System auf seine eigene Krise antwortet, auf eine radikale Umwälzung

der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, der Institutionen und der internationalen Konstellation hinaus, die die Epoche des sogenannten Sozialstaats gekennzeichnet haben. (...)

In einem Zusammenstoß von solcher Tragweite und Radikalität wird es nicht genügen, wenn die Linke von der Opposition aus die Dinge zu beeinflussen versucht. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß eine Teilung der Regierungsgewalt mit dem Gegner sinnvoll und möglich ist. Die Opposition wird uns mit dem Thema der Regierung konfrontieren, und die Linke kann dieses Thema nur im Sinne einer Alternative behandeln. (...) Dies wird die Linke auf eine enorm schwierige Probe stellen, nicht nur wegen der internationalen Kräfteverhältnisse und auch nicht nur wegen der Stärke des Trends nach rechts in vielen Ländern und in vielen Teilen der Gesellschaft. Sondern auch, weil die historische Krise, die wir erleben,

befruchtet haben. (...)

Wenn wir jedoch gerade diese Erfahrungen konkret betrachten, stellen wir fest, daß sich sozusagen eine Tendenz zum Parallelismus herauskristallisiert hat. Auf der einen Seite eine große Partei, die sich oft nur sehr langsam entwickelt, nicht einmal so sehr aus Mißtrauen oder Widerstand, sondern weil die alltägliche politische Arbeit zu wenig durch neue Generationen, Erfahrungen und Subjekte direkt genährt wird. Auf der anderen Seite eine Konstellation von Gruppen und Initiativen, die zu eng, zu sehr von der Praxis getrennt oder zu sehr an einzelne Momente des Kampfes gebunden sind, als daß sie reifen, sich stabilisieren, Kultur und Kader hervorbringen und die Gesamtsituation beeinflussen könnten. Die Kommunikationskanäle sind offen, eine reiche Vielfalt gedeiht, aber die wechselseitige Veränderung stagniert, manchmal entwickelt sich sogar eine gegenseitige Fremdheit. (...)

Ich frage mich daher, ob es nicht notwendig und möglich ist, dieses Schema etwas aufzubrechen, diese



PdUP-Block auf einer Demonstration gegen die Raketenstationierung.

in großem Maß Kultur, Programme, soziale Bündnisse und Organisationsformen ergreift, mit denen die Linke für Jahrzehnte gearbeitet hatte. (...)

In den letzten Jahren hat sich angesichts der sogenannten 'Krise der Parteiform' eine große Vielzahl von sozialen, kulturellen und politischen Erfahrungen entwickelt, die auf ein gemeinsames Anliegen hinauslaufen: Friedenskomitees, Frauengruppen, parteilose Zeitungen, Abgeordnete und Gewerkschafter und auch organisierte Kräfte (wie die PdUP), die zusammen mit der PCI ein politisches Lager gebildet und sich gegenseitig

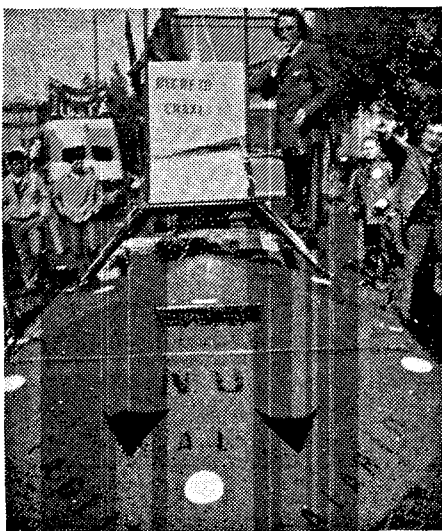
Dialektik enger, die Rollenverteilung weniger starr und ausgemacht zu gestalten, nicht um sie zu ersticken, sondern um sie zu erneuern und realer zu machen. Ich neige zu der Antwort, daß eine Erneuerung und Stärkung der PCI, das Engagement neuer Generationen und neuer Kräfte auf diesem Terrain ein entscheidender Schritt und eine Bedingung ist, um die Dialektik von Partei und Bewegung voranzubringen und andere, autonome politische Subjekte (z.B. aus der Krise der Katholiken oder der Sozialisten) heranreifen zu lassen. (...)"

ziemlich erfolgreich zusammengehalten worden, aber zu enormen Kosten für die ganze Gesellschaft und besonders für die Lohnabhängigen. So versickern Milliardenbeträge aus dem Staatshaushalt, die für die Industrialisierung des Südens bestimmt sind, bei örtlichen DC-Bossen, Bodenspekulanten, Mafiosi usw. (wobei viele all dies in einer Person sind). Der städtische Kleinbesitz wird durch staatliche Duldung einer allgemeinen Steuerhinterziehung bei der Stange gehalten. Millionen von armen Leuten werden an die DC gebunden, indem ihnen die Partei Stellen, Invalidenrenten, Sozialhilfeleistungen usw. zuschanzt, statt daß z.B. eine ausreichende Sozialversicherung geschaffen würde. Das dementsprechend riesige Haushaltsdefizit wird durch Staatsanleihen finanziert, an deren Zinsen sich – wiederum steuerfrei – Banken und Couponschneider mästen. Die Verwandlung eines übergroßen Teils des gesellschaftlichen Mehrprodukts in Zins und Rente statt in industriellen Profit hindert jede, auch kapitalistische, Akkumulation. Die Kapitalisten halten sich durch um so rabiater Ausbeutung schadlos. Die Entwicklung einer ausgedehnten "untergetauchten Wirtschaft", in der es weder Gewerkschaften noch Sozialversicherung gibt, führt zu neuen Spaltungen unter den Lohnabhängigen.

Umgekehrt könne nun, so die PCI, durch drastische Beschneidung der Renteneinkommen ein neuer Investitionszyklus in Gang gesetzt werden, ohne daß dies auf Kosten der Lohnabhängigen gehen müsse. Deren Stellung würde durch abnehmende Arbeitslosigkeit gestärkt, ihre Zersplitterung

könnte durch Einflußnahme auf die Investitionsentscheidungen ("demokratische Planung") und Beseitigung der "untergetauchten Wirtschaft" gemindert werden. Während der konservative soziale Block gesprengt würde, könnte sich um die Arbeiterklasse ein neuer sammeln, womit schließlich auch die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus verbessert würden.

So zweifelhaft uns der Gedanke eines – auch nur vorübergehenden – Kompromisses der Arbeiterklasse mit den "produktiven" Unternehmern auf Kosten der Rentiers erscheint, so sicher ist, daß im Kampf für Reformen große Teile der arbeitenden Massen gegen die DC-Reaktion zusammengeslossen werden können. Und mit dem Kampf gegen die Kürzung der In-



Nein zur Lohnkürzung! Eine Million demonstriert am 24.3.84 in Rom.

flationszuschläge hat die PCI immerhin unmißverständlich klargestellt, daß sie für einen Kompromiß mit den Kapitalisten auf Kosten der Lohnabhängigen nicht (mehr) zu haben ist.

In erster Linie richtet sich das Bündnisangebot natürlich auch nicht an die industrielle Kapitalisten, sondern an die Mittelklassen und die katholisch geprägten Massen. So hat sich die PCI jahrelang – und schließlich erfolgreich – für die Umwandlung der halbfeudalen Halbpacht in gewöhnliche Pachtverhältnisse eingesetzt. In der Auseinandersetzung um die Steuerreform will sie zwar die Steuerhinterziehung der selbständigen Mittelklassen unterbinden, dabei aber deren – sehr unterschiedliche – wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen; vor allem aber soll das Steuergesetz durch Besteuerung der Zinsen aus Staatsanleihen, Einführung einer Vermögenssteuer und Senkung der Lohnsteuer ergänzt werden.

Zur Politik gegenüber den neuen Mittelklassen hat Berlinguer auf dem 16. Parteitag 1983 erklärt: "In einer Phase, in der die technologischen Veränderungen zu einer Verringerung des zahlenmäßigen Gewichts der Arbeiterklasse tendieren, ist es entscheidend geworden, zu verstehen und zu berücksichtigen, daß es andere soziale Schichten gibt, die sich zu den Kräften gesellen können, die an der Spitze des Kampfes für eine Veränderung der Gesellschaft stehen. Ich beziehe mich vor allem auf die lohnabhängigen Intellektuellen, die Techniker, die Wissenschaftler ..., die gerade wegen ihrer Stellung im Produktionsprozeß für sein Zustandekommen bestimmend und daher zentrale Figuren bei

## VERÄNDERUNGEN DER KLASSENSTRUKTUR

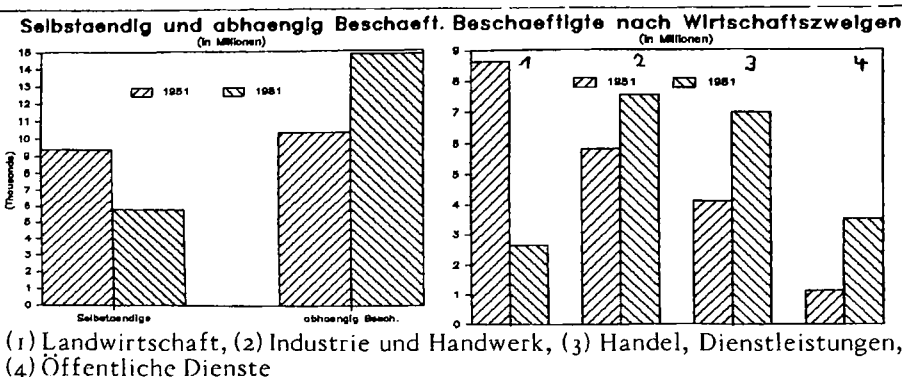
In den letzten 35 Jahren hat der Kapitalismus die Klassenstruktur der italienischen Gesellschaft radikal umgewälzt. Noch 1951 waren die meisten Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, und die Selbständigen in allen Wirtschaftsbereichen waren fast so viele wie alle abhängig Beschäftigten zusammen. 30 Jahre später arbeiten 70% weniger in

der Landwirtschaft, und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie und vor allem im Dienstleistungsbereich und den öffentlichen Diensten ist enorm gewachsen. Lohnarbeit ist vorherrschend, Millionen Bauern, selbständige Handwerker und Händler verloren ihre Existenz und sind zu Lohnarbeitern geworden. Gleichzeitig hat sich in Italien eine neue Mittelklasse herausgebildet, was am deutlichsten wird an der Ausdehnung der öffentlichen Dienste wie auch der Explosion

der Studentenzahlen auf ein Million 1981.

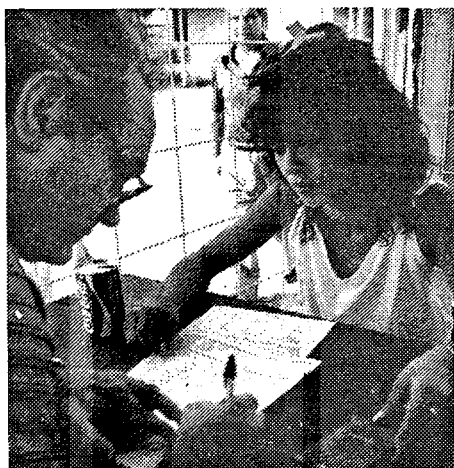
Diese Entwicklung, die die Klassenstruktur Italiens angeblich hat an die anderer westeuropäischer Länder, hat dennoch einige Besonderheiten. Erstens ist der Prozentanteil unsteter Beschäftigungsverhältnisse in Italien extrem hoch – 1981 immerhin 5% aller abhängigen Beschäftigten. Das ist ein sichtbares Zeichen für eine Elendsschicht vor allem auf dem Lande. Es gibt immer noch hunderttausende Landarbeiter und Halbpächter. Zweitens ist die Zahl der Erwerbspersonen im Verhältnis zur Bevölkerung niedriger als in den meisten anderen imperialistischen Ländern – 1981 bei 40%, einschließlich gemeldeter Arbeitsloser. Das weist auf die große verdeckte industrielle Reservearmee hin und andererseits auf den geringeren Anteil von Frauenbeschäftigung.

Quellenhinweis: Albers u.a.: Klassenkämpfe in Westeuropa, Hamburg 1971; Istituto centrale di statistica: div. Veröffentlichungen



der Bildung des Profits geworden sind. Folglich sind solche neuen sozialen Schichten unter kapitalistischen Bedingungen in ihren gesellschaftlichen Möglichkeiten direkt durch die private Aneignung des Profits betroffen, auch sie sind ausgebeutet ... gegenüber diesen Werktätigen ist nicht nur eine, unverzichtbare, Tätigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nötig, sondern auch – und dies ist die besondere Aufgabe der Partei – eine Arbeit zur Bildung ihres politischen Bewußtseins." (5)

In der Parteiorganisation selbst haben Angehörige der neuen Mittelklassen inzwischen ein solches Gewicht gewonnen, daß man sich geradezu fragen kann, ob die Partei nicht aus einem Instrument der Bündnispolitik der Arbeiterklasse zu einem Werk-



Gegen die Kürzung der Inflationszuschläge per Dekret hat die PCI ein Referendum eingeleitet. Die Unterschriften sind bereits gesammelt.

zeug der Mittelklassen zu werden droht. Während immer noch die große Mehrheit der fast 1,8 Millionen Mitglieder Arbeiter sind, waren 1979 nur noch 24,6% der Bezirksleitungsmitglieder Arbeiter, dagegen 23,8% Angestellte und Techniker, 20,5% Lehrer und Intellektuelle, 7,5% Freiberufler und 12,9% Studenten (6). Es mag auch damit zusammenhängen, daß die PCI in den Gewerkschaften seit einigen Jahren unter dem Stichwort "Berücksichtigung der Professionalität" gegen eine egalitäre Lohnpolitik eintritt und überproportionale Lohnerhöhungen für "besser qualifizierte" Lohnabhängige befürwortet.

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen ist es der italienischen Linken noch nie gelungen, einen nennenswerten Teil der katholisch orientierten Kräfte vom Einfluß der DC dauerhaft zu lösen. Auch die katholische Gewerkschaft CISL, die in den 70er Jahren einen unabhängigeren Kurs eingeschlagen hatte, hat sich der DC wieder angenähert, was für das Zerwürfnis in der Gewerkschaftsbewegung mit verantwortlich ist. Das Problem ist auch nicht dadurch gelöst, daß der Einfluß der Kirche in der Gesellschaft

## KATHOLISCHE KIRCHE UND SOZIALISMUS

1987 warnte Papst Leo XIII in einem Rundschreiben an alle Bischöfe vor der Gefahr des Sozialismus, der die Arbeiter der Kirche entfremde, und wies darauf hin, daß Mitgliedschaft in sozialistischen Parteien und in sozialistischen Gewerkschaften unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der katholischen Kirche. Diesen Standpunkt führte er in der 1891 veröffentlichten Enzyklika "Rerum novarum" (Über die Arbeiterfrage) weiter aus.

Nachdem er in bitteren Worten das Elend der Arbeiter beklagte, hielt er gegen die Forderungen nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel fest, daß das Naturrecht auf Eigentum nie angegriffen werden dürfe. Die Enzyklika gab den Versuchen, mit christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereinen die einheitlichen, sozialistisch orientierten Gewerkschaften zu spalten, den Segen. Da der Segen allein nicht reichte, um die katholischen Arbeiter aus den für die gemeinsamen Klasseninteressen kämpfenden Gewerkschaften herauszuspalten, enthielt die Erörterung den Hinweis, daß christlicher Glaube und Sozialismus unvereinbar seien, also die Drohung an den katholischen Arbeiter, das Recht auf die kirchlichen Sakramente zu verlieren, falls er für den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten eintritt.

An dieser Auffassung hielt der hl. Stuhl in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts fest. In der Enzyklika "Quadragesimo anno", in der Pius XI die grundlegenden Standpunkte der Enzyklika über die Arbeiterfrage bekräftigte und die katholische Soziallehre aktuell fortführte, bezog er keine grundlegend neuen Positionen. Er aktualisierte allerdings die Position der Kirche zur Einheitsgewerkschaft, indem er den Bischöfen die Entscheidung überließ, ob die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft erlaubt sei oder nicht.

insgesamt erheblich zurückgegangen ist. Mit der "demokratischen Alternative", die ausdrücklich auch für religiös gebundene Kräfte offen sein soll, unternimmt die PCI einen neuen Versuch, katholische Kräfte für ein Reformbündnis zu gewinnen.

Die unmittelbaren Ziele, die sich die PCI mit der "demokratischen Alternative" gesteckt hat, sind sicher nicht revolutionär. Aber ihre Verwirklichung würde die Lage der Arbeiter und der werktätigen Massen teils bessern und jedenfalls nicht verschlechtern. Ohne die Bildung einer Einheitsfront gegen die DC-Reaktion ist an weitergehende Veränderungen sowie

Mitgliedschaft in einer sozialistischen oder kommunistischen Partei gilt nach wie vor als unvereinbar mit dem katholischen Glauben.

In der Enzyklika "Divine redemptoris" gegen den atheistischen Kommunismus bezieht der nachfolgende Papst Pius XII im Jahr 1937 eindeutig Stellung gegen alle Möglichkeiten der Unterstützung sozialistischer oder kommunistischer Regierungen durch die katholische Kirche. Diese Erklärung war angesichts des von den Franco-Truppen begonnenen Bürgerkrieges gegen die Volksfrontregierung im weitgehend katholischen Spanien eine eindeutige Stellungnahme zugunsten der Faschisten und rief auch den Teil des Klerus, der die Volksfrontregierung wohlwollend oder neutral betrachtete, auf die Seite der Reaktion zurück.

1949 bekräftigte derselbe Pius XII im sogenannten "Kommunismus-Dekret" die Drohung an jeden Katholiken, daß Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei und Lesen von kommunistischen Schriften zum Ausschluß von den Sakramenten und zur Exkommunikation, d.h. dem Ausschluß aus der Kirche, führen kann. Pius XII untergrub mit diesem Hinweis erstens die Entwicklung von Einheitsgewerkschaften in Italien und verhinderte die erneute Bildung einer Volksfrontregierung mit kommunistischer Beteiligung in Italien.

Erst seit dem 2. Vatikanischen Konzil, v.a. aber seit dem Antritt Wojtylas, bezieht die katholische Kirche auch offiziell eine Position, die ihr erlaubt, auch und v.a. in den osteuropäischen Ländern in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu wirken: Wenn nicht anders möglich, ist dem Gläubigen genehmigt, sich dort zu betätigen.

Quellenhinweis: Texte zur katholischen Soziallehre, Bd. I, Hrsg. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, 1977; Oswald v. Nell-Breuning, Arbeit vor Kapital – Kommentar zur Enzyklika Laborem Exercens von Johannes Paul II, Wien 1983

so nicht zu denken. Dann muß sich auch zeigen, ob die PCI in der Lage ist, falsche und gefährliche Positionen wie die rabiate Verteidigung des bürgerlichen "Rechtsstaats" gegen die "Terroristen" oder eine gewisse Tendenz zum Sozialchauvinismus zu überwinden.

Quellenhinweis: (1) Gramsci, La questione meridionale, Rom 1974, S. 135. (2) Barbagli/Corbetta, La svolta del Pci, in: Il Mulino 1/81, S. 100. (3) Unita 21.9.84. (4) Unita 21.2.84. (5) Unita 3.3.83. (6) Sebastiani, Il ceto politico del compromesso storico, in: Laboratorio Politico 2.3/82, S. 228. – (ulg, uld, wom)



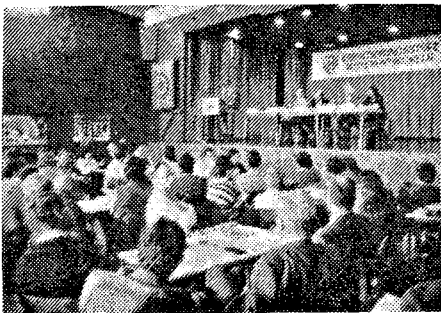
### "Entspannung"

Das Treffen von US-Außenminister Shultz und SU-Außenminister Gromyko solle der Eröffnung von Beratungen über die Begrenzung der Weltraumrüstung dienen, erklären die USA. Die Bundesregierung betont derweil, nun könne jeder sehen: die Entspannung komme voran. Gleichzeitig betont sie, daß die Stationierung der Mittel-

streckenraketen auf keinen Fall unterbrochen werden dürfe und daß westdeutschen Interessen beachtet werden müssen. Sie erhöht den Druck auf Belgien und die Niederlande, ebenfalls zu stationieren. Es zeichne sich ab, daß die neue Runde von Rüstungskontrollgesprächen den westlichen Imperialisten dazu dienen solle, die nukleare und konventionelle Ausrüstung zu verdecken.

### Türkei: Özal versucht eine Kriegskonjunktur

Den Bau mehrerer Montagewerke, darunter eines zur Montage von US-Kampfflugzeugen und eines zur Montage von Leopard-Panzern, hat die türkische Regierung angekündigt. Zugleich laufen die Vorbereitungen für den Verkauf bzw. die gewaltsame "Sanierung" der großen Staatsbetriebe auf Hochtouren. Eine staatliche geförderte Rüstungskonjunktur soll das Geschäft der besitzenden Klassen in der Türkei verbessern, noch mehr imperialistische Anleger ins Land locken und so unter diesen Kreisen die passenden Geschäftsbedingungen für einen "Aufschwung" in der Türkei schaffen. Einen "Aufschwung", der die Abhängigkeit der Türkei von den Imperialisten weiter erhöht.



### Orientierungsstufe

Der niedersächsische Kultusminister will auf Druck der CDU und des Landeselternrates die Orientierungsstufe "von ihrer inneren Organisation her in den Griff nehmen", d.h. letztendlich: Zugunsten des eindeutig dreigliedrigen Schulsystems abschaffen.

In der Orientierungsstufe, einem Produkt "sozialliberaler Bildungsre-



form", sollte die Auslese für das dreigliedrige Schulwesen weniger von der sozialen Herkunft bestimmt sein. Kultusminister Oschatz (CDU) will die Aussortierung auf ein halbes Jahr begrenzen, die Orientierungsstufen an Haupt- und Realschulen wieder anbinden und Deutsch als Selektionsfach wieder einführen.

Wie hat die christliche Reaktion dies z.B. in Hildesheim angepackt?

### Familienpolitische Maßnahmen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen und angekündigt, die zur Förderung der Familienbildung nützen sollen: steuerliche Erleichterungen, Änderungen in der Rentenversicherung, Änderungen beim Kindergeld. CDU und CSU behaupten, diese Maßnahmen würden vor allem den weniger gut verdienenden Familien und den Frauen in den Familien zugute kommen. Tatsächlich ist die Lage der schwer arbeitenden, schlecht verdienenden Lohnabhängigen und ihre Familien nicht erleichtert. Gesellschaftliche Einrichtungen zur Versorgung von Kindern werden eingeschränkt. Versicherungs- und steuerliche Maßnahmen sollen die Frauen auf einen Zuverdienerstatus drücken.



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

#### Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

#### Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76  
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.